

# In diesem Heft

## Editorial

## Essay

- HERMANN KLENNER  
Über Marxens Religions- und Rechtskritik 5

## Gesellschaft – Analysen & Alternativen

- PROGRAMMATISCHE PRINZIPIEN DER LINKEN PLATTFORM  
IN DER UNGARISCHEN SOZIALISTISCHEN PARTEI 11

- TAMÁS KRAUSZ  
Aufstieg und Niedergang der Selbstverwaltung in Ungarn 26

- ULRICH BUSCH  
Wirtschaftskriminalität im Transformationsprozeß 39

## Die Linke im 20. Jahrhundert

- KARL-HEINZ GRÄFE  
Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948 51

- GERD KAISER  
Kurzen Prozeß machen!  
Hermann Field in den Fängen der polnischen Geheimpolizei 61

- ALEXANDER TINSCHMIDT  
Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy.  
Ziele – Chancen – Grenzen 69

## Standorte

- EVA STURM, EBERHARD SCHMIDT  
Ein Kommentar zur Programmatik der PDS  
oder das Problem der Diskursunfähigkeit 81

Festplatte WOLFGANG SABATH Die Wochen im Rückstau	89
<b>Bücher &amp; Zeitschriften</b>	
Stalins Briefe an Molotow 1925-1936. Hrsg. von Lars T. Lih, Oleg Naumow und Oleg Chlewnjuk. Mit einem Vorwort von Robert C. Tucker, Berlin 1996 (ULRICH MÄHLERT)	92
Hanna Behrend/Isolde Neubert-Köpsel/Stefan Lieske: Rückblick aus dem Jahr 2000 – Was haben Gesellschaftsutopien uns gebracht? Auf der Suche nach der verlorenen Zukunft. Schriftenreihe hrsg. von Hanna Behrend, Bd. 4, trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin 1997 (URSULA HERRMANN)	94
An unsere Autorinnen und Autoren Impressum	96

# Editorial

*Als sich die Redaktion entschloß, die Prinzipien­deklaration der Linken Plattform in der Ungarischen Sozialistischen Partei zu ver­öffentlichen, konnte niemand wissen, wie gut dieses program­matische Papier schließlich in die gegenwärtige politisch-emotionale Landschaft passen würde. Denn inzwischen ist in deutschen Lan­den nach fast zweijähriger Ruhe wieder das Vorwahlkampfieber ausgebrochen. Die Parteien machen mobil. Und wie es sich für ein »Volk von Dichtern und Denkern« gehört, geschieht dies zunächst vor allem durch Denken und Dichten – ein in Vorschlag gebrach­tes Reformprojekt jagt das nächste Sofortprogramm, um tagtäglich von neuen Positionspapieren wieder in Frage gestellt zu werden.*

*Dieses Gewerkele ist natürlich alles andere als überraschend und schon gar nicht neu, neu ist vielmehr, daß ausgerechnet die PDS versucht, inmitten dieses programmatischen Wirbels mit »Positionen zur Wirtschaftspolitik« Aufmerksamkeit zu erlangen und Eindruck zu hinterlassen.*

*Endlich möchte man aufatmen, endlich werden wichtige, schon seit längerem bekannte programmatische Aussagen zu einer zukunfts­fähigen Ökonomie und zu einer für ihre Umsetzung geeig­neten Wirtschaftspolitik aufeinander bezogen und in einen schließ­ligen Gesamtzusammenhang gestellt. Neben schillernden – weil ausbaufähigen – Visionen von einer »zukunfts­fähigen Ökonomie«, von einer »Vollbeschäftigung neuer Art« oder sehr interessanten Überlegungen zu einer verstärkten Regionalisierung von Wirt­schafts­abläufen stehen freilich auch recht hausbacken wirkende Vorschläge für eine erneuerte Entwicklungspolitik, die trotz der sicherlich berechtigten Forderung nach selbstbestimmten Entwick­lungsfreiräumen für die Länder des Südens (die des Ostens werden – warum auch immer – konsequent aus diesem Zusammenhang ausgeblendet) nicht die ausgetretenen Pfade des altbekannten entwicklungspolitischen Paternalismus verlassen. Kaum voran­gekommen zu sein scheint die PDS zudem bei ihrer kritischen Auseinandersetzung mit kapitalistischen Wirtschaftsstrukturen. Da ist verharmlosend von der erforderlichen »Zurückdrängung der Dominanz des Profitprinzips« statt offen von einer dazu notwendigen Überwindung der kapitalistischen Gesellschaftsform die Rede – oder was soll die geheimnisvolle Andeutung einer unumgänglichen »grundlegenden Gesellschaftsreform« anderes meinen? Statt einer notwendigen grundsätzlichen Kritik allgegen­wärtiger Wachstumsfiktionen wird lasch nach der »Präzisierung*

der Kriterien des Wachstums« gerufen. Statt der notwendigen Suffizienzrevolution wird einer neuerlichen »Effizienzrevolution« das Wort geredet – als ob auf diesem Wege die systemimmanenten Defekte der kapitalistischen Produktionsweise beseitigt werden könnten. Dabei ist doch die gesamte Technikgeschichte der marktwirtschaftlichen Moderne eine einzige Abfolge von Effizienzrevolutionen, die zwar die Schranken der jeweiligen kapitalistischen Betriebsweise aufzuheben und hinauszuschieben vermochten, die aber die naturgesetzte Grenze dieses expansiven Wirtschaftssystems nicht überwinden konnten.

Sicher, eine solche Kritik erscheint angesichts der in allen Parteien grassierenden Ratlosigkeit gegenüber der Mehrzahl dieser fundamentalen Fragen ziemlich hart, aber sie muß sein, wenn es weiter voran gehen soll. Sicher ist auch, daß die positiven, vor allem aus dem lobenswerten Bemühen um einen systematischen, in sich konsistenten Ansatz herrührenden Aspekte bei weitem überwiegen. Damit hat die PDS zwar vom Hauptfeld zur Spitzengruppe aufgeschlossen, die Spitze selbst jedoch noch keineswegs übernommen.

Auch weil in diesem Positionspapier viel von »Nachhaltigkeit« bzw. »Zukunftsfähigkeit« geschrieben wird, bleibt nur zu hoffen, daß die wirtschaftspolitischen Positionen der PDS nachhaltige Wirkungen im bevorstehenden Wahlkampf zu entfalten vermögen. Hoffentlich bleibt ihnen jenes Schicksal erspart, daß anderen »großen Alternativentwürfen« – wie z.B. dem Konzept der GRÜNEN für eine »ökologisch-solidarische Weltwirtschaft« – zuteilwurde. Als nämlich die GRÜNEN dieses immer wieder lesenswerte Grundlagenpapier für den Bundestagswahlkampf 1990 fertiggestellt hatten, wurde es vor der ersten, wieder gesamtdeutschen Wahl von einer Woge konservativer Deuschtümelei an den äußersten Rand der politischen Aufmerksamkeit gespült. Eine geschickt angeheizte »Schicksalsdebatte« um den Wirtschaftsstandort »D« könnte 1998 leicht dieselbe Funktion erfüllen.

ARNDT HOPFMANN

HERMANN KLENNER

## Über Marxens Religions- und Rechtskritik

Karl Marx, ein Deutscher jüdischer Herkunft, entstammte mütterlicher- wie väterlicherseits Geschlechtern von Rabbinern. Darunter berühmten. Er war ein studierter, sein Vater, im katholischen Trier zum Protestantismus konvertiert, ein praktizierender Jurist. Marx wußte also, wovon er sprach, wenn er über Religion und Recht redete. In der auf mehr als einhundert Doppelbände konzipierten Gesamtausgabe seiner und seines unter Pietisten aufgewachsenen Freundes Friedrich Engels Werke handeln tausende Passagen von Religion und Recht, darunter auch umfangreiche.<sup>1</sup>

Marx hat seinen Kommunismus nicht aus Religion und nicht aus Recht oder Gerechtigkeit begründet. Andere haben das vor und nach ihm getan. Gerrard Winstanley zum Beispiel, der im englischen 17. Jahrhundert sein Law of Freedom mit vielen Bibelzitaten begründete, nicht etwa bloß aus Apostelgeschichte, Kapitel 4, Vers 32 – illis erant omnia communia, ihnen gehörten alle Dinge gemeinsam –, sondern auch aus der hebräischen Bibel, dem Diebstahlsverbot (2 Moses 20,15) etwa, denn seiner Meinung nach war alles Privateigentum gestohlenen Gemeineigentum.<sup>2</sup> Oder Jacques Roux, jener Priester, der im französischen 18. Jahrhundert die Freiheit als einen leeren Wahn bezeichnete, solange eine Menschenklasse die andere aushungern könne.<sup>3</sup> Oder Wilhelm Weitling, der im deutschen 19. Jahrhundert die Abschaffung des Privateigentums ebenso wie die Gütergemeinschaft mit Lukas-Evangelium 14, 33 und einem Dutzend weiterer Bibelzitate begründete.<sup>4</sup> (Um Persönliches einzuflechten: Beim bedeutendsten Weitling-Forscher, dem Hallenser Theologieprofessor Ernst Barnikol, habe ich als Jurastudent ein Seminar belegt; mit dem bedeutendsten Roux-Forscher, dem Leipziger Geschichtspräsidenten Walter Markov, war ich als Akademiemitglied verbunden; die erste deutschsprachige Ausgabe von Werken Winstanleys ist in der DDR und in der BRD von mir ediert worden).

Nicht aus diesen oder vergleichbaren Quellen hat Marx seine Kommunismus-Konzeption oder seine Kirchen-Kritik geschöpft. Weder Neid auf die Reichtümer der Reichen noch Mitleid mit der Armut der Armen waren seine Triebkraft. Nicht Emotionalität sondern Rationalität trieb ihn schon in jungen Jahren voran. Zeit lebens war er gepeinigt vom Hochmut seiner Intelligenz. Was die Religion betrifft, stand er auf den Schultern der antiken und der nachmittelalterlichen Aufklärer. Epikur, Hobbes, Spinoza, Rousseau, Kant, Hegel, Feuerbach – das waren insoweit seine haupt-

Hermann Klenner – Jg. 1926, Prof. Dr., Rechtsphilosoph, Berlin. Autor u.a. von: Marxismus und Menschenrechte, Berlin 1982; Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin 1984; Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin 1991.

(Nachschrift eines frei gehaltenen Vortrages auf dem 27. Deutschen Evangelischen Kirchentag am 20. Juni 1997 in Leipzig.)

1 Vgl. bereits Marxens Religionsaufsatz beim Abitur vom (vermutlich) 10. August 1835 zum Thema: »Die Vereinigung der Gläubigen mit Christo nach Johannis 15, 1-14, in ihrem Grund und Wesen, in ihrer unbedingten Notwendigkeit und in ihren Wirkungen dargestellt«, in: Marx/Engels: Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abteilung, Bd. 1, Berlin 1975, S. 449-452;

vgl. auch Marx/Engels: Über Religion, Berlin 1958, sowie den Sachregisterband zu Marx/Engels, Werke (MEW), Berlin 1989, Stichworte: Christentum, Gott, Religion, Theologie, Kirche und Atheismus. Eine »Marx/Engels-Anthologie zur Natur des Rechts«, bietet H. Klenner: Vom Recht der Natur zur Natur des Rechts, Berlin 1984, S. 79-138.

2 Gerrard Winstanley: Gleichheit im Reiche der Freiheit, Leipzig 1986 [auch Frankfurt a. M. 1988], S. 140f.

3 Jacques Roux: Freiheit wird die Welt erobern, Leipzig 1985, S. 147.

4 Wilhelm Weitling: Das Evangelium des armen Sünders, Leipzig 1967, S. 87.

5 Marx/Engels Gesamtausgabe (MEGA), Erste Abteilung, Bd. 27, Berlin 1988, S. 474.

6 MEGA I/2, S. 177 [1844]. Vgl. Heinrich Heine: Sämtliche Werke, Bd. 7, Leipzig 1890, S. 116 [1840]; Moses Heß: Philosophische und sozialistische Schriften, Berlin 1980, S. 227 [1843].

7 Vgl. MEW 1/47f., 378f.; 21/10.

8 Vgl. MEW 2/116; 18/531, MEGA I/2, S. 398.

sächlichen Lehrmeister. Nicht Religion und schon gar nicht die Religiösen waren seine Widerpartner. Allerdings war für ihn nicht der Mensch ein Geschöpf Gottes, sondern Gott ein Geschöpf des Menschen. Unter dessen bisherigen Lebensbedingungen ein notwendiges Geschöpf. Religion war ihm ein Widerschein der wirklichen Welt in den Köpfen der Menschen, ihrem Fühlen und Denken; eine Widerspiegelung, in der irdische Mächte die Form einer überirdischen Macht annehmen.<sup>5</sup> Nebenbei: Gibt es nicht auch Theologen, die im Unterschied zu ihrer eigenen Religion, die eine Offenbarung Gottes sei, alle anderen Religionen für eine Erfindung von Menschen halten?

Anders als für gewisse Aufklärer vor ihm wohnten für den Materialisten Marx die Götter nicht in den Lücken unseres Wissens von der Welt. Religion war ihm keine intellektuelle Fehlleistung von Menschen. Sie war ihm auch kein Produkt von Priesterbetrug. Und schon gar nicht das Christentum. Das sei nämlich seinem Ursprung nach eine Religion von Unterdrückten (MEW 22/449). Von Armen und Rechtlosen und Ausgegrenzten. Und der von Roms Kaiserreich unterjochten Völker. Religion war für Marx nicht Opium für das Volk. Wohl aber nannte er es – übrigens im Anschluß an Moses Heß und Heinrich Heine – Opium des Volkes.<sup>6</sup> Und das ist etwas nahezu Entgegengesetztes. Auch wenn in der Realgeschichte der Menschheit Religion zuweilen zum Heiligensmantel für inhumane Interessen gemacht, also instrumentalisiert, mißbraucht worden ist, sei sie von Haus aus nicht eine Zweckerfindung herrschender gegen unterdrückte Gesellschaftsklassen. Religion sei eine von den Massen geschaffene Theorie dieser Welt, ihre Logik in populärer Form, ihr – wenn auch verkehrtes – Weltbewußtsein, ihr Enthusiasmus, ihre Sehnsucht, ihre Vision, ihre Utopie, ihr Trost- und Rechtfertigungsgrund; sie sei das Gemüt einer herzlosen Welt, ein Seufzer der bedrängten Kreatur, ihr illusorisches Glück.<sup>7</sup> Wer je Religionsausübung im Lebensablauf der wirklich Geschundenen dieser Erde, der Entrechteten, der Enteigneten, der Machtlosen, der Tag für Tag Hungernden erlebt hat – und ich habe es –, der wird dieser Religionsdeutung eine Berechtigung kaum absprechen können.

Wenn aber Religion als Ausdruck des Elends dieser Welt wie als Trost in diesem Elend begriffen wird – und nicht als in Organisationen und Riten institutionalisierte Rückbindung des Menschen an einen Gott –, dann macht ein Kampf gegen die Religion keinen Sinn. Wohl aber ein Kampf gegen das Elend dieser Welt, und dieses Elend ist wahrlich nicht durch Religion verursacht. Daher hat Marx die in Ludwig Feuerbach gipfelnde aufgeklärte Religionskritik zunächst in eine Rechtskritik und diese dann in eine Gesellschaftskritik übergeleitet. Nicht Theologen, sondern Politiker und noch mehr die Privateigentümer an den Produktionsmitteln waren seine Gegner, wenn man denn den Gegensatz personifizieren will. Nicht Marx war es, der sich als Antichrist betätigte oder auch nur so bezeichnete. Er betrachtete sich nicht einmal als Atheisten, denn Atheismus erschien ihm (nach einigem Hin- und Herargumentieren) als letzte Stufe des Theismus, als negative Anerkennung Gottes.<sup>8</sup> Da ein begriffener Gott kein Gott mehr sei,

mache auch der Atheismus keinen Sinn. Ihn gar zum zwangsmäßigen Glaubensartikel zu machen, sei ganz im Gegenteil der beste Dienst, den man Gott erweisen könne. Verfolgungen seien ohnehin das geeignetste Mittel, mißliebige Überzeugungen zu fördern (MEW 18/532). In einem der Chicago Tribune am 18. Dezember 1878 gegebenen Interview heißt es bei Marx kurz und bündig: »violent measures against Religion are nonsense« (MEW 34/534). Letzteres diktatorischen Putativ-Marxisten ins Stammbuch. Die Rache ist mein, spricht Jahwe (5 Mo 32, 35).

Es kann wohlgemerkt nicht darum gehen, die Gefahren zu bagatellisieren, die von Marx für Religion und Christentum ausgehen. Er hielt schon den Gottesglauben (wie auch den Atheismus!) für aufhebungsbedürftig. Genauer: Seiner eingefahrenen Meinung nach steuerte der Gang der Geschichte Gesellschaftsverhältnissen entgegen, die nicht mehr der Religion bedürfen. Daher habe es keinen Sinn, am religiösen Widerschein der Gesellschaft, ihrem Spiegelbild, zu retuschieren. Die Gesellschaft selbst, ihre Eigentums- und Machtverhältnisse müsse man reformieren und revolutionieren. Seien die Produktionsmittel, aber auch der Staat vergesellschaftet (MEGA I/22, S. 56: »reabsorbition of the State power by society«), dann werden die Religionen ebenso wie das Recht absterben. Die Aufhebung der Religion als des illusorischen Glücks des Menschen setze die Herbeiführung seines wirklichen Glücks voraus. Die Illusionen über einen Zustand verlieren zu wollen, bedinge nämlich, den Zustand aufzuheben, der dieser Illusionen bedarf.<sup>9</sup>

Marxens Religionskritik ist also ihrer Substanz nach Gesellschaftskritik. Diese erwuchs aus seiner Gesellschaftsanalyse. Er hielt seine Zeit und zumindest Europa für überreif, um mit Gewalt die Emanzipation des Menschen aus dem Zustand kapitalistischen Ausbeutet-, Manipuliert- und Unterdrücktwerdens zu betreiben. Insofern war er Revolutionär. Dabei hat er – die seitherigen Menschheitserfahrungen samt zweier Weltkriege belegen es – die Macht/Ohnmacht-Struktur der bürgerlichen Gesellschaft wie deren Destruktionspotential so ziemlich angemessen analysiert. Deren bis zum heutigen Tag vorhandene Progressivitätspotenzen allerdings hat er ebenso unterschätzt wie die bleibende Bedeutung bestimmter politisch-rechtlicher Mechanismen, die im Ergebnis bürgerlicher Revolutionen des 17., 18. und 19. Jahrhunderts entstanden waren. Rechtsstaatlichkeit, Gesetzlichkeit, Gewaltenteilung etwa. Gleiches gilt für die nicht auf die Erfordernisse der Wirtschaftsentwicklung oder eines Wirtschaftsstandorts zurückzuführenden und zu reduzierenden geistig-moralischen Bewertungskriterien für die Lebensverhältnisse der Menschen. Diese bedürfen einer Institutionalisierung ebenso wie deren Rückkoppelung an das Volk.

Auch wenn die Politische Ökonomie nicht in Gerechtigkeitsbegriffen aufgelöst und die existentiellen Fragen der Menschheit nicht einfach ins Gewissen des einzelnen Menschen abgeschoben werden dürfen (vgl. aber: MEW 33/6) – ein die Selbstbestimmung des Individuums garantierender, die Machtausübung in der Gesellschaft limitierender Rechtsmechanismus bleibt unabdingbar. Sein

9 Vgl. MEGA I/2, S. 171; I/3, S. 531; I/25, S.24.

Absterben zu prognostizieren heißt seine Bedeutung zu marginalisieren. Der harte Kern aber noch jeder Macht ist die Gewalt. Ist diese nicht plebiszitär domestiziert, und das heißt auch: legalisiert, dann büßt das Volk die Verbrechen der Herrschenden. Wie zum Menschsein des Einzelnen seine geistig-moralische Kontrollinstanz, sei es Glauben oder sei es Vernunft, jedenfalls sein Gewissen gehört, so gehört zum Menschlichsein oder -werden der Gesellschaft eine Legitimierungsinstanz für das gewesene und das kommende Verhalten der Machthaber.

Und freundlich ausgedrückt: Den Übereilungen seines ungeduldigen Verstandes fielen bei Marx auch die Humanitätspotenzen des Juden- und des Christentums innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, bei deren Zähmung wie bei deren Überwindung zum Opfer. »Und voll Sanftheit jeder Schritt/Schreitet schreitet Jesus Christus mit«, jener Schlußvers des russischen Revolutionspoems vom Januar 1918, wäre seine Sache nicht gewesen.<sup>10</sup> Wie bei allen Denkern, auch den weltbewegenden, war sein Erkenntnishorizont von seinem Erlebnishorizont geprägt. Seine Auffassungen zu dogmatisieren, d.h. in einem abgeschlossenen System von Erkenntnissen einzufrosten – wie es jahrzehntelang bis zum Überdruß geschah – zerstört auch seine eigene, einem widersprüchlichen Unendlichkeitsprogreß verpflichtete Dialektik. Es gibt keinen Weg zu Marx zurück (eine ganz und gar unmarxistische Vorstellung!), allerdings ohne ihn auch keinen wirklichen Weg nach vorn.

Christen und Sozialisten haben ihre je eigene, auch nichtchristliche wie auch nichtsozialistische Vergangenheit aufzuarbeiten, wenn sie glaubwürdig sein, bleiben oder werden wollen. Vor allem aber haben sie sich in der Gegenwart zu bewähren. Blicke zurück in Trauer, Scham oder Zorn bewähren sich erst dann, wenn sie den Blick nach vorn frei machen. Die im Namen des Kommunismus verübten Gulag-Verbrechen können nämlich nicht mit dem Blutzoll aufgerechnet werden, der den Kommunisten in den Höllen Hitlers abgepreßt wurde. Die Verbrechen Stalins werden auf der Waage der Geschichte weder durch den Sieg der Sowjetunion über den nazideutschen Imperialismus aufgewogen noch durch Hiroshima nachträglich gerechtfertigt.

Wie aber sollen Christen mit Sozialisten, wie sollen Sozialisten mit Christen umgehen? Gewiß nicht, indem jeder auf die Sünden nur des anderen weist. Wir sind wie zur Freiheit zu einem Miteinander verurteilt. Juden und Christen, Moslems und Heiden, Gläubige und Ungläubige vereint ihr Menschsein. Auf Alleinseligmachung pochende Fundamentalismen sind Brutstätten für Inhumanität in Permanenz. Fundamentalisten gewinnen nämlich ihre Existenzberechtigung aus Feindbildern. Nichtchristen – wie der Autor dieser Worte seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges einer ist – sind aber so wenig per se Antichristen, wie Nichtsozialisten per se Antisozialisten sind. Derjenige Sozialist ist übrigens fragwürdig, der sich über jeden Christen freut, wenn dieser, zumal aus Geldgründen, der Kirche den Rücken kehrt; derjenige Christ ist fragwürdig, der sich über jeden Sozialisten freut, wenn dieser, zumal aus Anpassungsgründen an die neuen Herren, zum Wendehals geworden ist. Nicht missionieren und konvertieren, sondern

10 Alexander Block:  
Ausgewählte Werke, Bd. 1,  
Berlin 1978, S. 246.



tolerieren und kooperieren sind das Gebot nicht nur dieser Stunde für jeden, dem das Selbstbestimmungsrecht des Menschen, jedes Menschen, anderes ist als ein Lippenbekenntnis.

Damit sollen nicht etwa Gegensätze, ja Unvereinbarkeiten zwischen gewissen Taten und Texten von Religiösen christlicher Prägung einerseits und gewisse Taten und Texten von Sozialisten Marxscher Prägung andererseits geleugnet werden. Zur Unverwechselbarkeit des Menschen gehört seine Weltsicht, wie sie sich in seinen Worten und in seinen Handlungen niederschlägt. Sozialisten bemerken mit gemischten Gefühlen und gespaltenem Verstand, daß der Genesis-Satz, wonach Gott ein jegliches nach seiner (nicht: Seiner!) Art schuf, den in der Dutch Reformed Church vereinigten Apartheid-Rassisten als Handlungslegitimation für Menschenrechtsverbrechen diene, daß aber deren jahrzehntelang eingekerkertes Opfer Nelson Mandela ein Christ, ein mit Kommunisten gemeinsam handelnder Methodist war und ist;<sup>11</sup> oder daß Pastoren und Kirchengemeinden in Deutschland von Abschiebung bedrohten Ausländern Kirchenasyl gewähren, dessen Legalität wiederum von christlichen Ministern bestritten wird, wie ja auch ein mehrheitlich aus Christen (Putativ-Christen?) zusammengesetzter Bundestag das einst grundgesetzlich gewährte Menschenrecht auf Asyl in seiner Substanz beseitigt hat.

Und was die Textseite des Widerspruchs anlangt, so läßt sich der hebräischen Bibel nicht nur das Schwerter-zu-Pflugscharen-Gebot entnehmen, sondern auch seine Pflugscharen-zu-Schwertern-Umkehrung (vgl. Jes 2,4; Jo 4, 10); es läßt sich einerseits das radikale Infragestellen jedes Normensystems durch Jesus von Nazareth als Impuls zu permanenter Reform jeder gegebenen Gesellschaftsordnung deuten,<sup>12</sup> doch liegen andererseits jene neu-testamentlichen Passagen, die der überkommenen Herr-und-Knecht-Struktur der Gesellschaft ihren Segen erteilen (Eph 6,5: Ihr Knechte, seid gehorsam eurem leiblichen Herrn in Furcht und Zittern; Kol 3,18: Ihr Weiber, seid untertan Euren Männern, wie sich's gebührt), nicht nur Sozialisten schwer im Magen; es ist einerseits Galater-Vers 3, 28, wonach hier keiner Jude noch Grieche, keiner Knecht noch Freier, keiner Mann noch Weib sei, als Aufgehobensein der Ungleichheiten lediglich in der Gleichheit als Christen verstanden worden, man hat aber auch andererseits aus der gleichen Gottebenbildhaftigkeit aller Menschen auf deren Anspruch auf Rechtsgleichheit (*égalité de droit*), ja selbst auf Vermögensgleichheit (*égalité de fait*) gefolgert.<sup>13</sup> Heinrich Heine, der Geistes- und Blutsverwandte von Marx, hat übrigens mit der biblischen Behauptung: eher gehe ein Kamel durch ein Nadelöhr, als daß ein Reicher in den Himmel komme (Mt 19, 24), seinen Vorschlag begründet, einen Preis für die Beantwortung der Frage auszusetzen, wie man denn ein Kamel durch ein Nadelöhr fädeln könne;<sup>14</sup> in diesem Zusammenhang bezeichnete er Jesus von Nazareth als »göttlichen Kommunisten«.

Genug der Deutungs- und Gedankenspiele; der Fragen und der Fragwürdigkeiten. Wenden wir uns wieder der Sache selbst zu. Zu den bedeutendsten Menschheitsmaximen gehören gewiß

a) das biblische »Liebe deinen Nächsten wie dich selbst«, samt

11 Vgl. Nelson Mandela: Long Walk To Freedom (The Autobiography), London 1994, S. 156.

12 Vgl. Peter Noll: Jesus und das Gesetz, Tübingen 1968, S. 3.

13 Vgl. MEGA I/10, S. 381.

14 Heine. Sämtliche Werke, Bd. 6, Leipzig 1890, S. 364f.

seiner Inverse »Einer trage des anderen Last« (Leviticus 19, 18; Gal 6,2),

b) der kategorische Imperativ Kants: »handele nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, daß sie ein allgemeines Gesetz werde«;<sup>15</sup>

c) die Marx/Engelsche Vision einer Gesellschaft, »worin die freie Entwicklung eines jeden die Bedingung für die freie Entwicklung aller ist«.<sup>16</sup>

Diese drei Menschheits- und Menschlichkeitsmaximen sind in ihrem Aufforderungsgehalt gewiß nicht identisch. Kompatibel aber sind sie allemal! Läßt das aber nicht die Hoffnung aufkeimen, daß eine Selbstbesinnung a) der Juden, Christen und Moslems (für die doch das Nächstenliebe-Gebot verbindlich ist), b) der einer Kritik der Vernunft durch Vernunft Verpflichteten und c) der Sozialisten (nicht nur Marx'scher Prägung) ein ganz wesentliches Miteinander möglich, ja erforderlich macht, sofern sie alle nur ihren jeweils eigenen Zentralimperativ ernst nehmen? – Lassen wir diese Frage in dem Raum stehen, in dem allein sie beantwortet werden kann, im Handlungsraum der Weltgesellschaft von heute.

15 Immanuel Kant: Rechtslehre. Schriften zur Rechtsphilosophie, Berlin 1988, S. 30, 418.

16 Vgl. MEW 4/482; 39/194; MEGA I/10, S. 621; II/5, S. 477; II/6, S. 543; II/10, S. 530

#### Literaturverzeichnis

##### I

Shlomo Avineri: The Social and Political Thought of Karl Marx, Cambridge 1976.

Ernst Barnikol: Das Leben des Jesu der Heilsgeschichte, Halle 1958.

Ernst Bloch: Atheismus im Christentum, Frankfurt a.M. 1986.

Gerhard Dilcher (ed.): Christentum und modernes Recht, Frankfurt a.M. 1984.

Johannes Kadenbach: Das Religionsverständnis von Karl Marx, München 1970.

Karl Kautsky: Der Ursprung des Christentums, Stuttgart 1908.

Heinrich Lutz: Zur Geschichte der Toleranz und der Religionsfreiheit, Darmstadt 1977.

Andrea Maihofer: Das Recht bei Marx, Baden-Baden 1992.

Heinz Monz: Gerechtigkeit bei Karl Marx und in der hebräischen Bibel, Baden-Baden 1995.

Rudolph Sohm: Staat und Kirche als Ordnung von Macht und Geist, Freiburg/Berlin 1996.

Ernst Troeltsch: Die Soziallehren der christlichen Kirchen und Gruppen, Tübingen 1919.

Denis Turner: Marxism and Christianity, Oxford 1983.

##### II

Vom Autor des vorliegenden Essays vgl.

Marxismus und Menschenrechte, Berlin 1982.

Revolutionsprogramm als Reformationstheorie, Berlin 1983.

»Recht wider Recht bei Martin Luther«, in: Sitzungsberichte der Akademie der Wissenschaften der DDR, 11 G, Berlin 1983, S. 34-41.

»Zwischen Koexistenz, Indifferenz und Kontraexistenz«, in: Krawietz (ed.): Formalismus und Phänomenologie, Berlin 1987, S. 101-119.

»Toleranzideen im 17. Jahrhundert«, in: Manfred Stolpe (ed.): Wege und Grenzen der Toleranz, Berlin 1987, S. 80-93.

Deutsche Rechtsphilosophie im 19. Jahrhundert, Berlin 1991.

»Was bleibt von der marxistischen Rechtsphilosophie?«, in: Praktische Vernunft und Theorien der Gerechtigkeit, Stuttgart 1992, S. 11-19.

»Gerechtigkeitstheorien in Vergangenheit und Gegenwart«, in: Sitzungsberichte der Leibniz-Sozietät, Bd. 8, Berlin 1995, S. 91-110.

»Die Gerechtigkeit des Rechtsstaates«, in: Berliner Debatte Initial, 4/1996, S. 7-13.

»Karl Marx über Legitimationskriterien von Verfassungslegalitäten«, in: W. Brugger (ed.): Legitimation des Grundgesetzes, Baden-Baden 1996, S. 97-110.

»When God Commands to Take the Trumpet. Milton als Toleranzdenker«, in: St. Smid (ed.): Recht und Pluralismus, Berlin 1997, S. 123-136.

# Programmatische Prinzipien der Linken Plattform in der Ungarischen Sozialistischen Partei

## *I. Transformation des Weltsystems und linke Kräfte*

Die neoliberale, oder, wie sie heute manchmal genannt wird, die neokonservative »Revolution«, die seit den siebziger Jahren nach und nach die ganze Welt erfaßt hat, hat gravierende Folgen. Ihr wesentliches Ergebnis ist, daß dem »freien Markt«, dem »entfesselten Kapitalismus« sowie einer fast grenzenlosen Herrschaft des Finanzkapitals der Weg geebnet wurde – indem gleichzeitig ein Schritt zurück gemacht wurde: weg vom organisierten Kapitalismus und vom Sozialstaat. Der staatsmonopolistische Kapitalismus, der in den dreißiger Jahren entstand, ist zu einer internationalen Erscheinung geworden, die kardinale Veränderungen in den Beziehungen zwischen den verschiedenen Gebieten und Regionen des Weltsystems mit sich brachte.

Für die große Mehrheit der Weltbevölkerung hatte diese Transformation katastrophale ökonomische und soziale Konsequenzen. Im Rahmen des ökonomischen Weltsystems nimmt das Streben nach Hegemonie und nach Privateigentum in den Ländern der sogenannten Ersten Welt (oder »entwickelten«) Welt zu. Die Teilung in »Ost – West« wurde durch die Teilung »Süd – Nord« abgelöst – oder genauer – durch die Teilung in Reiche und Arme.

In den »sich entwickelnden« und semiperipheren Ländern führen der Ausverkauf des staatlichen Eigentums und die einseitige Öffnung ihrer Märkte (im Interesse der «entwickelten» Länder) weitgehend zum Zusammenbruch der eigenen Produktion. Von vielen wird dieser Prozeß der Akkumulation des Kapitals als »Modernisierung« begriffen. In Wirklichkeit aber führt der Druck von seiten der internationalen Finanzorganisationen in Verbindung mit dem Unvermögen, die Schulden zu bezahlen, zur Entwertung der Waren und zur Senkung des Lohnniveaus. Mehr noch: die »Entwicklungsländer« sind, um die Schulden zu tilgen, gezwungen, den konkurrenzfähigen Teil des Staatseigentums an transnationale Gesellschaften abzutreten. Trotzdem hat sich die ökonomisch-soziale Kluft zwischen den entwickelten und den sich entwickelnden Regionen der Welt nicht verringert, sondern vergrößert. Dieses Schicksal erwartet auch die Länder Osteuropas.

Gleichzeitig entstanden praktisch überall, von Afrika bis Osteuropa, Mehrparteiensysteme, die es dem Kapital gestatteten, sich von der bisherigen Wirtschafts- und Produktionswegen zu trennen. Alles wurde der neuen Strategie der kapitalistischen Akkumulation untergeordnet, die von den Ideologen des Systems »kreative Zer-

Aus: Alternativen.  
Internationales gesellschafts-  
politisches und analytisches  
Journal, Nr. 4 (Winter),  
Moskau 1996/97, S. 24-45  
(leicht gekürzt).

störung« nennen. Darüber hinaus bewirkte die kapitalistische Restauration den Abfluß von Kapital aus den weniger entwickelten Ländern. Heute geben sogar die führenden liberalen Wissenschaftler Ungarns diesen Fakt zu, über den Vertreter unserer Plattform bereits 1989/90 sprachen. Die osteuropäische Region befindet sich jetzt in einer ähnlichen Krise wie in den Jahren 1929/30.

Obwohl das ökonomische Wachstum in China, Vietnam und Südostasien scheinbar beeindruckt, hat die allgemeine Zivilisationskrise das gesamte Weltsystem erfaßt. Es darf nicht übersehen werden, daß sogar hohes ökonomisches Wachstum diese »Inseln« des Staatssozialismus heute nicht vor ernststen inneren Erschütterungen schützt und auch hier sind Tendenzen einer kapitalistischen Restauration unübersehbar.

In den meisten Regionen der Erde, die eine Periode der Deindustrialisierung bzw. Marginalisierung der traditionellen Industriezweige erleben, gelang es dem Kapital, eine Zersplitterung bedeutender Teile der Industriearbeiterklasse herbeizuführen. Die anwachsende Differenzierung zwischen reichen und armen Regionen in der Welt ist Ausdruck der Restrukturierung der Weltwirtschaft und der Weltgemeinschaft. Millionen Menschen sind eines bedeutenden Teils der sozialen Errungenschaften beraubt worden, für die sie viele Jahre gekämpft haben. Die Auswirkungen dieses Prozesses haben auch die linken Kräfte in den entwickelten Ländern zu spüren bekommen – sie sind desorganisiert, zerstritten oder wenden sich neoliberalen Anschauungen zu. Überall sinkt der Einfluß der Gewerkschaften.

Die größten Verluste in diesem Prozeß der »Umgestaltung« der Weltökonomie hatten die Länder Lateinamerikas, die Mehrzahl der Länder Afrikas und Osteuropas zu tragen. Ihre ökonomischen Ressourcen stehen heute unter die Kontrolle des ausländischen Kapitals, der Banken, der internationalen Finanzinstitutionen. Überall in diesen Ländern nutzen die örtlichen Kompradoren der transnationalen Unternehmen – die Schicht der »neuen Reichen«, wie deren politische Vertreter – die »ursprüngliche« Akkumulation des Kapitals zur persönlichen Bereicherung. Millionen einfacher Menschen haben nichts von der Ausweitung politischer Demokratie, weil ihr materielles und geistiges Elend Apathie zur Folge hat und zur Basis für rechtspopulistische Gedanken wird. Sie sind enttäuscht von der Wirkungslosigkeit demokratischer Institutionen. Die im Verlaufe der Systemveränderungen in Osteuropa entstandenen demokratischen Institutionen widerstanden zwar dem Vorstoß der extremen Rechten, gleichzeitig erwiesen sich die an die Macht gekommenen sozialistischen und sozialdemokratischen Parteien aber als unfähig, ein tatsächlich sozialistisches Programm zu verwirklichen. Unter den Bedingungen des Auseinanderfallens von wirtschaftlicher und sozialer Herrschaft ohne Mitbestimmung und politischer Demokratie ist die Arbeiterklasse weitgehend schutzlos dem Druck des Kapitals ausgeliefert.

In dieser Zeit, in der die internationalen Informations- und Propagandazentren ständig von einer neuen kapitalistischen Revolution, von Informationsgesellschaft und technologischen Innovationen reden, verfügt die Hälfte der Menschheit nicht einmal über ein

Telefon. Die soziale Ungleichheit und Differenzierung hat rapide zugenommen. Im Zuge der Transformation ist durch die wachsende Macht des internationalen Finanzkapitals eine Schwächung der traditionellen Rolle des Staates in der sozialen und ökonomischen Sphäre eingetreten. Nach wie vor wird ein bedeutender Teil der Produktionsressourcen der »Entwicklungsländer« zur Tilgung der Auslandsschulden verbraucht. Die Kürzung der Ausgaben für die soziale Sphäre geht einher mit einer Verschlechterung sowohl der finanziellen Lage der örtlichen Bevölkerung als auch einer verringerten Durchsetzbarkeit ihrer sozialen Interessen.

Die Linken erwiesen sich nicht nur als unfähig, eine Privatisierung zu verhindern, die alle gesellschaftlichen Verhältnisse in Markt- und Geldverhältnisse verwandelt, sondern sie selbst reden der privaten Enteignung unter der Losung einer Erhöhung der Arbeitsproduktivität das Wort. Allerdings hat die Privatisierung nirgends weder zur Erhöhung des Lebensniveaus der Menschen noch zur Verbreiterung der Massenkultur oder zur Verbesserung der Lebensbedingungen geführt. Es ist genau das Entgegengesetzte eingetreten.

Bis heute waren die Linken in Osteuropa nicht fähig, ihre Strategie zu ändern. Entweder sie sind im Liberalismus aufgegangen, oder sie hielten an der konservativen Verteidigung des Sozialstaates fest. Doch die Auferstehung des Sozialstaates alten osteuropäischen Typs unter den sich verändernden Bedingungen der Weltwirtschaft ist unmöglich. Sie ist auch gar nicht notwendig. Die sich erneuernde sozialistische Bewegung darf sich dieses Ziel nicht stellen, wenn sie nicht den bürokratischen Staat wiederbeleben will.

Aus diesem Grund muß die sozialistische Bewegung in ihren Visionen von einer zukünftigen Gesellschaft sich vor allem mit dem Konzept vom »schlanken Staat« auseinandersetzen. Die anti-staatliche Richtung des Neoliberalismus, die kapitalistische Zerstörung des Sozialstaates, wird zu großen sozialen Verlusten für die Bevölkerung führen. Der Prozeß der Verelendung ist von einer grundlegenden »Entsicherung« aller sozialen Verhältnisse begleitet. Das wird in der Zunahme von Verbrechen, Prostitution, Umweltzerstörung, Analphabetismus und im Absinken der Lebenserwartung, was wir in Osteuropa im letzten Jahrzehnt erleben konnten, besonders deutlich. (...)

Bedauerlicherweise war die internationale Linke bis heute nicht in der Lage, die Richtung der Transformation und ihre längerfristigen Perspektiventatsächlich zu erkennen. Sie vergeudet stattdessen ihre Kräfte mit nebensächlichen Problemen. Aus der Defensive heraus unternahm die Linke lediglich zögerliche Versuche, langfristige Konzeptionen zu formulieren, die allerdings in der Öffentlichkeit völlig wirkungslos geblieben sind. Die traditionelle kommunistische und sozialdemokratische Bewegung hat eine historische Niederlage erlitten, wurde in der politischen Sphäre marginalisiert oder zum Neoliberalismus »bekehrt«. Die neue Linke konnte oft nur mit Mühe eine Neuformierung erreichen. Erst heute, nachdem die Euphorie der Jahre 1989/90 verflogen ist und unter dem Druck der immer mehr verarmenden und verelenden Menschen, beginnen linke Organisationen, die Tiefe und das Ausmaß ihrer Niederlage zu begreifen. Die größte Niederlage der

internationalen Linken ist der Zusammenbruch der Sowjetunion, genauer: des osteuropäischen Staatssozialismus.

*II. Ursachen und Konsequenzen der Niederlage des Staatssozialismus*  
*Erstens:* Der Staatssozialismus, der sich im internationalen System in der Isolation befand, war eine historische Form des gesellschaftlichen Überbaus, der auf die Verwirklichung sozialer Gleichheit mit Hilfe von Staatseigentums, Staatsmacht und staatlichem Verteilungssystem zielte. Die Niederlage des staatssozialistischen Systems reflektiert auch den Fakt, daß die Sowjetunion vom Zwang zur Großmachtrolle schließlich besonders im Bereich der Militärausgaben überfordert wurde. Bemerkenswert ist, daß auch die USA aus diesem Wettstreit ökonomisch geschwächt hervorgegangen sind. Die bipolare Welt wurde Vergangenheit, und es begann eine neue Epoche. Einerseits verringerte sich die Gefahr eines Atomkrieges, andererseits war das internationale Sicherheitssystem in einem solchen Maße zerrüttet, daß seine Neustrukturierung unumgänglich wurde. Unter den »einseitigen« Machtverhältnissen, wie sie in der Welt mit dem Zusammenbruch des Staatssozialismus entstanden sind, gibt es keine Kraft mehr, die sich für eine wirksame Sicherung des Sozialstaates einsetzen könnte. Der Zusammenbruch der Sowjetunion führte zur Veränderung sowohl der militärischen als auch der ökonomischen Beziehungen zwischen den Staaten. Heute kann man sagen, daß die USA sowohl militärisch wie auch wirtschaftlich die dominierende Position einnehmen; auch weil die beiden anderen führenden Weltmächte – Deutschland und Japan – keine Atomwaffen besitzen.

Das System des Staatssozialismus konnte sich nicht den Veränderungen in der Welt und den Transformationsprozessen in der Weltwirtschaft anpassen. Heute ist klar, daß der Staatssozialismus eine Strategie nachholender Modernisierung war, die bei dem Versuch gescheitert ist, die Idee der wirtschaftlichen Selbstverwaltung, der direkten Demokratie sowie eine eigenständige zivilisatorische Mission umzusetzen.

*Zweitens:* Die Perestroika als demokratisch-sozialistisches Reformexperiment eines »Dritten Weges« zwischen Staatssozialismus und kapitalistischer Restauration geriet Ende der achtziger Jahre in die Sackgasse. Michail Gorbatschow und die Führung der KPdSU konnten sich nicht entschließen, die Kontrolle über das Eigentum tatsächlich an die Arbeitskollektive, die gesellschaftlichen Organisationen und die Organe der wirtschaftlichen Selbstverwaltung zu übergeben. Die Sozialisierung des staatlichen Eigentums wurde nicht erreicht. In diesem Entwicklungsstadium des Staatssozialismus hätte eine Massenbewegung die bürokratisch-konservativen Tendenzen in der Politik aufhalten können. Ende 1988 gab Michail Gorbatschow dem Druck des Internationalen Währungsfonds nach und übernahm eine bürgerliche Privatisierungskonzeption anstelle einer Konzeption der Sozialisierung des Staatseigentums. Infolgedessen gelang es der Bürokratie und den privilegierten sozialen Schichten des alten Systems, in dessen Händen sich das Staatseigentum befand, dieses in Privateigentum umzuwandeln. Die führenden Gruppierungen der staatssozialistischen Elite



verständigten sich mit dem Ziel, ihr Überleben zu sichern, insgeheim auf die Demontage des alten Systems. (...)

In den Ländern Osteuropas hat diese verhältnismäßig dünne Schicht der neuen Reichen inzwischen sicher Fuß gefaßt und ihre Zukunft mit der internationalen Bourgeoisie verbunden. Die Führer der National-Populisten (Shirinovskij, Csurka und andere), die bei der »großen Verteilung« zu kurz kamen, bedienten sich illusionärer Phantasien von »nationalem Reichtum« bzw. einem »nationalen Kapitalismus«, um die ärmsten Schichten der Gesellschaft auf ihre Seite zu bringen.

*Drittens:* Von Anfang an stand das staatssozialistische System im Widerspruch zu seiner offiziellen Ideologie – mit Beginn der achtziger Jahre war es dann nicht mehr in der Lage, jene sozialen Einrichtungen zu finanzieren, durch die die leitende bürokratische Elite ihre Existenzberechtigung legitimierte. Folglich ließ die Unterstützung durch die Bevölkerung stark nach. Die Hauptprobleme einer chronisch defizitären Wirtschaft konnten nicht gelöst werden. Deshalb wurde schließlich eine strategische Wende zur Ablösung des Staatseigentums und der bürokratischen Vergesellschaftung durch die Herrschaft des Privateigentums eingeleitet. Die jahrzehntelang gehegte Verfassungssillusion, daß das Staatseigentum dem Volk gehört, brach zusammen. In Wirklichkeit befand es sich vollständig in den Händen der Bürokratie.

Die Arbeiterklasse, die sich selbst weitgehend der Elite kommunistischer Parteien ausgeliefert hatte, verteidigte das Staatseigentum nicht, weil sie über die Jahrzehnte kein Eigentümerbewußtsein entwickelt hatte.

Die Einschränkung der politischen und ökonomischen Demokratie, die Hypertrophierung der Macht des Staates, das ungelöste Problem der materiellen Interessiertheit der Produzenten, die Bürokratie, das Einparteiensystem und die Abtrennung der Interessen und Privilegien der autoritären Staatsmacht von den Produzenten führten dazu, daß sich die Mehrheit der Bevölkerung gegen die führende Elite wandte, die sich selbst mit der kommunistischen Ideologie identifizierte und diese damit diskreditierte.

*Viertens:* Die illusionäre Theorie einer »nachholenden Entwicklung«, das mechanische Kopieren von Produktionsformen, die für die kapitalistischen Länder typisch sind, das Ersticken jeglicher Versuche, einen eigenständigen nichtkapitalistischen Entwicklungsweg zu finden, und der Bruch mit der sozialistischen Massenbewegung konnten nur in die Restauration der Kapitalherrschaft führen. Diese »Theorie der nachholenden Entwicklung« gründet sich auf ein Fehlverständnis zwischen dem Zentrum und der Peripherie des kapitalistischen Weltwirtschaftssystems. Die Bourgeoisie erschafft zwar die Welt nach ihrem Bild, aber sie gleicht nicht die Unterschiede zwischen den Regionen aus.

*Fünftens:* Die sowjetische Außen- und Militärpolitik und ihre moralischen Folgen führten zu einer radikalen Verschlechterung der Wettbewerbsbedingungen gegenüber den internationalen Wirtschafts- und Finanzzentren. Neue Tendenzen der weltwirtschaftlichen Akkumulation des Kapitals führten schließlich zum Zusammenbruch des sozialistischen Experiments in den Ländern Ost-

europas. Insbesondere das Anwachsen der Auslandsschulden ebnete den Weg für die Restauration kapitalistischer Verhältnisse.

*Sechstens:* Letztlich müssen wir uns von den vorgeschobenen subjektiven Erklärungen für die Katastrophe trennen. Die osteuropäische Ordnung wurde keineswegs von den demokratischen oppositionellen Gruppierungen zerstört, auch waren die politischen und moralischen Verbrechen, die »Käuflichkeit« von Michail Gorbatschow und Boris Jelzin usw. nicht der Grund für den Zerfall des Systems des Staatssozialismus.

Die Zerstörung des Staatssozialismus hatte ihre Ursachen sowohl in innergesellschaftlichen Deformationen, als auch in ungünstigen Veränderungen im Weltmaßstab. Beides zusammen führte letztlich zum Abstieg in die weltwirtschaftliche Semiperipherie. (...)

Die Wiedererrichtung des alten Systems steht nicht zur Debatte, zumal die internationalen Bedingungen, die den Staatssozialismus hervorbrachten und seine Existenz ermöglichten, nicht mehr existieren. Die langfristige Aufgabe der ungarischen und aller osteuropäischen linken Bewegungen besteht in der Vorbereitung eines neuen demokratisch-sozialistischen Projekts auf intellektueller, politischer und moralischer Ebene.

### *III. Identitätsbestimmung*

Die Ungarische Sozialistische Partei (USP) wurde im Oktober 1989 als Vereinigung unterschiedliche Plattformen gegründet. Ihr langfristiges Ziel ist die Errichtung einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft. Mehr als ein Viertel der Delegierten des Gründungskongresses der USP bekannten sich zur Volksdemokratischen bzw. zur Linken sozialistischen Plattform. Beide bildeten später die Linke Plattform in der USP. Auf der Grundlage des ursprünglichen Programms der USP hat sich die Linke Plattform nie vom langfristigen Ziel eines demokratischen und selbstverwalteten Sozialismus losgesagt. Nach unserer Auffassung ist die Hauptaufgabe der Partei heute nicht die Förderung des kapitalistischen Umbaus, sondern die Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter, Arbeitslosen und aller Menschen, die von den Einkünften ihrer Arbeit leben, d.h., derjenigen, die unter den Bedingungen des semiperipheren Kapitalismus ihr Leben durch eigene Arbeit sichern müssen.

Deshalb sind wir davon überzeugt, daß die USP nicht »Geburtsheiferin« für die unbegrenzte Herrschaft des Kapitals und des freien Marktes sein kann, sondern daß sie im Interesse der überwiegenden Mehrheit der Gesellschaft diese Herrschaft begrenzen muß. Die unkritische Kollaboration mit dem ausländischen und inländischen Kapital beraubt die linken Sozialisten ihrer Zukunftsvision. Denn damit würde die Existenzberechtigung der Partei sich allein mit der fatalen Restauration des Kapitalismus in Ungarn verbinden. Die historische Bestimmung der Sozialisten besteht zumindest in der Eindämmung der spontan-anarchischen Bewegungsweise des Kapitals, die auf die Umwandlung aller sozialen Verhältnisse in Geldverhältnisse zielt.

Uns als Linke Plattform begreifend und ausgehend von unserer sozialistischen Identität verstehen wir, daß bei unbegrenzter Herrschaft des Kapitals beliebige Extreme möglich sind. Im November



1989 gab die Volksdemokratische Plattform eine weitreichende Erklärung ab, in der u.a. gesagt wird: »Die USP hat keine Illusionen über die problematischen Wirkungen der Marktwirtschaft und hält es für grundlegend notwendig, eine soziale Kontrolle über die Gesetze des Marktes auszuüben. Sie geht davon aus, daß in einzelnen gesellschaftlichen Bereichen der Markt nicht als effektiver Regulator wirkt, sondern, im Gegenteil, den Weg bereitet für unannehmbare ungerechte soziale Entwicklungen. Deshalb unterstützt sie die Herausbildung von Einrichtungen, die auf menschlicher Solidarität gründen, vor allem in solchen Bereichen wie Bildung, Gesundheitssicherung und soziale Absicherung.« Zu diesen langfristigen Zielen bekennt sich heute die gesamte internationale sozialistische Bewegung.

Aus diesem Grund ist das Credo der Linken Plattform heute: Für Sozialisten sind die sozialen Rechte Bestandteil der Menschenrechte, wie sie von der UNO in der Allgemeinen Deklaration der Menschenrechte 1949 formuliert wurden. Die Linke Plattform geht vom Vorrang der kollektiven Interessen der Bevölkerungsmehrheit gegenüber den Interessen des Kapitals oder des Staates aus. Deshalb sind wir bereits 1989 gegen die Einführung einer neoliberalen ökonomischen Politik aufgetreten.

Mit Rückendeckung durch die Parteiführung versagte die Regierung bei der Verwirklichung eines solchen Programms, weil die Führung der Koalition ihre Interessen über die der Wähler stellte. Die Führer der USP nahmen die Warnung nicht ernst, die im 16. Punkt der Stockholmer Deklaration der Sozialistischen Internationale festgeschrieben ist – daß Gerechtigkeit und Solidarität individueller Freiheit niemals gegenübergestellt werden dürfen. Die Linke Plattform in der USP konnte damals diesen Punkt nicht verteidigen. Mit Bezug auf die soziale Kontrolle über die Wirtschaft vertreten wir nach wie vor den Standpunkt, daß »die Beteiligung der Arbeiter an der gemeinsamen Entscheidungsfindung in den Unternehmen, unter Einschluß der Gewerkschaften, den entscheidenden Einfluß auf die nationale ökonomische Politik ausüben muß«.

Nicht nur die Führung der USP, sondern auch die oberen Abteilungen der Gewerkschaften tragen Verantwortung für die undemokratische Eigentumsu mwandlung im Rahmen der Privatisierungspolitik. Unter den jetzigen Bedingungen ist das Vertrauen der Bevölkerung zur USP sehr gering – Grund dafür ist ihr Abweichen vom Wahlprogramm – und ohne tiefe und selbstkritische Analyse ist eine zukünftige Niederlage unausweichlich. Sozialpsychologisch gesehen, wirkt sich auf das Image der Partei besonders der Fakt negativ aus, daß die neue »Kompradorenbourgeoisie« sich in nicht geringem Maße aus der »alten-neuen« Parteienomenklatura rekrutiert. Ungeachtet des überzeugenden Wahlerfolges ist die USP keine wirkliche Massenpartei geworden, wofür vor allem ihre Führung verantwortlich zu machen ist. Leider hat sich die Linke Plattform auch übermäßig loyal gegenüber der Parteiführung verhalten. Heute hat sie schon nicht mehr das Gewicht in der Partei, das sie im Augenblick ihrer Gründung besaß, und deshalb haben ihre Bemühungen nur selten eine Bresche in die starke, auf die (bürgerliche) Mittelklasse orientierte, Parteipolitik geschlagen.

Die wichtigste Aufgabe der Linken in der USP besteht in der Sicherung möglichst günstiger Bedingungen für das Überleben der Menschheit. Dazu müssen wir alle Illusionen über die Welt in der wir leben, überwinden. Eine weitere Aufgabe der alternativen Linken ist daher die Analyse und Vermittlung dessen, was in Wirklichkeit im Weltsystem, in Europa und in Ungarn vorsichgeht.

In der demokratisch-sozialistischen Bewegung in Ungarn (und in gewisser Weise darüberhinaus) gibt es zwei grundlegende Strömungen. Die *erste* geht von der Krise der Sozialdemokratie und dem Zerfall des Kommunismus aus und behauptet, daß der Weg zur Erneuerung über die Öffnung gegenüber liberalen Positionen und die Absage an traditionelle Werte und Strukturen sozialer Demokratie führe. Die *zweite* Strömung lehnt die »Liberalisierung« ab und unterstützt ausschließlich jene Politik, die sich nicht mit der sozialen Ungleichheit und dem Anwachsen der sozialen Ungerechtigkeit abfindet.

#### *IV. Systemveränderungen und ihre Folgen*

Die Systemveränderungen in Osteuropa 1989-1991 wurden maßgeblich von den internationalen Finanzzentren beeinflusst. Im ersten Programm der USP und im Gründungsdokument der Linken Plattform wurde die Absicht erklärt, durch die Schaffung einer gemischten Ökonomie die Umwandlung Ungarns in ein kapitalistisches Land semiperipheren Typs zu verhindern. Darin wurde vorgeschlagen, daß gesellschaftliches Eigentum die wichtigste Eigentumsform darstellen sollte. Aber die Interessen der neuen Elite – die aus den Vertretern der alten Nomenklatura, aus einzelnen Gruppierungen der früheren Kommunistischen Partei und der USP sowie aus Finanzexperten, die die Interessen der neuen Eigentümer und der obersten Schichten der Bürokratie vertreten, besteht – unterwarf sich schließlich den Bestrebungen des ausländischen Kapitals, die im Widerspruch zu den nationalen Interessen stehen. Das ausländische Kapital setzte solche Systemveränderungen durch, von deren positive Wirkung die große Mehrheit der ungarischen Bürger ausgeschlossen sein wird.

Mit Hilfe der Mehrparteienwahlen gelang es der neuen Elite, die eigene Macht im Rahmen der bürgerlichen parlamentarischen Demokratie gesetzlich zu verankern. Dieser Parlamentarismus, der »von oben« eingeführt wurde, hatte einige Besonderheiten. Die ebenfalls »von oben« geschaffenen Parteien vertreten alle die Interessen der neuen Eigentümer. Das Ungarische Demokratische Forum (UDF) hat enge Verbindungen zu ungarischen Unternehmen und den Nachkommen der alten Mittelklasse. Die Christlich-Demokratische Volkspartei (CDVP) vertritt die Interessen der Kirche, die nach 1945 ihr Eigentum verloren hatte. Ein Teil der Mitglieder der USP vertritt die Intelligenz, der andere Teil diejenigen, die aus der alten Nomenklatura hervorgegangen sind und nun danach streben, Eigentümer zu werden. Die Partei der Klein-eigentümer bringt die Interessen jener zum Ausdruck, die bis 1948 Eigentümer waren. Die Union der Freien Demokraten (UFD) vertritt schließlich die Interessen ausländischer Investoren. In ihr organisieren sich die entscheidungsfreudigsten und ambitionierte-

sten Vertreter der städtischen Intelligenz. Die Ungarische Sozialistische Arbeiterpartei (ehemals führende Partei) wurde zur Arbeiterpartei und tritt jetzt für die Verteidigung des Staatseigentums ein. Die Linke Plattform der USP und die Assoziation der linken Alternative sind die einzigen politischen Strömungen, die sich konsequent für eine Wirtschaft mit vielfältigen – vor allem auch genossenschaftlichen – Eigentumsformen einsetzen.

Sogar nach Maßstäben des bürgerlichen Rechts ist die »neue Bourgeoisie« kriminellen Ursprungs. Bei der Privatisierung des Staatseigentums gibt es kaum Fälle, bei denen nicht das Rechtssystem oder zumindest einzelne Gesetze, bzw. die Interessen der Gesellschaft oder der Belegschaften verletzt worden wären. Das größte Verbrechen der sogenannten »Christlichen nationalen Koalition«, die sich von 1990 bis 1994 an der Macht befand, war die Zerstörung der landwirtschaftlichen Genossenschaften. Der ideologische »Kreuzzug« gegen sie verband sich mit dem Versuch, das westliche Modell wirtschaftlicher Organisation durchzusetzen. In diesem Zusammenhang wurde der ungarische Binnenmarkt bedingungslos den ungezügelten Kräften des Weltmarktes geöffnet. Die große Mehrheit der Bevölkerung, die mit der Landwirtschaft verbunden war, wollte nicht in den privaten Sektor, weil sie verstanden, daß kleine Privatbetriebe nicht in der Lage sein würden, ihre Existenz zu sichern. Zur Entwicklung der privaten Landwirtschaft konnte die »Christliche nationale Koalition« nicht die nötigen Finanzinvestitionen und auch nicht entsprechende Marktbedingungen sichern. In den neunziger Jahren wurden die neuen Grundbesitzer (vorwiegend Rentner im Alter zwischen 70 und 80 Jahren) der Willkür des sogenannten freien Marktes mit allen seinen zerstörerischen Folgen – mangelndes Kapital und unrealistische Forderungen von seiten der Banken – ausgesetzt. Alles das zeugt von einem unverzeihlichen historischen Verbrechen. Im Vergleich dazu steht die Verschleuderung eines bedeutenden Teils des nationalen Reichtums (ohne irgendeinen Nachweis) auf dem zweiten Platz der langen Liste der negativen Merkmale des Regimes Ántal-Baras.

Die Ungarische Sozialistische Partei ist eine charakteristische Organisation für die Gründungsperiode des kapitalistischen Systems. In ihr finden sich politische Vertreter praktisch aller sozialen Schichten der ungarischen Gesellschaft – vom Bankkapital, den Gewerkschaften, den Arbeitern bis zu Kleinunternehmern, der Intelligenz und den Rentnern. Allerdings spielen die bürgerlichen Interessen hier die entscheidende Rolle. Als Beweis dafür kann der Fakt gelten, daß 1992 in offiziellen Parteidokumenten die Herrschaft des Privateigentums nicht nur anerkannt, sondern als höchste Form des Eigentums im Verhältnis zum gesellschaftlichen und anderen Formen des kollektiven Eigentums betrachtet wird. Das ist bereits zu einem Dogma geworden, das keinerlei Beweises mehr bedarf.

Zu dieser Kategorie von Dogmen gehört auch der beabsichtigte Eintritt Ungarns in das »Europäisch-atlantische Bündnis«. Die linke Plattform in der USP hält dieses Dogma, das die Angliederung an die NATO zum Ziel hat, für einen ernsthaften politischen Fehler. Eine positive Folge der Systemveränderungen ist unserer

Meinung die Aufhebung der militärischen und ökonomischen Teilung Europas. Im Resultat dessen entstand die Möglichkeit der Schaffung eines Sicherheitssystems für ganz Europa, dem sich jeder beliebige europäische Staat anschließen könnte. Das Ausheben tiefer Gräben und das Errichten neuer Mauern – das darf nicht auf unsere sozialistische Fahne geschrieben werden.

Alle diese negativen Merkmale der modernen Politik widersprechen den historischen Traditionen der demokratischen Linken, ebenso der Erziehung zur Solidarität mit den Völkern der Nachbarstaaten und den ungarischen Minderheiten. Die Vertretung nationaler Interessen und die Verbesserung der Lage der ungarischen Minderheiten können nur erreicht werden, wenn Ungarn nicht zu einem zweitrangigen Partner der führenden internationalen Mächte wird. Deshalb ist es das Interesse Ungarns, einen Typ von Verteidigungssystem zu schaffen, in welchen alle europäischen Staaten einbezogen sind. Im Rahmen dieses europäischen Systems müssen wir auch die Sicherheit der ganzen Welt sehen. Vom Standpunkt des Humanismus ist die Welt einzig und unteilbar.

Obwohl sie den Fakt der Restauration des Kapitalismus anerkannte, war die Linke Plattform nicht vom Mythos des »guten Kapitalismus« und der Utopie »der nationalen Verbürgerlichung« gefangen. Der Kapitalismus in Ungarn, der ein Teil des kapitalistischen Weltsystems ist, bedeutet Herrschaft des Auslandskapitals. Die regierende sozial-liberale Koalition könnte sich wenigstens bemühen, dessen Einfluß einzudämmen, wenn sie die Kraft und den Mut dazu aufbrächte; aber bis heute ist es uns nicht gelungen, die Koalition von der Notwendigkeit dieses Schrittes zu überzeugen. Wir müssen klar erkennen, daß – ganz gleich welche Modernisierungsutopien für Osteuropa insgesamt und für Ungarn im besonderen auch verfaßt wurden – im Lande bereits der Kapitalismus semiperipheren Typs entsteht. Und das ist schon nicht mehr zu ändern, auch wenn Ungarn irgendwann auf einem elementaren Niveau der Europäischen Union beitrifft. Dieser Fakt bestimmt unser Verhältnis zum Kapitalismus.

Schlußfolgernd daraus unterstreichen wir erneut, daß im Rahmen des sich entwickelnden kapitalistischen Systems die Sozialistische Partei vor allem die Interessen der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Kleinunternehmer, der Rentner, der schutzlosen Schichten der Gesellschaft (Frauen, Jugendliche usw.) vertreten muß – mit anderen Worten, die Interessen von 80 Prozent der Bevölkerung. Der politische Kampf muß die Vertretung der politischen Interessen der Arbeiter in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften und anderen selbstorganisierenden Vereinigungen verbreitern.

#### *V. Politische Forderungen*

*Erstens:* Die utopische Modernisierungstheorie, derzufolge Ungarn in absehbarer Zeit die Zentren des Weltkapitalismus einholen wird, ist keine realistische Alternative. Das heißt nicht, daß Ungarn und die ungarischen Linken der Weltentwicklung entgegentreten sollten, aber es kann auch nicht heißen, daß das Land vor dem Abgleiten an die Peripherie bereits sicher wäre. Mit seinem selektiven Vorgehen hat der Westen die Länder Osteuropas gegeneinander

ausgespielt. Gleichzeitig sprechen alle westlichen politischen Führer von einem neuen Typ der Zusammenarbeit. Die Schaffung von günstigen Bedingungen der regionalen Zusammenarbeit setzt die Einbeziehung aller europäischen Staaten in die Struktur des Welt-systems voraus. Das ist unbedingt notwendig, um die Interessen einer Nation nicht in Widerspruch zu den Interessen anderer Nationen treten zu lassen. (...)

*Zweitens:* Langfristiges ökonomisches Wachstum ist abhängig von der Entwicklung der Arbeitsproduktivität und der Schaffung günstiger Produktionsbedingungen. Aus dieser Sicht kann nur eine solche Entwicklungsvariante erfolgreich sein, die die größtmöglichen Ressourcen zur Ausbildung der Arbeiter aufwendet und dieses Potential dann in einem breiten Spektrum von Produktionszweigen nutzt. Das Hauptziel sozialistischer Wirtschaftspolitik muß in der Befriedigung der wichtigsten menschlichen Bedürfnisse liegen, insbesondere in der Gesundheitsfürsorge, der Erhöhung des kulturellen Niveaus sowie der Sicherung des Existenzminimums für jedes einzelne Individuum. Die Schaffung sozialer Gleichheit ist auf eine lange Sicht nicht möglich ohne die Umsetzung einer fundierten wirtschaftspolitischen Konzeption, die im Kern in der Steuer- und Budgetpolitik besteht.

*Drittens:* In historischer Perspektive liegt der Schlüssel für eine sozialistische Wirtschaftspolitik in der Demokratisierung der wichtigsten Entscheidungsprozesse, besonders was die Nutzung der Ressourcen betrifft. Einerseits bedeutet das ein Höchstmaß an Dezentralisierung des Leitungsprozesses, andererseits führt dies zur Herausbildung einer intensiven Kooperation zwischen den Leitungsebenen. Die höheren oder allgemeineren Ebenen der größten gesellschaftlichen Einheiten stehen unter der Kontrolle der niederen Ebenen – das ist auch das Instrument, um die auf diese Weise gefaßten Entscheidungen in der Praxis umzusetzen. Neben den regulären Neuwahlen der Führungskräfte verfestigt sich gesellschaftlich ein weiteres wichtiges Instrument – die Garantie von Offenheit im gesamten Prozeß der Entscheidungsfindung. Durch das Niveau der Entwicklung der Computertechnologie und der Telekommunikation sind die technischen Möglichkeiten, um das zu erreichen, praktisch grenzenlos.

*Viertens:* Ausgangspunkt für eine sozialistische Wirtschaftspolitik ist der Zustand der ungarischen Gesellschaft in den neunziger Jahren – er ist gekennzeichnet durch das Absinken der Arbeitsproduktivität und des Bildungsniveaus (als Folge der Arbeitslosigkeit und der Einsparungen im Bildungssystem), aber auch durch die sinkenden Standards im Gesundheitswesen und der sozialen Absicherung. Das Eigentum an den Produktionsmitteln befindet sich nach wie vor im bedeutenden Umfang in den Händen des Staates (wenn auch in den letzten Jahren die modernsten Betriebe bereits in ausländisches Eigentum und einheimisches Privateigentum übergegangen sind). Finanziell ist die Volkswirtschaft in jeder Hinsicht instabil geblieben, ungeachtet der von der Regierung gestellten Aufgabe, die Wirtschaft finanziell zu stabilisieren. Der Sparzwang verringerte Investitionen, denn die Zahlungen der Zinsen der Auslandsanleihen erforderte die ernsthafte Nutzung

aller Reserven. Die Wirtschaftspolitik steht unter der Kontrolle des Internationalen Währungsfonds und vor allem der Regierung der USA und anderer Großmächte, die im IWF eine entscheidende Rolle spielen.

*Fünftens:* In der jetzigen Situation darf es nicht ausschließlich um die Machtfrage gehen. Wichtiger ist die Verbreitung sozialistischer Initiativen in den unteren und mittleren Schichten der Gesellschaft. Nur so kann garantiert werden, daß die Regierung in der Gesellschaft wirkt und nicht in einem Vakuum und daß eine reale Grundlage zur Durchsetzung einer alternativen Wirtschaftspolitik geschaffen wird. (...)

*Sechstens:* Heute rangiert noch immer die Privatisierung an der Spitze der Prioritätenliste in der Wirtschaftspolitik. Die führenden Wirtschaftsexperten der Sozialistischen Partei bestehen weiter auf ihrer Fortsetzung (auch bezüglich des staatlichen Energiesystems, der staatlichen Ölwirtschaft usw.). Die Entscheidung über die Privatisierung muß allerdings den Zielen der nationalen Wirtschaft und des möglichen Nutzens für die wirtschaftliche Entwicklung des Landes unterworfen werden. Unter diesem Gesichtspunkt könnte die Bereitstellung von Krediten oder die Schaffung anderer Vergünstigungen, z.B. die Absenkung der Preise für profitable Staatsbetriebe, negative Auswirkungen auf die Privatisierung haben. Allerdings haben die Freiheitsgarantien für die neuen Privatunternehmer in der gegebenen Situation einen positiven Effekt. Folgerichtig darf der Erfolg der Betriebe nicht in erster Linie am Profit gemessen werden, der nur einem kleinen Kreis von Unternehmern zugute kommt, sondern muß danach beurteilt werden, wieviele Menschen des entsprechenden Unternehmens von den Einkünften ihren Lebensunterhalt sichern können und welchen Beitrag die Betriebe zur Entwicklung der relativen Stabilität der Region leisten. In diesem Zusammenhang war die Zerschlagung der landwirtschaftlichen und Produktionsgenossenschaften und die Privatisierung der Betriebe des öffentlichen Dienstleistungsbereichs sowie der staatlichen Banken von besonders zerstörerischer Wirkung.

*Siebtens:* Das Hauptproblem besteht darin, einen geeigneten Weg der Integration der nationalen Wirtschaft in die Wirtschaft der Region und ins Weltwirtschaftssystem zu finden. Es ist offensichtlich, daß der Zusammenbruch des Staatssozialismus durch viele Faktoren bedingt war. Einer der wichtigsten war, daß unter den Bedingungen des Zerfalls, der durch die sowjetische Orientierung auf die extensive Industrialisierung hervorgerufen worden war, die politische Führung des Landes nicht in der Lage war, sich in das Weltwirtschaftssystem zu integrieren – besonders nicht in einer zentralen Position. Sie war außerdem nicht in der Lage, ein alternatives sozialistisches System auf der Grundlage einer demokratischen und sozialistischen Entwicklung zu schaffen. Die Verbürokratisierung machte das System des Staatssozialismus unreformierbar (die Arbeitsproduktivität verblieb unter dem Durchschnitt in Europa). In der gleichen Zeit wirkte sich die Zuspitzung der Finanzungleichgewichte zwischen Ost und West – die die Form einer langen Krise annahm – auf das Funktionieren des Systems aus. Die Verschärfung des Schuldenproblems im



Laufe der achtziger Jahre heizte das Streben der westlichen Wirtschaftsmächte an, das soziale und politische System zu zerstören, das sein Konkurrent war. Das äußerte sich im Mangel von ausländischen Direktinvestitionen in Osteuropa in dieser Zeit. Anstelle dessen wurden die Zinsen für die Kredite erhöht, was die entscheidende Rolle bei der Anhäufung immenser Schulden spielte.

*Achtens:* Auf der Grundlage der bisherigen Erfahrungen wurde deutlich, daß es notwendig ist, die finanzielle, technische und politische Abhängigkeit des Landes von den internationalen kapitalistischen Zentren zu verringern. Dafür ist es nötig, einen Weg zur Tilgung der Auslandsschuld zu finden. Dazu müßte eine Politik gemacht werden, die dem Integrationsprozeß nicht zuwiderläuft. Im Gegenteil, die wirkliche Alternative besteht nicht darin, »sich anzuschließen oder sich nicht anzuschließen?« – sondern in der Antwort auf die Frage »Wie soll man sich anschließen?« In diesem Zusammenhang wäre es ein großer Schritt vorwärts, eng mit den Ländern, die auf gleichem Entwicklungsstand sind, zusammenzuarbeiten. Auch wenn gegenwärtig schlechten Beziehungen zwischen Ungarn und einigen seiner Nachbarn bestehen. Mit diesen Ländern wäre es möglich, einen Zollverbund zu begründen sowie eine Vereinbarung über Freihandel, Konvertierbarkeit der Währungen usw. zu schließen. Eine gleichgewichtige Zusammenarbeit mit den hochentwickelten Ländern wird nur dann möglich sein, wenn wir selbst ein höheres Entwicklungsniveau erreicht haben, vor allem auf den Gebieten der Verteilung der Einkommen und der Beschäftigung. Besonders in diesen Sphären wirken sich die Folgen der für die schwächeren Partner unrentablen Zusammenarbeit negativ aus. Die Integration gleicher Partner schafft außerdem die Basis für realere Verhandlungen, z.B. mit der Europäischen Gemeinschaft oder dem IWF (und nicht zu solchen ungünstigen Handels- und Finanzbedingungen, wie das vor nicht langer Zeit noch im Verhältnis zu Osteuropa üblich war).

Wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben. Wir verstehen, daß es der Regierungskoalition nicht gelang, das Absinken des Lebensniveaus sowie die Verluste in der Bildungssphäre und der Kultur zu verhindern. Allerdings gibt es Hoffnung auf eine positive Veränderung in dem Fall, daß unsere Vorschläge beachtet werden. Zur Erreichung dieses Ziels sind neue Formen der sozialen Beteiligung und des Wirtschaftswachstums notwendig. Die konkreten Bedingungen und eine genauere Kennzeichnung solcher Politik werden detailliert im auszuarbeitenden Programm dargelegt, das in naher Zukunft vorgelegt werden wird.

Unter den Bedingungen der fortgesetzten kapitalistischen Entwicklung sind für uns die wichtigsten Aufgaben:

- Milderung sozialer Härten dieses Prozesses für die Bevölkerung;
- Erhöhung des Bildungsniveaus der Bevölkerung;
- Vervollkommnung des Systems der sozialen Versorgung und des Gesundheitswesens.

Man muß sich von einer Politik verabschieden, die die soziale Ungleichheit verschärft und zur weiteren Differenzierung der Gesellschaft führt. Deshalb müssen wir – alle möglichen demokrati-

schen und verfassungsrechtlichen Wege nutzend – die gefährliche Kluft zwischen den führenden Kreisen (den »neuen Reichen«) und der großen Mehrheit der Bevölkerung verringern. Zur Erreichung dieses Ziels brauchen wir eine demokratische sozialistische Bewegung und eine Massenpartei, die deren Interessen vertritt. Das ist ein wichtiger historischer Faktor, bei dessen Fehlen wir keinerlei Chancen bei den allgemeinen Wahlen haben werden.

Niemals darf die Gefahr unterschätzt werden, daß der wachsende nationalistische Populismus eine sich diskreditierende Linke hinwegfegen könnte. Im Zusammenhang damit besteht unsere Aufgabe darin, die Hoffnung auf eine neue demokratische sozialistische Entwicklung in historischer Perspektive neu zu beleben.

ÜBERSETZUNG AUS DEM RUSSISCHEN: MARION KUNZE





TAMÁS KRAUSZ

## Aufstieg und Niedergang der Selbstverwaltung in Ungarn

### *Die Zivilgesellschaft: Bürgerliche Gesellschaft oder gesellschaftliche Gegenmacht*

Eine der Schlüsselkategorien der Vorgeschichte des osteuropäischen »Systemwechsels« war die Zivilgesellschaft. Sämtliche wichtigen geistig-politischen Strömungen – die (Neo-)Liberalen, die National-Konservativen und die systemkritische marxistische Linke – formulierten Mitte und Ende der achtziger Jahre ihr Zukunftsbild unter Bezugnahme auf diese Kategorie. In all diesen Zugangsweisen trat die »Zivilgesellschaft« in Osteuropa als etwas auf, das als vom staatssozialistischen System zerstört betrachtet wurde und das es nun anstelle des Einparteiensystems wieder aufzubauen gelte.<sup>1</sup>

In der (neo-)liberalen Interpretation drückte die Kategorie der Zivilgesellschaft im Prozeß des Systemwechsels die Gegenüberstellung zwischen dem Begriff des »Einparteienstaates« und der Gesellschaft aus. In dieser Perspektive umfaßte die Zivilgesellschaft auch die politischen Parteien und »verschmolz« auf diese Weise mit dem Begriff der politischen Gesellschaft. Die hegelianisch-marxistische Auffassung indes hatte keine Trennung von politischer und bürgerlicher Herrschaft zum Ausdruck gebracht: Marx war es darum gegangen, die immanente Verbundenheit von bürgerlicher Gesellschaft und kapitalistischem Privateigentum analytisch zu erfassen – was nun gar nicht im Interesse jener europäischen Eliten lag, die jetzt den Systemwechsel betrieben. Der liberale Systemwechsel beruhte ja eben auf der Grundüberzeugung, daß es darum gehe, die Getrenntheit von politischer Gesellschaft und bürgerlicher Gesellschaft zuwege zu bringen.<sup>2</sup>

Bei den kritischen Marxisten waren die Auffassungen Gramscis beliebt: Sie betonten die Möglichkeit der politischen »Selbstorganisation« gegenüber dem bürokratischen staatlichen Unterdrückungsapparat als Weg zur fortschrittlichen Überwindung des staatssozialistischen Systems. Doch in der Theorie Gramscis ist der grundlegende Gedanke enthalten, daß auch in der Zivilgesellschaft – insbesondere auf dem Gebiet der Kultur – die bürgerlich-kapitalistische Hegemonie zustande komme. Deshalb bettete die an einem »Systemwechsel« interessierte linke Intelligenz den Begriff der Zivilgesellschaft in den theoretischen Rahmen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung ein.<sup>3</sup>

Von 1990 an bestand jedoch kein Bedarf mehr an der »Zivilgesellschaft« als Konzeption der gesellschaftlichen Selbstorganisa-

Tamás Krausz – Philosoph, Budapest. Mitherausgeber der Zeitschrift »Esmélet«. Koordinator der Linken Alternativen e.V. (Baloldali Alternativa Egyesülés – BAL).

1 Zur Untersuchung dieses Problemkreises liegt eine umfängliche Literatur vor. Siehe z.B. Reinhardt Kössler, Henning Melber: Chancen internationaler Zivilgesellschaft, Frankfurt a.M. 1993; Jean L. Cohen, Andrew Arato: Civil Society and Political Theory, Cambridge 1992; Peter Gowan: Neo-Liberalism and »Civil Society«. Ideology and Strategy in the Neo-Liberal Project (Ms. o.J.).

2 Vgl. dazu Elisabeth Heidt: Politische Herrschaft und bürgerliche Gesellschaft, in: Handbuch Politische Theorien und Ideologien, UTP Wissenschaft 1995, S. 291-342.

tion. Die besondere Qualität der neuen ideologischen und kulturellen Hegemonie spiegelte sich nun darin wider, daß die Doktrin der »offenen Gesellschaft« von Karl Popper in den Vordergrund rückte. Dabei ist es von mehr als symbolischer Bedeutung, daß es Friedrich Hayek war, der im Jahre 1942 der ersten Ausgabe des Buches von Popper zur Publikation verhalf. Und nach vielen aufeinanderfolgenden Ausgaben im Westen wurde schließlich die erste russische Ausgabe durch den berühmten Börsenspekulanten George Soros, den großen Freund der »offenen Gesellschaft«, finanziert.<sup>4</sup> Bei der liberalen Utopie der »offenen Gesellschaft« geht es um ein Netz von Institutionen, die der ausführenden Gewalt als Diskussionsforum zum Verhandlungspartner werden. Doch die »selbstregulierenden Kräfte des Marktes« und die Diskussionsklubs und aufklärerischen Einrichtungen, die die institutionelle Macht zu »überwachen« beabsichtigten, konnten mit den Realitäten der osteuropäischen Zivilgesellschaft nicht viel anfangen. Im Zuge des Systemwechsels nämlich wurden jene zivilgesellschaftlichen Organisationen vernichtet, die in spezifischer Weise einen Teil der Vorgeschichte des Systemwechsels gebildet hatten und in die George Soros soviel Geld investieren wollte.<sup>5</sup> Zu diesen Organisationen gehörten die russischen Perestroika-Klubs ebenso wie die ungarischen Arbeiterräte, von denen noch die Rede sein wird. Popper und in seinem Gefolge Dahrendorf bzw. die Anhänger von beiden haben dem Begriff der Zivilgesellschaft eine neue Funktion verliehen: Sie haben ideologisch den Boden dafür bereitet, den Staat und die Gesellschaft in einer ganz bestimmten Weise und verbunden mit ganz bestimmten politischen Inhalten einander gegenüberzustellen, voneinander abzuschneiden. Oder anders gesagt: In ihrer wirklichen Funktion bedeutet die »offene Gesellschaft« als soziale Utopie die Trennung der Mehrheitsbevölkerung vom Sozialstaat und die Abschneidung der Gesellschaft von der unmittelbaren Einflußnahme auf die Politik.<sup>6</sup>

Zugleich ließen die osteuropäischen Erfahrungen auch bald deutlich werden, daß die zivilgesellschaftlichen Institutionen im Gramscischen Sinne die kulturelle Hegemonie des bestehenden Systems sicherstellten und festschrieben, und daß die alltägliche Politik ausschließlich zur Sache der Parlamentsparteien geworden ist. Heute freilich, acht Jahre nach der Wende von 1989, bedeutet die »offene Gesellschaft« in Osteuropa nicht einmal mehr soviel, wurden doch im Zuge des Systemwechsels die neuen zivilgesellschaftlichen Institutionen einfach »privatisiert«, das heißt, ihrer materiell-finanziellen Selbständigkeit beraubt. De facto haben sie aufgehört zu existieren. In der Aufreibung der Perestroika-Clubs in Rußland spiegelte sich diese Entwicklung ebenso deutlich wider wie in der Auflösung und finanziellen Liquidierung der Institutionen des gesellschaftlichen und kulturellen Selbstschutzes in Ungarn. Im gleichen Maße, wie der Abbau des bürokratischen Wohlfahrtsstaates voranschreitet, verwandeln sich die zivilen Organisationen neuerlich in wohltätige und ethnokulturelle Vereine im Stil der Jahrhundertwende. Darin steckt das »Geheimnis« ihrer Machtlosigkeit. Die Herrschaft des Staates und des Marktes türmt sich in neuer Form über der staatsbürgerlichen Selbstorgani-

3 Vgl. dazu in der ungarischen Forschung László Túto: Gramsci és a gazdasági demokrácia kérdése (Gramsci und die Fragen der wirtschaftlichen Demokratie), in: Tanulmányok Gramsciról (Studien zu Gramsci), Budapest 1987, S. 85-111; und den Vortrag desselben Autors auf einer Konferenz im Jahre 1988: Az önkormányzás mint történeti és elméleti probléma (Die Selbstregierung als historisches und theoretisches Problem), in: Tamás Krausz, Péter Márkus (Hrsg.): Önkormányzás vagy az élitek uralma (Selbstregierung oder Herrschaft der Eliten), Budapest 1995, S. 99-107.

4 Die sich historisch wandelnden ideologischen Funktionen des Werkes »Die offene Gesellschaft« von Popper werden ausgezeichnet dargelegt in: Juri Bokarjew, Otkrytoje obschtschestwo i ego drusja, Teil 1, Rossija XXI (1995) Nr. 1011, S. 100-126.

George Soros hat seine dem Systemwechsel »zu Hilfe kommenden« Stiftungen in Rußland und in ganz Osteuropa im Zeichen dieser Ideologie aufgebaut. Neben dem erwähnten russischen Autor hat u.a. auch Soros selbst ein umfassendes Bild dieser Bestrebungen gezeichnet: György Soros, A lehetetlen megkísértése. A kelet-európai forradalmak és a Soros Alapítvány (Der Versuch des Unmöglichen. Die osteuropäischen Revolutionen und die Soros-Stiftung), Budapest 1991. Vgl. auch: Karl Popper in Prague in Memoriam, Prag 1994.

5 Soros legte 1991 detailliert dar, wie er sich die »Gründung« der Zivilgesell-

schaft in Rußland vorstellte. Nur seine Enttäuschung war größer als seine Naivität.

6 Gowan o.J.

7 Vgl. Eszmélet books: First International Conference of Social-Critical Journals, Bd. 1 u. 2, Budapest 1991. – Eszmélet books 2: The Anti-Capitalist Left on the Eve of the XXI. Century. Social and Political Restructuring and Perspectives. International Conference, Budapest 16.-18.9.1994, Budapest 1996.

8 Die osteuropäische und in diesem Rahmen die ungarische Tradition speisten sich insbesondere aus dem revolutionären Erbe der Russischen Revolution von 1917/1919 und aus den reichen Erfahrungen der Selbstorganisation nach dem Krieg. So verschiedene Theoretiker/innen und Politiker/innen wie Rosa Luxemburg und Lenin, Tschajanow und Trotzki, die spanischen und die russischen Anarchisten, Gramsci und Lukács, Ágnes Heller und István Bibó fanden hier durchaus nebeneinander Platz. Zweifellos hatte in Osteuropa all das, was in der Sowjetunion vor der stalinistischen Wende und in Ungarn, Polen und Jugoslawien zwischen 1945 und 1948 geschah, großen Einfluß. – Vgl. dazu Roy Morrison: We build the Road as We travel, Philadelphia, Santa Cruz etc. 1991; Alexander Busgalin (Hrsg.): Economy and Democracy, Moskau 1992; A.I. Kolganow: Kollektivnaja sobstwennost' i kollektivnwoje predprinimatelstwo, Moskau 1993; Krausz/Márkus 1995.

9 Mit der historischen Analyse dieser Debatten be-

sation zusammen, und darin besteht eines der wesentlichen Merkmale der neuen osteuropäischen Herrschaftsverhältnisse.

Dies alles geschah, obwohl sich der – im allgemeinen scharf antikommunistische und zugleich »antiautoritäre« – Systemwechsel im Zeichen der teilnehmenden Demokratie, der »Selbstorganisation der Zivilgesellschaft« auf den Weg machte. Von den Ideologen der ungarischen »Linken Alternative« über den Russen Alexander Busgalin bis hin zum deutschen Professor Elmar Altvater gingen und gehen viele Vertreter der unabhängigen Linken davon aus, daß es notwendig war bzw. gewesen wäre, die Funktionen der abgesonderten bürokratischen Apparate auf breiter Front bei den Selbstverwaltungsorganisationen der Gesellschaft anzusiedeln. Sie glauben daran, daß die Bevölkerung fähig ist, selbst jene Strukturen aufzubauen, die gegenüber dem bestehenden Staats- bzw. Staatensystem eine alternative Gegenmacht darstellen könnten. In Osteuropa wurde diese Alternative 1989 tatsächlich aufgeworfen, doch fehlte es ihr, wie im folgenden zu zeigen sein wird, an gesellschaftlicher und politischer Unterstützung, und aus diesem und zahlreichen anderen Gründen konnte sie sich gegenüber dem (neo-)liberalen Denken und den dazugehörigen Interpretationen nicht durchsetzen.

Die an der Selbstverwaltung orientierte neue Linke – jene Kräfte also, die sich die Neuorganisation der Gesellschaft nicht als »Sozialdemokratisierung« oder »Liberalisierung« des »Kommunismus« vorstellten – gingen mit einer gewissen Naivität an die politischen Realitäten heran. Zu wenig beachteten sie das Gewicht der Tatsache, daß es – im Zuge der Umstrukturierung der Eigentumsverhältnisse – nur jene Organisationen zu wirklicher politischer Legitimität bringen würden, die von der Dominanz des Privateigentums ausgingen. In der offiziellen »parteiorientierten Argumentation« zählten nur jene zivilen Organisationen, die als Interessenvertretungen für den Eigennutz, den Profit einer bestimmten Gruppe auftraten. Jene »Gemeinschaften«, die nicht durch die Vermittlung des Geldes zusammengehalten wurden, zerfielen, und die neu entstehenden erwiesen sich immer wieder als äußerst kurzlebig. So gab es zum Beispiel in Ungarn einen Fall, in dem die Initiative für eine Volksabstimmung, an deren Spitze die »Gesellschaft der unterhalb des Existenzminimums Lebenden« stand, vom Parlament niedergestimmt wurde.

Die nicht parteiorientierten Ideologen der Linken von Moskau bis Budapest suchten nach den Keimen der gesellschaftlichen Bewegung für die Zivilgesellschaft in erster Linie auf dem Gebiet der Produktion. Im Zentrum dieser Bestrebungen standen jene neuen Organisationen, die für die Vertretung des »Arbeiter-Gemeineigentums« als geeignet erschienen: also die Arbeiterräte, die Räte der Arbeitnehmer, die Betriebsräte etc. Diese Kräfte betrachteten auch die Privatisierung als eine Möglichkeit der Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums – und nicht als mögliches Mittel der privaten Aneignung. Das heißt also: Sie setzten – unter offensichtlicher Ausblendung der »real existierenden« Tendenzen in der Akkumulation des privaten Kapitals – zu einseitig auf die ersehnte und erhoffte unmittelbare Macht der Produzenten.

Doch die entscheidende wirtschaftliche, gesellschaftliche und politische Dynamik des Weltsystems steuerte 1989 in Osteuropa auf eine neue Form der Kapitalakkumulation zu, die die Macht der Produzenten bis auf weiteres erst recht in den Hintergrund zwingt.<sup>7</sup> Viele osteuropäische Linke konnten sich einfach nicht vorstellen, daß es überhaupt möglich sein würde, daß sich eine schmale Schicht das von der Gesellschaft erarbeitete staatliche Eigentum aneignen würde. Die polnische »Solidarnosc« und die ungarischen Arbeiterräte waren in etwa diesem geistigen Umfeld zu verorten.

*Die Arbeiterselbstregierung und die historische Tradition: 1917, 1956, 1961, 1968, 1989*

Die gesellschaftliche Selbstverwaltung als Praxis und als Theorie speiste und speist sich aus vielen Quellen und Traditionen.<sup>8</sup> Die praktischen Erfahrungen der russischen Revolution zählten und zählen natürlich zum wichtigsten Erbe. Im Zentrum der frühen sowjetischen Debatten stand stets die Frage, ob das Erbe des revolutionären Sozialismus lebensfähig ist: die Sowjets, die Arbeiterräte und Institutionen der Produktion wie die verschiedenen Formen der Betriebsausschüsse, Arbeitergewerkschaften, Kommunen und Genossenschaften. Die Diskussionen drehten sich somit um Einrichtungen, die als Grundstrukturen einer Wirtschafts- und Gesellschaftsorganisation betrachtet wurden, die auf einer nicht-hierarchischen Arbeitsteilung beruhte. Und während die großen theoretischen und politischen Debatten fort- und fortgingen, entwickelte das »lokale« russische Experiment des Sozialismus mit dem Fortschreiten der Jahre einen immer ausgeprägter staatlich dominierten, bürokratischen Charakter. Die historische Realität des »Sozialismus in einem Lande«, die internationale Isolation der Sowjetunion und gewisse »russische Spezifika« liefern die Erklärung dafür, daß es schließlich zu einer Rehabilitierung des »allmächtigen Staates« kam, die alles Bisherige in den Schatten stellte. Die paternalistische Tradition erwachte zu neuem Leben. Die Debatten zur gesellschaftlichen Selbstverwaltung nahmen eine zunehmend theoretische Gestalt an, wenn es auch im Spiegel dieser Auseinandersetzungen und Diskussionen bis zum Ende der zwanziger Jahre so schien, als ob Alternativen existierten.<sup>9</sup>

Seit der etatistischen Wende von 1929 und bis zum XX. Parteitag der KPdSU wurde das Erbe der russischen Revolution – der Gedanke und die Praxis der gesellschaftlichen Selbstverwaltung – als oppositionell und systemfeindlich betrachtet. Die Anhänger dieses Erbes wurden in der Sowjetunion und in den verbündeten staatssozialistischen Ländern verfolgt. Doch die Reformbedürfnisse des Sozialismus, die in der Sowjetunion schon Chruschtschow auf dem XXII. Parteitag im Jahre 1961 darlegte, konnten das Problem der gesellschaftlichen Selbstverwaltung in Produktion und Politik nicht umgehen. Es wurde deutlich, daß sich für die sowjetische Entwicklung im Grunde drei Entwicklungswege boten: *erstens*: die Konservierung der aus der stalinistischen Epoche ererbten Ordnung; *zweitens*: die gesellschaftliche Selbstverwaltung; *drittens*: die »sozialistische« gemischte Marktwirtschaft. Mit den Perspektiven ihres neuen Programms im Jahre 1961 brach die

schäftigt sich Tamás Krausz: Szojveti Thermidor. A stálini fordulat szellemi-politikai elözmenyei 1917-1928 (Sowjetischer Thermidor. Geistig-politische Vorgeschichte und Prämissen der stalinistischen Wende 1917-1928), Budapest 1996 (Das Buch erscheint in Kürze auch in russischer Sprache). – Schematisch ausgedrückt zeichneten sich drei grundlegende Alternativen und ihre je spezifischen Kombinationen ab:

1. Die linke Opposition, in erster Linie Preobraschenski und Trotzki, versuchte, die gesellschaftliche Selbstverwaltung und Elemente der Arbeiterdemokratie mit dem System der »ursprünglichen sozialistischen Akkumulation und der marktgebundenen Mischwirtschaft« in Übereinstimmung zu bringen.
2. Bucharin reflektierte über die Möglichkeiten der Verbindung und gemeinsamen Existenz von Elementen der Selbstverwaltung und der »sozialistischen Marktwirtschaft«.
3. Stalin ging von der Konzeption einer bürokratisch zentralisierten Planwirtschaft als vollständig verstaatlichter Wirtschaft aus. Am Ende seines Lebens gelangte er in der berühmten Lehrbuch-Debatte zum Gedanken von deren marktförmiger Ergänzung (in seiner Broschüre »Ökonomische Probleme des Sozialismus in der UdSSR« aus dem Jahre 1951). Der Staat spielte – zum Teil unter der Hand, zum Teil offen, gewollt oder ungewollt – in allen drei Konzeptionen die Rolle eines Schlüsselfaktors, ohne den nachholende Entwicklung im Rahmen der »sozialistischen Volkswirtschaften« historisch nur schwer vorstellbar war. Damit ist zugleich auch eines der zentralen theoretischen



schen und praktischen Probleme der Selbstverwaltungs-Konzeption der osteuropäischen Linken angesprochen: Diese Richtung der Linken »war die erste, die aussprach, daß der Mangel an Demokratie und Selbstbestimmung in Osteuropa ein unvermeidliches Resultat der Dominanz des Ökonomismus und des ›Developmentalismus‹ war. ... Aber ihre Suche nach einem Ausweg aus dieser Falle konzentrierte sich auf eine neue Beziehung zwischen Ökonomie und Selbstbestimmung als Ziel an sich und nicht so sehr aufs Aufholen. Die meisten von ihnen akzeptierten grundsätzlich die Notwendigkeit des Aufholens, vermieden aber ausdrücklich, das Problem der unvermeidlichen Folgen des ›Developmentalismus‹ direkt anzusprechen« (Zitat a.d.Engl. übersetzt v.d.R.), und, so ist hinzuzufügen, die damit untrennbar verbundene Rolle des Staats in der Ökonomie. – Vgl. zur Analyse des Problems der nachholenden Entwicklung in der osteuropäischen Diskussion Susan Zimmermann: Thinking about ›Delinking‹ in East and West. A Perspective of the Anticapitalist Left, in: Links. International Journal of Socialist Renewal (1994), Nr. 3, S. 69-74. – Ungeachtet solch gemeinsamer Probleme und Bezugspunkte brachten allerdings in der Sowjetunion der zwanziger Jahre die genannten Konzeptionen und Kombinationen sehr stark voneinander abweichende Richtungen zum Ausdruck.

10 Vgl. Georg Lukács: Demokratisierung heute und morgen. Das Manuskript stammt aus dem Jahre 1968 und wurde gut zwei

KPdSU eine Lanze für die gesellschaftliche Selbstverwaltung, wobei zwei Grundzüge unterstrichen wurden: In der Produktion sollten gegenüber der Bürokratie der Staatsmacht immer mehr Macht und mehr Rechte in die Hände der Arbeitskollektive übergeben werden; und in den Wohnbezirken sollte mit der Demokratisierung der Sowjets begonnen werden, das heißt, die hierarchischen Strukturen sollten abgebaut und ein von unten nach oben zentralisiertes System sollte wiederhergestellt werden. In der gesellschaftlichen Wirklichkeit blieben diese Pläne jedoch Papier, und im Grunde wurde damit vor 1989 ein eigentümlicher vierter Weg der Geschichte des Staatssozialismus Wirklichkeit: eine Kombination aus der Konservierung des Staatssozialismus, der auf technisch-bürokratischer Grundlage beruhenden staatlich-bürokratischen Planwirtschaft und des Marktes. Es blieb also die Grundstruktur der Ordnung stalinistischen Ursprungs mit ihrer auf »nachholende Entwicklung« gerichteten Dynamik erhalten, die hinsichtlich der Arbeitsteilung in der Produktion, der technisch-technologischen Entwicklung und der Konsumtion den Westen als ihr Modell betrachtete. Die Frage nach dem Sozialismus wurde auf diese Weise in ein ideologisches Problem »sublimiert«.

Auf diese Tendenz verwies der späte Georg Lukács im Zusammenhang mit seiner Kritik der Reform des ungarischen wirtschaftlichen Mechanismus im Jahre 1968. In der Kommunistischen Partei sei, wie er es formulierte, ein geheimer Bund »der Liberalen und der Dogmatiker« am Werke. Was der Philosoph damit meinte, war, daß keine dieser beiden Hauptrichtungen in der Partei Interesse an einer »wahrhaft sozialistischen«, das heißt auf der Selbstverwaltung aufbauenden Reform des Sozialismus habe. Eine solche Reform hätte die gesellschaftliche Kontrolle über die staatliche und die Manager-Bürokratie Wirklichkeit werden lassen sollen. Lukács griff damit auf gewisse Elemente und Tendenzen der russischen Sowjets und allgemein des prästalinistischen marxistischen Erbes zurück. Und auch wenn er es nicht aussprach, so stand ihm doch offenkundig auch die Erfahrung der Arbeiterräte des Jahres 1956 vor Augen.<sup>10</sup> Nach dem Tod von Lukács im Jahre 1971 blieben seine Schüler und Anhänger ebenso wie die linken Kritiker des staatssozialistischen Systems der Idee des Experiments der Vergesellschaftung des Staatseigentums eine gewisse Zeit lang treu.<sup>11</sup>

In Ungarn war einer der ersten Wirtschaftstheoretiker, der sich mit der Vergesellschaftung des Staatseigentums befaßt hatte, Tibor Liska. In seiner Arbeit »Ökonosztás« (Geschlossenes System der wirtschaftlichen Gesetzmäßigkeiten) bezog er seit den fünfziger Jahren für die Möglichkeit des persönlichen Besitzes von Gemeineigentum Stellung. Seine Konzeption fand aus verschiedenen Gründen und insbesondere deswegen keine breitere Unterstützung, weil sie die Interessen der Finanz- und Machteliten unmittelbar verletzt hätte. Die Hauptgegner von Liska fanden sich genau in diesen Kreisen. Dies galt ungeachtet der Tatsache, daß im Jahre 1984 ein Beschluß der USAP, der sich mit neuen Formen der Betriebsführung befaßte, zahlreiche Vorstellungen der Selbstverwaltungs-Strömung enthielt.<sup>12</sup> Diesem Beschluß zufolge konnte die Initiative zur Betriebsführung von den Arbeitern oder vom Management aus-

gehen, und darin lag eine spezifische Alternative verborgen: Wer sollte es, wer wird es sein, der innerhalb des Betriebes die Selbstverwaltungsrechte ausüben wird? – Als das alte System in sein letztes Stadium trat, kam es schließlich auch zu Experimenten mit der Einbürgerung bestimmter Elemente der Selbstverwaltung. Zu verweisen wäre hier auf die Teilnahme von Arbeitern an den Betriebsräten, daran, daß die Lehrer in den Grundschulen und höheren Schulen ihren Direktor selbst wählen konnten etc. Solche »Zugeständnisse« hingen zu diesem Zeitpunkt natürlich schon längst mit dem Umstand zusammen, daß der Staat sich angesichts seiner Finanzprobleme gezwungen sah, einige Ventile zu öffnen, um dem offenen Auftreten von gesellschaftlicher Unzufriedenheit vorzubeugen.

Anfang und Mitte der achtziger Jahre stellte ein Kreis von Philosophen und Wirtschaftswissenschaftlern, der sich zum großen Teil aus Vertretern der heutigen liberalen Elite des Systemwechsels zusammensetzte (György Bence, László Langyel, Tamás Bauer, Károly Attila Soós und andere), die Frage nach dem Eigentum der Produzenten in Gestalt des »Gruppeneigentums« in den Mittelpunkt ihrer Reformbestrebungen. Ja, diese Richtung des Selbstverwaltungsgedankens wurde auch in jenen Dokumenten noch nicht verworfen, die bereits zur Vorgeschichte des heutigen liberalen »Bundes der Freien Demokraten« zu zählen sind, so vor allem im sogenannten »Gesellschaftsvertrag« von 1987. (Allerdings hatte dieses Faktum zu diesem Zeitpunkt nur noch taktische Bedeutung im Kampf gegen das alte System: Die führenden liberalen Kräfte wollten interne Auseinandersetzungen mit dem sozialistischen Flügel der Demokratischen Opposition vermeiden.)

Die Wende der Demokratischen Opposition von der gesellschaftlichen Selbstverwaltung zum Neoliberalismus im Verlaufe der achtziger Jahre verdankte sich drei zentralen Zusammenhängen: *Erstens*: Das jugoslawische Experiment scheiterte, und der sozialistisch-selbstverwaltungsorientierte Flügel der polnischen Solidarnosc geriet gegen Mitte-Ende der achtziger Jahre an die Peripherie. *Zweitens*: Die weltwirtschaftlichen Entwicklungen hatten zu diesem Zeitpunkt auch Osteuropa bereits »eingekreist«. Die Mitgliedschaft von Ungarn im IMF seit 1982 zeigte die Hauptrichtung der weltwirtschaftlichen Integration deutlich an. Seit 1984 trat als entscheidende Erscheinung hinsichtlich der möglichen bzw. anzustrebenden Perspektiven die Schuldenkrise auf den Plan.

*Drittens*: Die erwähnte Gruppe von oppositionellen Intellektuellen begab sich mit ihren politischen Berechnungen in den Rahmen des neoliberalen Diskurses, als sie die Neigungen und Interessen des sogenannten Reformflügels der Manager-Bürokratie und der Macht-eliten der Staatspartei auf passende Weise artikulierte, was schließlich im Übergang zum Systemwechsel kulminierte.

*Die Alternative des Systemwechsels: Arbeiterräte oder Gewerkschaften*  
Als im Jahre 1989 die Privatisierung in ihrer unmittelbaren, konkreten Gestalt auf den Plan trat, kamen vielerorts Organisationsbestrebungen der Arbeiter und des Managements in Gang. Mancherorts gemeinsam, andernorts getrennt versuchten diese Gruppen im

Jahrzehnte später in Budapest veröffentlicht. Doch auch der Band »Prolegomena« von Lukács' umfanglichem Werk »Zur Ontologie des gesellschaftlichen Seins« enthält zahlreiche Angaben und Äußerungen zu diesem Problemkreis.

11 György Bence und János Kis veröffentlichten noch im Jahre 1983 unter dem Namen Racovsky in den ungarischsprachigen »Pariser Heften« ihre Arbeit »A szovjet típusú társadalom marxista szemmel (Die Gesellschaft sowjetischen Typs mit marxistischen Augen)«, die die Theorie der gesellschaftlichen Selbstverwaltung im Rahmen der Systemkritik des Staatssozialismus darlegte.

12 Vgl. dazu Erzsébet Szalai: A civil társadalomtól a politikai társadalom felé. Munkástanácsok 1989-1993 (Von der Zivilgesellschaft zur politischen Gesellschaft. Arbeiterräte 1989-1993), Budapest 1994, S. 15.

Zusammenwirken mit dem Staat und/oder mit dem Auslandskapital zu echten Eigentümern zu werden. Die Arbeiter wurden in diesem Bestreben nach der »Beschaffung von Eigentum« nicht von irgendeiner Art sozialistischer Ideologie angetrieben. Es ging ihnen vielmehr – gar nicht selten eingepackt in den Mantel des Antikommunismus – um die Sicherung ihrer Arbeitsplätze. Für das Management auf der anderen Seite erschien es verführerisch, auf diesem Weg die Kontrolle über den Betrieb zu behalten und in die neue Eigentümer-Klasse aufzusteigen. Als der Staat schließlich dem Management den Weg öffnete, öffnete er ihn gegen den eigenen Willen für einen historischen Augenblick auch den Arbeitern. Die dadurch entstehenden Möglichkeiten wurden auch von einer kleinen Gruppe von Intellektuellen (nicht mehr als ein paar hundert Menschen) wahrgenommen, die hauptsächlich im Rahmen der »Linken Alternative« zusammenkamen. Die tonangebenden Figuren dieser Gruppe – Historiker, Wirtschaftswissenschaftler, Philosophen – initiierten in Reaktion auf die mancherorts bereits organisierten Arbeiterräte im Dezember 1989 die Gründung des »Landesverbandes der Arbeiterräte«. Ihr geistiger und politischer Bezugspunkt waren nicht die Möglichkeiten der kapitalistischen, »marktwirtschaftlichen«, Eigentumsbeschaffung – über Kapital verfügte in den angesprochenen Kreisen ohnehin niemand –, sondern es wurden zum Teil die Erfahrungen der Arbeiterräte von 1917/19 und 1956 wiederbelebt.

Im Grundsatzdokument des Landesverbandes vom 24. Februar 1990 wurde das grundlegende Ziel folgendermaßen formuliert: »Zusammenschluß der Werktätigen des Betriebes im Interesse des Selbstschutzes ... Teilnahme und Kontrolle der Werktätigen an der Führung der Unternehmen, gemeinsamer Schutz und Ausweitung der bestehenden Rechte, Organisation des gemeinsamen Auftretens, Verhinderung der Privataneignung der gewinnbringenden Fabrikeinheiten seitens des Managements oder durch Unternehmer, Verhinderung des Ausverkaufs an das Auslandskapital ... Das Hauptziel ist die Schaffung des Eigentums der Werktätigen der Unternehmen zumindest als Teileigentum, perspektivisch als Mehrheitseigentum ...«. <sup>13</sup> Bei der Gründungssitzung herrschte volles Einverständnis darüber, daß ein seinerzeit – am 31. Oktober 1956 – vom Arbeiterparlament angenommenes Grundlegendokument den hauptsächlichlichen Ausgangspunkt darstellen sollte. <sup>14</sup> Auf Druck der »Linken Alternative« gelangte auch ein – bei den Verhandlungen des sogenannten »Nationalen Runden Tisches« geforderter – Passus in den 12. Paragraphen der abgeänderten Verfassung, der da lautete: »Der Staat erkennt die Entstehung und die Tätigkeit des Eigentums der Selbstverwaltung und Selbstregierung der Produzenten an.« <sup>15</sup>

Für eine kurze Zeit bedeutete dies die vollständige Legalität der Arbeiterräte. In breiten Arbeiterkreisen allerdings löste das kein tiefergehendes Interesse aus. Zum einen glaubten die Arbeiter nicht an die eigenen Möglichkeiten – viele hatten keine Vorstellung, was unter Privatisierung eigentlich zu verstehen sei. Und zudem hatten sie im Rahmen des paternalistischen Staatsgefüges in der Vergangenheit keine Erfahrungen mit der Selbstorganisation sammeln

13 Krausz/Márkus 1995, S. 198-199. Dieser Band enthält den größten Teil der Referate und Vorträge auf der Konferenz der Linken Alternative.

14 Szalai 1994, S. 11.

15 Krausz/Márkus 1995, S. 8.



können. Innerhalb der Arbeiterräte selbst bildeten sich drei grundlegende Richtungen heraus. Zwei davon setzten auf verschiedene Formen der Vergesellschaftung des staatlichen Eigentums, während die dritte – die am Anfang schwächste und später siegreiche – Richtung mit der Konzeption der Verwandlung der Arbeiterräte in Gewerkschaften auftrat. Den politischen Hintergrund und die materielle Stütze dieser Politik der »Vergewerkschaftlichung« bildeten das Ungarische Demokratische Forum (UDF), die Partei des Ministerpräsidenten József Antall, und mit seiner liberalen Ideologie der Bund der Freien Demokraten. Sándor Palkovics, seit 1990 Parlamentsabgeordneter des nationalistisch ausgerichteten UDF, war zunächst Vorsitzender eines Arbeiterrates, der im Sommer 1989 in der Herender Porzellanfabrik entstanden war. Seiner eigenen Aussage zufolge war er zu diesem Zeitpunkt deswegen zum Gründer eines der ersten Arbeiterräte geworden, weil das Management der bekanntermaßen gutgehenden Fabrik einen bedeutenden Teil des Gewinns unter sich aufteilte und die Arbeiter de facto um ihren Anteil brachte. Doch Palkovics vertrat die Linie der »Vergewerkschaftlichung«, und er erkannte von Anfang an nur das (Teil-)Eigentum der Mitarbeiter via Anteilschein als ausschließliche Form des Arbeitereigentums an. Die Arbeiterselbstverwaltung der Betriebe lehnte er entschieden ab.<sup>16</sup>

Daß die Umstrukturierung kapitalistisch dominiert war, spiegelt sich auch in der Tatsache wider, daß die als »freie Gewerkschaft« neu zustandgekommene Demokratische Liga der Unabhängigen Gewerkschaften als fachliche Organisation unmittelbar vom Bund der Freien Demokraten kontrolliert wurde. Die Liga trat von Anfang an mit einem Programm der kapitalistischen Restauration und der Vertretung von Kapitalinteressen gegenüber den alten »staatlichen« Gewerkschaften hervor. Diese hätten, so hieß es, bei der Bevölkerung jeden politischen Kredit verloren. Später freilich wurde die Liga genauso marginalisiert wie die aus den Arbeiterräten zustandgekommene, der konservativen Regierungspartei nahestehende Gewerkschaft.

Auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung erreichte die Mitgliedschaft in den Arbeiterräten ca. 19.600. Diese Ziffer bezieht allerdings alle ein, die irgendwann einmal in einen der Arbeiterräte eingetreten waren. Die Zahl derer, die tatsächlich Mitgliederbeiträge bezahlte, war bedeutend geringer.<sup>17</sup> Zu einer echten Massenbewegung konnten die Arbeiterräte unter anderem deshalb nicht werden, weil die Arbeiterschaft über die Fähigkeiten, Organisationen und nationalen (wie internationalen) Verbindungen, die für die Entfaltung von demokratischem Widerstand nötig gewesen wären, nicht verfügte. Die Gegnerschaft kam im Zeichen der Marktwirtschaft vor allem aus den Reihen des sogenannten Reformflügels und der Manager-Bürokratie.

Am 14. Juli 1990 kam es zur Aufreißung der linken Strömung der Selbstverwaltung und zur Neuorganisation des Landesverbandes der Arbeiterräte. Dessen Informationsbüro »grenzte sich« nun in seiner »Selbstdefinition« und in »Korrektur« des Erbes der Vorgängerinstitution scharf »von der Konzeption des Gemeineigentums ab«, denn diese würde, so hieß es, zur »Konservierung des

16 Szalai 1994, S. 59; s. auch: Sándor Palkovics: Nyílt levé (Offener Brief), in: Heti világgazdaság (Weltwirtschaftswoche), 31.3.1990.

17 Diese Information erhielt der Autor von László Thoma, dem Leiter des Informationsbüros der Arbeiterräte.

18 Munkástanácsok Országos Szövetsége tájékoztató 1. Munkástanács 90. (Informationen des Landesbundes der Arbeiterräte, 1: Arbeiterrat 90), MOSZ Inf. Irod., Budapest 1990, S. 19 f.

19 Ebenda, S. 42.

alten Systems« beitragen.<sup>18</sup> Nun wurde bereits die Rolle »der größten [Teil-]Organisation«, der sogenannten »UDF-gebundenen Arbeiterräte-Bewegung«, betont. Organisatorisch waren nunmehr tatsächlich bereits die von seiten des UDF unterstützten Arbeiterräte am stärksten, und – nur zum Beispiel – nur sie hatten die materiellen Mittel, um ihre Leute in Busse zu setzen und auf diese Weise bei den entscheidenden Abstimmungen die notwendigen Mehrheiten zu erzielen. Das neue Programm des Landesverbandes bewegte sich ausschließlich im Rahmen der Teilhaberschaft der Arbeitnehmer auf niedrigem Niveau. József Bajtaj, der Geschäftsführer, unterschrieb am 10. Oktober 1990 gemeinsam mit János Kis, dem Vorsitzenden des Bundes der Freien Demokraten, und Imre Fuhrmann, dem stellvertretenden Vorsitzenden des UDF, ein Dokument, demgemäß als Variante der Demokratisierung »nur das auf marktwirtschaftlicher Grundlage« zustandekommene Arbeitnehmer-Teilhaber-Eigentum unterstützt wurde.<sup>19</sup>

Mit alldem war aber auch die bereits erwähnte Marginalisierung der nationalistischen und liberalen Gewerkschaften untrennbar verbunden, und auf diese Weise eröffnete sich für die alten »Staats«-Gewerkschaften die Möglichkeit, in gewandelter Gestalt zu überleben. Auch diese alten Gewerkschaften akzeptierten die Privatisierung in Form der privaten Expropriation des Staatseigentums. Ja, die Gewerkschaftsbürokratie nahm sogar teil daran, wenn sie auch zugleich – gemeinsam mit der Ungarischen Sozialistischen Partei (USP) – Versuche unternahm, die radikalen neoliberalen Ansätze zur Lösung der Krise zu bremsen. Der Standpunkt der alten Gewerkschaften war also in sich widersprüchlich: Ihre Führung verstand nicht bzw. wollte nicht verstehen, daß die Unterstützung der Privatisierung und mit ihr des neoliberalen Kurses in der Wirtschaftspolitik einerseits und die Bewahrung der »sozialstaatlichen Errungenschaften« andererseits einander ausschlossen. Seit Mai 1994 gelangten dann die Vertreter der Gewerkschaftsspitze als Teil der Parlamentsfraktion der USP an die Macht, und in dieser Rolle stellten sie sich der Fortsetzung des neoliberalen Kurses in nunmehr sozialistisch-liberalen Farben keineswegs effektiv entgegen. Dessen ungeachtet werden sie von der liberalen Kritik weiterhin als »Vertreter des gestürzten Kapitalismus« gehandelt, die die Kapitalinteressen nicht in ausreichender Weise in den Vordergrund stellen und sich der »populistischen Liebäugelei« mit dem Schutz der Interessen der Arbeitnehmer schuldig machen.

1993 spiegelte sich in den Gewerkschaftswahlen wider, daß unter allen Gewerkschaften trotz allem die »Staats«-Gewerkschaften noch am ehesten für die Interessen der Arbeiter Stellung bezogen bzw. der arbeitenden Bevölkerung auch materiell noch am ehesten etwas zu bieten hatten: Die alten Gewerkschaften erhielten die absolute Mehrheit.

#### *Vom Arbeitereigentum zur Manager-Bourgeoisie*

Die Forderung nach dem »Arbeitereigentum« wurde schon 1990 auf Druck von linken Intellektuellen zu einer der Wahlparolen der Sozialistischen Partei. Doch diese Partei, die zu diesem Zeitpunkt eine schwere politische Niederlage hinnehmen mußte, hätte die

entsprechenden Bestrebungen selbst dann, wenn sie es gewollt hätte, nicht effektiv vertreten können.

Gewisse Formen und Techniken des »Arbeitereigentums« wurden von Fachleuten, die mit verschiedenen politischen Kräften sympathisierten, zum Teil aus den USA importiert. Insbesondere die Konzeption des Arbeitnehmer-Anteilsschein-Programms ESOP, die – mit abweichenden Betonungen – im Prinzip von allen Seiten akzeptiert wurde, wurde in Ungarn popularisiert. Allein: Dieses Programm ließ sich glänzend mit der beginnenden Privatisierung vereinbaren. In Managerkreisen, deren Macht im Zuge der Schwächung des Staates plötzlich wuchs, strebte man nunmehr bereits danach, daß die Teilhaberschaft der Arbeitnehmer nirgendwo einen Anteil von 8 bis 10 Prozent übersteigen sollte. Beim Treffen des Landesverbandes der Arbeiterräte im April 1990 standen die 300 bis 400 Repräsentanten und Unterstützer organisatorisch und ideologisch noch auf dem Standpunkt der Dominanz des Gemeineigentums. (Die »Einheitsfront« reichte von Sándor Rác, der 1956 der Vorsitzende der Budapester Arbeiterräte gewesen war, bis zu den Marxisten. Zu diesem Zeitpunkt waren 35 eingetragene Organisationen vertreten, hinter denen – und dies ist bis heute nicht eindeutig abzuschätzen – ein paar Dutzend oder vielleicht auch mehr als tausend Personen standen.) Der führende Kopf der zum UDF gehörigen Strömung, der spätere neue Führer der Arbeiterräte Sándor Palkovics, formulierte – ganz den Interessen der ungarischen Machteliten entsprechend – schon zu Frühjahrsbeginn 1990: »Wir wollen zwei Hauptziele erreichen. Diese sind: starker Interessenschutz und Eigentum. Wir fordern nicht irgendein nebelhaftes bolschewistisches Gemeineigentum, es fordert also nicht der Arbeiterrat als Organisation Eigentum für sich; vielmehr will dieser seine Mitglieder, die Individuen, in den Besitz von Eigentum bringen – durch Anteilsscheine, im Rahmen der Aktiengesellschaft.«<sup>20</sup> Doch im Frühjahr 1990 war im Landesverband der Arbeiterräte die marxistische Linke politisch im Übergewicht. Auf politischer Ebene argumentierte man von dieser Seite, daß das Staatseigentum nur in den Besitz der Arbeiter, der Beschäftigten, der Arbeitnehmer übergehen könne, denn niemand könne legalerweise über soviel finanzielle Mittel verfügen, daß er ein Unternehmen kaufen könne – mit Ausnahme der ausländischen Kapitalisten. Es wurde als ungerecht deklariert, daß einige Wenige Kredite erhielten, mit denen sie Fabriken unter dem eigentlichen Wert kaufen konnten, während Millionen neuerlich expropriert würden. Schließlich gelang es dem UDF mit Hilfe der erwähnten machtpolitischen Manipulationen und mit Hilfe von Palkovics, sich den Landesverband der Arbeiterräte unterzuordnen. Endgültig kam dieser Prozeß aber erst zum Abschluß, nachdem die Führer der Liga und der Arbeiterräte auf Einladung des DGB in Düsseldorf verhandelt hatten. Die deutsche Delegation wurde durch den – jüngst verstorbenen – Gewerkschafter Christofersen geführt. Von seiten der Gastgeber wurde vorgeschlagen, daß die Liga und die Arbeiterräte zu einer gemeinsamen Gewerkschaft fusionieren sollten, da es in den Grundfragen keine Gegensätze gebe. Die Vertreter des Landesverbandes der Arbeiterräte lehnten dies ab. Die

20 Szalai 1994, S. 59; Palkovics 1990.

21 Auch für diese Information dankt der Autor László Thoma.

22 József Mocsáry, einer der Apostel des Anteilschein-Eigentums der Arbeitnehmer in Ungarn, ist ein sozialistischer Wirtschaftswissenschaftler, der sowohl dem linken Flügel der USP zugehörig ist als auch im Leitungsgremium der Linken Alternative mitarbeitet. Seine Konzeption des »Volkskapitalismus« trifft auch innerhalb der Partei auf starke Widerstände.

deutschen Gewerkschaftsführer unterstützten jene Form der Arbeiterräte, bei denen die selbständige Verfügung über Eigentum sichergestellt war, nicht – weil diese, so die Argumentation, in den bestehenden europäischen Gewerkschafts- und Betriebsratsstrukturen keinen Platz fände.<sup>21</sup>

Der Prozeß der »Vergewerkschaftlichung« der Arbeiterräte beschleunigte sich ab Mai 1990, als in Ungarn die nationalistische Koalition an die Macht gelangte. Der Kampf der Arbeiterräte gegen die Manager ging im Zeichen der antikommunistischen und antisozialistischen Ideologie weiter. Ziel war es, daß auch gewisse Arbeiterschichten »in das Reich der Wünsche, das Reich des Privateigentums« gelangen sollten. Die Regierung und die herrschende Partei strebten ihrerseits danach, daß die neuen Eigentümer und Manager aus den eigenen Reihen stammen. Im Parlament blockierten diese Kräfte sogar die Behandlung des Gesetzes über die Arbeiter-Anteilsscheine, obwohl der fertig vorliegende Entwurf unter Verwendung der US-amerikanischen Erfahrungen eine vollkommen systemkonforme Lösung vorsah. Zugleich wurde mit parlamentarischer Mehrheit – auf der Grundlage eines Paktes zwischen Liberalen und Konservativen – per Abstimmung der oben erwähnte Passus über die Gleichrangigkeit des Arbeitereigentums und des Privateigentums aus der novellierten Verfassung gestrichen. (Sogar einige Sozialisten stimmten – mit Unterstützung des ehemaligen Ministerpräsidenten Miklós Németh – dieser Änderung zu.) Unter sozialistischer Flagge fanden und finden aber auch heute noch innerhalb der Sozialistischen Partei unter Führung des Wirtschaftswissenschaftlers und Sachverständigen József Mocsáry<sup>22</sup> Rückzugseffekte »für das Arbeitereigentum« statt. Die entscheidenden Kräfte in der Partei verhinderten und verhindern jedoch auf jede nur mögliche Weise und im Dienst der Interessen von Managern und Banken die Schaffung von Arbeitereigentum. Dies geht soweit, daß seit Mai 1994, also unter der Regierung der sozialistisch-liberalen Koalition, das Wachstum des Arbeitereigentums nicht einmal auf dem vorherigen Niveau verharrte, sondern radikal zurückging.

Es lohnt sich, an diesem Punkt einen Blick auf die Chronik zu werfen:

Für das Jahr 1990 kann von einer einzigen in Arbeitereigentum befindlichen Firma gesprochen werden. Berührt waren 400 Personen.

Im Jahre 1991 kamen drei weitere Unternehmen mit 1.500 Betroffenen hinzu.

1992 kann als »Jahr der Wende« bezeichnet werden. Die Unternehmensform der Arbeiter-Anteilsschein-Gesellschaften begann zu einer – verhältnismäßig – breiten Erscheinung zu werden. Nun kam in acht Betrieben mit 1.400 Beschäftigten diese Organisationsform zustande, und zwar mit 1,3 Mrd. Forint gezeichnetem Kapital.

1993 waren es dann weitere 124 Firmen mit 24.000 Beschäftigten und 20,7 Mrd. Forint gezeichnetem Kapital.

1994 betrug der Zuwachs jedoch nur noch 62 Firmen mit 14,6 Mrd. Forint und 1995 27 Betriebe mit 6,3 Mrd. Forint. Im ersten Halbjahr 1996 kamen fünf neue Firmen mit 0,7 Mrd. Forint hinzu.

Mögen die Zahlen insgesamt ziemlich beeindruckend sein, so ändert sich das Bild, wenn man den Anteil des innerhalb der einzelnen Firmen durch Arbeiter kontrollierten Kapitals betrachtet. Da wird offenkundig, daß das Arbeitereigentum vom Standpunkt der Gesellschaft aus gesehen auf alle Fälle unbedeutend ist. Dies gilt nicht nur deshalb, weil die »Eigentümerschaft« von der Betriebsführung getrennt ist. Vielmehr kam es auch die interne Besitzverteilung betreffend zu keinerlei Durchbruch. Ende 1995 überschritt das Arbeitereigentum bei 8 Prozent der Betriebe nicht die 10-Prozent-Marke. Bei 17 Prozent der Betriebe betrug der Arbeiteranteil zwischen 10 und 25 Prozent, bei 23 Prozent der Unternehmen zwischen 25 und 50 Prozent, bei 18 Prozent der Betriebe 50 bis 75 Prozent, und nur bei 33 Prozent der Betriebe besaßen die Beschäftigten 75 bis 100 Prozent des Kapitals.

Insgesamt betrug das Kapital von 49.000 Beschäftigten bei 230 Firmen 44 Mrd. Forint. Das gezeichnete Kapital beläuft sich auf 70 Mrd. Forint, so daß man bei Einbeziehung der 30 Mrd. Kapitalreserve von einer Summe von 100 Mrd. Forint sprechen kann, die die Beschäftigten als ihr Kapital-Eigentum kontrollieren.

Um über diesen Betrag ein einigermaßen realistisches Bild zu gewinnen, sei hinzugefügt, daß er einer Summe von etwas mehr als 10 Prozent der internen Staatsverschuldung des Jahres 1996 entspricht. Von 1990 bis Mai 1994, in der Regierungszeit der nationalistischen Koalition, hatten die Arbeiter zu 11 Prozent an der gesamten Privatisierung teil; in der darauffolgenden Zeit der sozialistisch-liberalen Koalition machte dieser Anteil gerade noch 1,4 Prozent aus.

Der Charakter der ablaufenden Umstrukturierung der Eigentumsformen drückt sich auch darin aus, daß der Anteil des inländischen Privateigentums am (ehemaligen) Eigentum der Staatlichen Vermögensverwaltungsagentur 1994 21,5 Prozent ausmachte, wobei 27 Prozent dieser Vermögensmasse Arbeitnehmer-Eigentum darstellte. Ein Jahr später war der Anteil des heimischen Privateigentums auf 31,2 Prozent gestiegen, während der Anteil des Arbeitereigentums auf 26,2 Prozent gesunken war. Dies bedeutete, daß sich das heimische Privateigentum um 45 Prozent, das Arbeitereigentum hingegen nur um 17 Prozent vermehrt hatte. Zugleich lagen die Gewinnraten der Betriebe im Arbeiter-Anteilsschein-Eigentum nahezu so hoch wie die der übernationalen kapitalistischen Betriebe, nämlich bei 5,4 Prozent. Demgegenüber betrug diese Kennziffer bei den Staatsbetrieben und beim inländischen Privatkapital 0,5 Prozent.<sup>23</sup>

Im Lichte all dieser Daten, Fakten und Zusammenhänge können einige eindeutige Schlußfolgerungen gezogen werden. Fest steht, daß es sich bei den Entwicklungen in Osteuropa nicht nur darum handelte, daß eine Zivilgesellschaft, die auf Grund der autoritären osteuropäischen Tradition schwach war, nicht auf die Füße kommen konnte. Vielmehr war und ist die neuerlich an Boden gewinnende »bürgerliche Gesellschaft« mit ihren auf dem Privateigentum basierenden Herrschaftsbeziehungen daran interessiert, die Gesellschaft von den Möglichkeiten der Vergesellschaftung des

23 Die Angaben zum Arbeitereigentum stellte mir dankenswerter Weise József Mocsáry zur Verfügung.

Staatseigentums und von den Keimen der Selbstorganisation zur unmittelbaren Demokratie abzuschneiden. Die »Naivität« und »Illusion« der Ideologen der gesellschaftlichen Selbstverwaltung bestand nicht darin, daß sie in den Jahren 1989/90 einfach nicht gesehen hätten, daß die Haupttendenzen der gesellschaftlichen Entwicklung in der ganzen Region in Richtung einer semiperipheren geprägten Restauration des Kapitalismus wiesen. Sie haben dies sogar sehr genau gesehen. Doch was sie ebenso deutlich sahen, war, daß das alte staatssozialistische System, aus dessen Schoße dieser neue Kapitalismus kroch, rettungslos gescheitert war. Die Unterstützung und der Dienst für die neuen Eliten erschienen ihnen als politisch nicht vertretbar. Deren Herrschaft nämlich mußte unter den gegebenen Bedingungen in Weltwirtschaft und Weltsystem ein System der gesellschaftlichen Unterdrückung neuen Typs hervorbringen, das moralisch nicht unterstützbar ist. Die Anhänger der gesellschaftlichen Selbstverwaltung richteten ihre Augen statt dessen in die ferne und dem entsprechend unklare Zukunft und versuchten, mit der Pflege des Erbes der Selbstorganisation Grundzüge eines möglichen humanistischen gesellschaftlichen Widerstands den Rahmen eines »zu gegebener Zeit« praktizierbaren Modells zu skizzieren. Aus den Widersprüchen, denen sie bei der Entfaltung eines solchen Modells begegneten, mußten sie damals und müssen sie weiterhin lernen.



ULRICH BUSCH

## Wirtschaftskriminalität im Transformationsprozeß

Seit Beginn der neunziger Jahre vollzieht sich in Mittel- und Osteuropa ein Reformprozeß, der den Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft entsprechend dem Vorbild moderner kapitalistischer Länder im Westen zum Ziel hat. Obwohl dieser Prozeß in den einzelnen Ländern sehr unterschiedlich verläuft und insgesamt gesehen noch längst nicht abgeschlossen ist, führte er doch bereits zu tiefgreifenden Veränderungen in den sozialökonomischen Strukturen und Verhältnissen sowie in den Lebensbedingungen und -ansichten der Menschen.

Die Schaffung privatkapitalistischer Eigentumsverhältnisse und – im Kontext damit – die Herstellung bürgerlicher Freiheiten stehen dabei im Mittelpunkt. »Eigentum zu haben«, Privateigentum, ist, Hegel zufolge, »vom Standpunkte der Freiheit aus, ... das erste Dasein derselben«, also »wesentlicher Zweck für sich« oder »das Vernünftige«<sup>1</sup> schlechthin. »Was und wieviel Ich besitze«, erscheint dagegen als »eine rechtliche Zufälligkeit«<sup>2</sup>.

Im Transformationsprozeß, im Zuge der Privatisierung, wird diese »Zufälligkeit« konkrete Wirklichkeit – mit nachhaltigen Folgen für die Betroffenen. Denn hier entscheidet sich ihr weiteres Los, ihre künftige sozialökonomische Stellung, ihre soziale Zugehörigkeit, ihr Lebensniveau und die Zukunft ihrer Nachfahren. Insofern ist es nicht allzu verwunderlich, daß der Wandel der Eigentumsverhältnisse, die Neuverteilung der Habe, nicht vollständig nach Gesetz und Ordnung verläuft, sondern zum Teil chaotisch, nicht selten am Rande der Legalität (und außerhalb derselben) und mit Methoden, die nur als kriminell bezeichnet werden können.

Ausdruck dessen ist ein drastischer Anstieg der Kriminalität im allgemeinen und der Wirtschaftskriminalität im besonderen. Dies überrascht viele Menschen in den Transformationsländern. Gingen sie doch davon aus, daß mit dem Sturz der kommunistischen Parteienherrschaft die Zustände der Korruptierbarkeit und Willkür beendet sein würden und nun, zusammen mit der politischen Freiheit, Recht und Ordnung einziehen würden. Aber das Gegenteil war der Fall: Mit dem Sturz des alten Regimes brach der letzte Rest von Ordnung zusammen und die neue Freiheit wird von in- und ausländischen Kriminellen und Halbkriminellen dazu mißbraucht, sich auf Kosten der Allgemeinheit zu bereichern, ganz legal, aber auch illegal.

Was kennzeichnet die Situation in den Reformländern in dieser Hinsicht ganz besonders?

Ulrich Busch – Jg. 1951, Dr. sc. oec., Bankkaufmann, Dipl.-Ök., von 1987 bis 1997 Dozent an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Humboldt-Universität zu Berlin, Arbeitsgebiete: Geldtheorie, Wirtschaftspolitik, Transformation; Veröffentlichungen vor allem zur Transformationsproblematik: z.B. »Probleme der Einheit« Bd. 3, Monetäre Probleme, 1991 (Hg.); »Wirtschaftspolitische Konsequenzen der deutschen Vereinigung« (Mithrsg.) 1991; »Theorie und Praxis von Transformation in der Gegenwart« 1992; Aufsätze in: »Transformation in Mittel- und Osteuropa« 1993; »Sozialpolitik in der ökonomischen Diskussion« 1994; »Questioning Development« 1996; »Zur politischen Ökonomie der Transformation« 1997; in UTOPIE kreativ zuletzt: »Kapitalimport und Entwicklung« (Nr. 63).

»Was wir jetzt haben ist eine Synthese aus Spätstalinismus und Frühkapitalismus; eine gaunerhafte Akkumulation. Bis sich da soziale Marktwirtschaft als sich selbst regulierendes System durchsetzt, wird wohl noch viel Zeit vergehen müssen, in der wir uns auch auf allerhand Scharlatane mit utopischen oder wirtschaftsliberalen Maximalversprechungen einstellen müssen.«  
 Jelena Bonner: Das Land ist ein stinkender Futtertrog, in: Berliner Zeitung vom 29. Oktober 1992.

*Einmal* das Ausmaß der Kriminalität, ihre relativ große Verbreitung. *Zweitens* die krassen Formen, in denen sie auftritt und die häufig anzutreffende Brutalität und Gewalt. *Drittens* die Hilflosigkeit, zum Teil aber auch Gleichgültigkeit, die Politiker und öffentliche Meinung ihr gegenüber an den Tag legen, insbesondere bei der Privatisierung. Offensichtlich stehen alle drei Momente im Zusammenhang mit der Transformation.

Jelena Bonner, die Witwe des Nobelpreisträgers Andrej Sacharow, sprach 1992 von einem »unvorstellbaren Ausmaß sozialer und moralischer Verkommenheit« in Rußland<sup>3</sup>. 1994 titelte eine deutsche Zeitung: »Die Mafia regiert das Land«<sup>4</sup>. »Innerhalb kürzester Zeit häufte die Mafia unvorstellbare Kapitalmengen an. Sie stattete ihre Mitstreiter mit Waffen aus, erkaufte sich das Stillhalten der Polizei und des KGB.«<sup>5</sup> Ob Rauschgifthandel, Waffenschmuggel, Geldwäsche, Korruption, Handel mit radioaktivem Material, Schutzgelderpressung, Immobilienspekulation, Zollvergehen, Menschenhandel oder Raub – es fehlt nichts. Jede Form von Kriminalität ist inzwischen in Mittel- und Osteuropa vertreten. »Mehr als 1000 Mafiagruppen« aus Rußland, räumte Präsident Jelzin 1994 ein, operieren bereits global und unterhalten »Verbindungen zum internationalen organisierten Verbrechen«. Ihre Position in Rußland ist inzwischen so gewachsen, daß sie »schon in wenigen Jahren ... bis zu 30 Prozent des heimischen Sozialprodukts kontrollieren – und damit zu einer weltweiten Wirtschaftsmacht aufsteigen könnten«<sup>6</sup>. Der mehrfach angekündigte »gnadenlose Krieg gegen Korruption und organisiertes Verbrechen« dagegen wurde nur halbherzig geführt und blieb folglich weitestgehend wirkungslos. Ebenso die Aktion »Saubere Hände«, die 1995 ins Leben gerufen wurde, um der Korruption und den Finanzmachenschaften im Staatsapparat Herr zu werden. »Die Zwischenbilanz ist ernüchternd«, schrieb 1997 »Die Welt«: »Von großen Korruptionsprozessen oder sauberen Händen keine Spur.«<sup>7</sup>

Aber auch »kleinere« Delikte wie Diebstahl, Unterschlagung, Betrug, Steuerhinterziehung usw. sind an der Tagesordnung. In Albanien verlor ein ganzes Volk durch Anlagebetrug seine Ersparnisse. Betrügerische Bankrotte gibt es überall, auch in Polen, Ungarn, Tschechien, Bulgarien usw. Riesige Summen an Kapital fließen, aus dunklen Kanälen kommend, ins Ausland, zwischen 1992 und 1995 allein aus Rußland 25 Mrd. US-Dollar<sup>8</sup>, anderen Angaben zufolge sogar 60 Mrd.<sup>9</sup> Die Finanzmärkte fungieren unter den gegenwärtigen Bedingungen eher als Bereicherungsplätze für Kriminelle denn als Schaltstellen für einen wirtschaftlichen Aufschwung. Ein Drittel der Einnahmen russischer Unternehmer fließen als Bestechungsgelder an korrupte Beamte, ein anderer, noch größerer Teil fließt illegal ins Ausland. Rußlands Innenminister Kulikow nannte hier kürzlich die Summe von 300 Mrd. US-Dollar, die von russischen Unternehmern ins Ausland transferiert worden sein soll.<sup>10</sup> Steuerfahnder, Polizisten, Richter, aber auch Unternehmer, Banker und Journalisten leben gefährlich. Premierminister Tschernomyrdin spricht von einer »totalen Kriminalisierung der Gesellschaft«. »Rußland versinkt im Sumpf von Korruption und Schattenwirtschaft«.<sup>11</sup>

»Nur 16,5 Prozent der russischen Firmen zahlen pünktlich ihre Abgaben ... Die Steuermoral könnte kaum niedriger sein, wächst aber, nachdem Filme über das Heer der 170.000 Steuerbeamten gezeigt werden, die Türen eintreten und mit Handschellen hantieren. Rußland will versuchen, die Schattenwirtschaft, die 50 Prozent der Wirtschaftstätigkeit ausmacht, besser auszuleuchten.«  
 Die Welt vom 14. März 1997.



Aber auch in Ländern mit größerer Transparenz und effizienter arbeitendem Kontrollapparat wie z.B. Tschechien »versickern Milliardenbeträge in dunklen Kanälen«. 200 Mrd. Kronen sind »bei der Privatisierung verschwunden« und ca. »ein Viertel des ursprünglichen Vermögens wurde verschleudert«<sup>12</sup>, was nichts anderes heißt, als daß es in die Taschen cleverer Unternehmer, Banker, Spekulanten sowie in- und ausländischer Krimineller gewandert ist. Das Diktum von Premier Vaclav Klaus, »der Markt kennt kein schmutziges Geld«, zeigte Wirkung: Ausländische Investoren »plünderten gemeinsam mit tschechischen Geschäftspartnern die Substanz von Betrieben, Banken und Investmentfonds.« Der kriminelle Kapitalismus triumphiert und »der Anstand«, so Vizefinanzminister Triska, »wird sich erst in der zweiten Generation durchsetzen«<sup>13</sup>.

### *Fehlerhafte Wahrnehmungen*

Bei aller Dramatik und der zweifelsohne beängstigenden Zunahme krimineller Aktivitäten beim Übergang zur Marktwirtschaft ist die Wahrnehmung der Situation in den Reformländern doch in zweierlei Hinsicht getrübt: *Zum einen* wird sehr häufig außer acht gelassen, daß auch die staatssozialistischen Gesellschaften keineswegs von Wirtschaftskriminalität frei waren. Es gab »große«, quasi von Partei und Regierung zu verantwortende Formen, so beispielsweise bei Export- und Importgeschäften mit dem westlichen Ausland, bei Devisentransaktionen, bei der Umverteilung des gesellschaftlichen Mehrprodukts zugunsten der »Nomenklatura«, im Sinne von Korruption, Fälschung, Mißbrauch etc., und natürlich »kleine«, quasi private Formen wie Diebstahl, Unterschlagung, Bestechung usw. Darüber hinaus waren spezifische Delikte verbreitet, die es im Grunde genommen nur im Staatssozialismus gab, wie (kollektiver) Betrug bei der Planerfüllung, Leistungsabrechnung und Qualitätskontrolle, Fälschungen in der Statistik u.a.m. Daß in den Medien darüber kaum oder nur sehr einseitig berichtet wurde, darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es dies alles gab, zum Teil in erschreckendem Ausmaß. Alles in allem aber dürfte die Wirtschaftskriminalität in Mittel- und Osteuropa *vor der Wende* im internationalen Vergleich und gegenüber der Situation im Transformationsprozeß eher gering zu Buche geschlagen haben. Unterschiede zwischen den einzelnen Ländern und in den verschiedenen Perioden sind dabei natürlich zu beachten. Ganz sicher gab es zum Schluß, unter dem Eindruck erodierender Werte und sich auflösender Strukturen, deutlich mehr Verstöße und Delikte als in der vergleichsweise stabilen Periode der sechziger und siebziger Jahre.

*Zweitens* ist zu konstatieren, daß die in dieser Hinsicht in die neue Gesellschaft gesetzten Erwartungen überzogen, wenn nicht sogar falsch sind: Die Marktwirtschaften des Westens, die im Transformationsprozeß als »Vorbild« fungieren, sind, trotz ausgefeilter Rechts- und Kontrollsysteme, in hohem Maße kriminalisiert. Bürgerliche Freiheit, Privateigentum und Marktwirtschaft sowie die, Gewinnstreben, Egoismus und Ausbeutung legitimierende bürgerliche Moral begünstigen nicht nur unternehmerische Initiativen, sondern setzen auch kriminelle Energien in einem Maße frei,

Die Folge von Schattenwirtschaft und Korruption ist eine »Epidemie von Auftragsmorden an Unternehmern und korrupten Beamten. Im letzten Jahr wurden 450 solcher bezahlten Morde verübt, im Vorjahr 530.«

Die Welt vom 2. Januar 1997.

1996 wurden in Rußland »26 Steuerfahnder im Dienst getötet und 74 verletzt. 164 Inspektoren seien mit körperlicher Gewalt bedroht worden... Die Regierung hat inzwischen eine Sonderkommission gegen Steuerhinterziehung eingesetzt sowie eine spezielle Steuerpolizei. Die Beamten tragen Gesichtsmasken, um nicht erkannt zu werden.«

Die Welt vom 29. Januar 1997

wie dies in den Diktaturen des realen Sozialismus nicht möglich war.

Insofern gehört die Zunahme, besonders *wirtschaftskrimineller* Aktivitäten zum Transformationsprozeß dazu, einerseits als *Zeichen beginnender kapitalistischer Normalität*, andererseits aber auch als ein spezifischer Zug transformatorischer Gesellschaften. Praktisch lassen sich beide Momente selbstverständlich nicht trennen, analytisch ist es aber angezeigt, hier sorgfältig zu differenzieren.

Die Spitze organisierter Kriminalität dürfte in Westeuropa Italien verkörpern: Die bekannten Mafiagruppen »Cosa Nostra«, »Sacra Corona Unita«, »Ndrangheta« und »Camorra« kontrollieren einen Großteil der Wirtschaft. Drei von zehn Handelsunternehmen haben Verbindungen zur Mafia, 25 Prozent aller Bankoperationen sind »dunkler Herkunft«. Das Vermögen der Mafia wird auf rund 400 Mrd. DM geschätzt. Staatschefs, Minister, Richter und andere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens sind in kriminelle Machenschaften verstrickt und stehen wegen Korruption und Amtsmißbrauch vor Gericht.<sup>14</sup>

Aber auch in Deutschland haben wir es mit einer Zunahme krimineller Delikte »unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen« zu tun, nicht selten auch unter Anwendung von Gewalt. Die allein durch organisierte Kriminalität entstandene Schadenssumme wurde für 1994 auf annähernd 3,5 Mrd. DM geschätzt, der darüber hinaus rechtswidrig erzielte Gewinn auf 1,231 Mrd.<sup>15</sup> Die Hauptformen organisierter Kriminalität im Bereich der Wirtschaft sind: Vermögens- und Eigentumsdelikte, Korruption, Betrug, Produktpiraterie, Umweltdelikte, illegaler Technologietransfer, illegale Leiharbeit, Mißbrauch von Zahlungsmitteln, Falschgeldherstellung, Investmentbetrug, Steuerhinterziehung, Computerkriminalität usw. In einschlägigen Studien und Publikationen wird festgestellt, daß die »organisierte Wirtschaftskriminalität zunehmend an den Stützpfählern des Staates nagt«. »Weiße-Kragen-Täter sind in alle wichtigen Schaltstellen der Wirtschaft und Verwaltung eingedrungen und verstehen es, ihren Einfluß in weite Bereiche der Politik auszudehnen.«<sup>16</sup> Die Korruption hat sich in Deutschlands Verwaltung ausgebreitet: »zielgerichtet, flächendeckend und systematisch«. Sie ist »ein Alltagsphänomen, nicht nur in den Amtstuben, auch in der Privatwirtschaft«<sup>17</sup>. Allein im öffentlichen Bauwesen gehen dem Staat durch Korruption jährlich 10,1 Mrd. DM verloren.<sup>18</sup> Korruption ist inzwischen ein »globales Phänomen, das keinesfalls vom Süden oder Osten monopolisiert wird«<sup>19</sup>.

Ebenfalls Hochkonjunktur haben Steuerhinterziehung, insbesondere in ihrer Ausprägung als Steuerflucht ins Ausland, Versicherungsbetrug, Kapitalanlagebetrug, betrügerischer Bankrott, Zollvergehen, Patentbetrug, Geldwäsche, Diebstahl, Schattenwirtschaft. Zum Teil gibt es keine oder nur unwirksame Gesetze dagegen. Das »Geldwäschegesetz« beispielsweise stammt erst vom 29. November 1993. Gegen Geldanlagebetrug gibt es bisher überhaupt noch keinen wirksamen Rechtsschutz, obwohl der hierdurch entstandene volkswirtschaftliche Schaden immens ist. Experten

»Als erster italienischer Minister wurde der ehemalige Gesundheitsminister Francesco De Lorenzo von einem neapolitanischen Gericht wegen nachgewiesener Zugehörigkeit zu einer kriminellen Vereinigung zu einer Haftstrafe verurteilt. Ihm werden außerdem Korruption, Amtsmißbrauch und illegale Parteifinanzierung zur Last gelegt... Von insgesamt 97 Verbrechen, die auf der Anklageschrift standen, hielten die Richter 76 für bewiesen.«

Die Welt vom 10. März 1997

»Ob in Baubehörden oder Anwaltskanzleien, Firmenbüros oder Finanzämtern – eine Hand wäscht die andere in deutschen Amts- und Geschäftszimmern.« Der Spiegel, Nr. 50 vom 12. Dezember 1994, S. 114.

»Oberstaatsanwalt Schauensteiner berichtet, daß allein bei seiner Abteilung Organisierte Kriminalität und Korruption bei der Staatsanwaltschaft Frankfurt am Main über 1.500 Einzelverfahren gegen Amtsträger und Unternehmer wegen Korruption, Untreue und Betrug anhängig sind.« Peter Eigen: Das Nord-Süd-Gefälle der Korruption, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 163.

schätzen, daß Anleger in Deutschland jährlich rund 40 Mrd. DM an Betrüger und »windige Finanzvermittler« verlieren<sup>20</sup>. »Der Gesetzgeber schaut dem Treiben bisher tatenlos zu. In einem Land, dessen Regelungswut die Bürger täglich zu spüren bekommen, herrscht auf dem grauen Kapitalmarkt nahezu grenzenlose Freiheit.«<sup>21</sup> Um der Steuer auf Kapitaleinkünfte zu entgehen, transferieren »Bundesbürger in Scharen dreistellige Milliardenbeträge nach Luxemburg oder in andere Steueroasen«<sup>22</sup>. Unterstützt werden sie dabei von Banken sowie Steuer- und Finanzberatern. Den dadurch verursachten Korrekturbedarf in der deutschen Kapitalertragsbilanz bezifferte die Bundesbank für 1994 mit ca. 14 Mrd. DM.<sup>23</sup>

Diebstahl in Betrieben ist an der Tagesordnung. Der jährliche Schaden durch »wirtschaftsinterne Straftaten« wird auf bis zu 35 Mrd. DM geschätzt.<sup>24</sup> Ähnlich hoch wird der Verlust, der durch betrügerische Insolvenzen entsteht, veranschlagt: 30 Mrd. DM.<sup>25</sup>

»Der Tatort Wirtschaft wird immer populärer« – so eine Schlagzeile in der Presse<sup>26</sup>. Die Wirtschaftskriminalität blüht, in Deutschland wie in Europa. Wies die deutsche Kriminalstatistik 1988 auf dem Gebiet der Wirtschaft 2.241 Fälle auf, so stieg diese Zahl 1991 bereits auf 2.861, 1992 waren es 3.750 und 1993 5.769 Fälle. 1995 verdoppelte sich die Zahl auf 10.269 Fälle; 1996 waren es 14.525.<sup>27</sup> Hinzu kommt die sogenannte »Sozialkriminalität«, das heißt der Mißbrauch staatlicher Sozialleistungen. Experten schätzen das Ausmaß derselben auf 15 bis 20 Prozent des Leistungsumfanges, hoch genug, um geahndet zu werden, aber deutlich geringer als in entsprechenden Pressekampagnen immer wieder behauptet.<sup>28</sup>

Das größte Problem in diesem Zusammenhang stellt jedoch die »Schattenwirtschaft« dar. Es ist hinreichend bekannt, daß die Transformationsländer damit zu tun haben. Für die entwickelten Marktwirtschaften des Westens gilt dies jedoch gleichermaßen. So liegt der Anteil der Schattenwirtschaft am Bruttoinlandsprodukt Deutschlands (je nach Schätzmethode) bei 10 bis 30 Prozent, in Großbritannien bei 5 bis 20 Prozent, in Italien bei 15 bis 33 Prozent und in Schweden bei 5 bis 15 Prozent, um nur einige Länder zu nennen.<sup>29</sup> Die Schattenwirtschaft umfaßt *legale* Aktivitäten, die am Finanzamt und an den Versicherungssystemen vorbei organisiert werden, ferner *legale* Tätigkeiten, die illegal erbracht werden (»Schwarzarbeit«) und *illegale*, das heißt im eigentlichen Sinne kriminelle Aktivitäten. Während in den Transformationsländern das Problem zu einem beachtlichen Teil darin besteht, daß am Markt vorbei und ganz traditionell Subsistenzwirtschaft betrieben wird, dominieren in den westlichen Ländern Schwarzarbeit und illegale Aktivitäten.

Infolge der Schattenwirtschaft kommt es zu Wohlfahrtsverlusten in Form allokativer Verzerrungen, zu Steuer- und Beitragsausfällen in Größenordnungen und zu unerwünschten Einkommens- und Vermögenseffekten.<sup>30</sup> Eine Lösung zeichnet sich hier nicht ab.

Ein besonderes Feld krimineller Machenschaften eröffnete sich in Europa mit dem gemeinsamen Binnenmarkt (1993). Betrügereien im Bank- und Zahlungsverkehr, Verstöße gegen Copyright und Markenschutzbestimmungen, der Mißbrauch von Computer- und Informationstechnologien, Investmentbetrug, Versicherungsschwindel,

»Korruption ist ein unentbehrliches Herrschaftsmittel der Führungsschicht ...

Ohne Verfilzung von Geld, ohne betrügerische Manipulation der Massen ist keine moderne Gesellschaft mehr regierbar.«

H.-E. Richter: Die hohe Kunst der Korruption, Hamburg 1990.

»Die Steuerhinterziehung ist zur Massenkriminalität geworden.«

Handelblatt vom 5. Juli 1995.

»Die Schwarzarbeit in der Bundesrepublik hat nach Erhebungen des ...Volkswirtschaftlers Friedrich Schneider beträchtlich zugenommen. Für 1997 schätzt Schneider den Umfang der Schattenwirtschaft auf 548 Milliarden Mark, was einem Anteil von 15 Prozent am Bruttoinlandsprodukt entspreche.«  
Berliner Zeitung vom 19. Juni 1997.

»Betrügereien und Schmutz- gel haben der Europäischen Union und ihren Mitglieds- staaten im vergangenen Jahr Schäden in Höhe von 1,3 Mrd. Ecu ... verursacht ... Besonders anfällig für Betrug sei der gesamte Landwirtschaftsbereich der EU, auf den etwa die Hälfte des EU-Haushalts entfällt. Dort habe man Verluste von 345 Mio. Ecu zu beklagen ... Die meisten Meldungen über Betrügereien im Land- wirtschaftsbereich (liegen) aus Deutschland (479 Fälle) und aus Italien (476) vor.« Die Welt vom 7. Mai 1997.

»Geschäftsleute aus Ost- und Westdeutschland plündern die Unternehmen der Treuhandanstalt. Sie tricksen, täuschen und bestechen. Hemmungslos werden Bilanzen frisiert. Selbst die vornehme Zunft der Wirtschaftsprüfer spielt mit. Der Steuerzahler wird um Milliarden betrogen.« Der Spiegel, Nr. 37/1991, S. 122ff.

Zollvergehen u.ä. erreichten eine neue Dimension. Die bisher erfaßte Schadenssumme beträgt 117 Mrd. DM<sup>31</sup>. In großem Stil schröpfen Betrüger die Kassen der Europäischen Union. Bis zu 13 Mrd. DM versickern jährlich in »dunklen Kanälen«.<sup>32</sup>

Aus all dem geht hervor, daß es den »sauberen Kapitalismus«, die Marktwirtschaft ohne Wirtschaftskriminalität, nicht gibt. Für die Länder Mittel- und Osteuropas heißt das, daß sie im Zuge ihrer Transformation zwar die eine oder andere Variante krimineller Aktivität eindämmen oder überwinden werden, das Problem als solches ihnen jedoch erhalten bleiben wird.

#### *Wirtschaftskriminalität und Privatisierung*

Ein besonders enger Zusammenhang besteht in den Transformationsländern zwischen Wirtschaftskriminalität und Privatisierung. »Wenn staatliches Eigentum en gros umverteilt wird, wenn sich Gesellschaftsstruktur und Volksmentalität wandeln«, schrieb Rußlands Tycoon W. A. Gussinski, dann »bekommt natürlich der fleißigere, dynamischere Typ seine Chance«.<sup>33</sup> Ob nur er – das ist hier die Frage. Soziologische Untersuchungen kommen da zu ganz anderen Aussagen! Beispielsweise ergab eine 1992 in Rußland durchgeführte Befragung von Bürgern und Unternehmern, daß 62,5 Prozent der Bürger und 48,2 der Unternehmer der Meinung sind, die neue russische Unternehmerschicht rekrutiere sich aus »alten Nomenklaturkadern«. 51,2 bzw. 15,5 Prozent gaben als »soziale Quelle« des Unternehmertums »mafiaähnliche Gruppierungen« an, 61,9 bzw. 78 Prozent Mitarbeiter des Handels, 33,2 Prozent ehemalige Betriebsleiter und nur 16,1 bzw. 58,2 Prozent »unternehmungslustige Arbeiter und Angestellte«.<sup>34</sup>

Diese Aussagen korrespondieren durchaus mit den Antworten auf die Frage: »In wessen Interesse vollzieht sich bis jetzt die Privatisierung?« An erster Stelle der Nennungen standen »Schattenwirtschaft, Mafia u.ä.« (57,1 Prozent), an zweiter »ehemalige Nomenklatura« (38,9 Prozent) und erst danach »unternehmungslustige Menschen« (17,4 Prozent), Vertreter der »demokratischen« Bürokratie (9,7 Prozent) und übrige Werktätige (2,4 Prozent).<sup>35</sup>

In keinem Transformationsland vollzog sich die Privatisierung so, wie von den Akteuren der »Revolution« gewollt und vom Volk erwartet, weder in Ostdeutschland noch in Polen, weder in Tschechien noch in Ungarn, und schon gar nicht in Rußland.

In der DDR wurde im März 1990 mit dem Ziel der »treuhänderischen Verwaltung des Volkseigentums« und der »Wahrung der Anteilsrechte« der Bürger die Treuhandanstalt gegründet.<sup>36</sup> Drei Monate später erhielt diese den Auftrag der »Privatisierung und Reorganisation des volkseigenen Vermögens«<sup>37</sup>. Innerhalb kürzester Frist sollten 8.500 Betriebe mit 45.000 Betriebsstätten, 4,1 Millionen Beschäftigten und einem Buchwert von 1,2 Billionen Mark sowie Grund- und Immobilienvermögen im Werte von 1,1 Billionen Mark privatisiert werden. Der Erlös sollte den Menschen in Ostdeutschland zugute kommen.<sup>38</sup> 1994 beendete die Treuhand ihre Tätigkeit, jedoch mit einem Defizit in Höhe von 231,5 Mrd. DM. Der hierin zum Ausdruck kommende Wertverlust hatte viele Ursachen, vor allem aber die Bewertungs- und Verkaufspraxis der

Treuhandanstalt selbst. Das letztendliche Resultat der Privatisierung war ein gigantischer Vermögenstransfer von Ost nach West: »Aus Volkseigentum wurde Westeigentum« (Friedrich Schorlemmer). Die bei jeder Privatisierung öffentlichen Vermögens zu verzeichnende Umverteilung »zugunsten der besser Gestellten«<sup>39</sup> begünstigte hier einseitig westdeutsche Kapitaleigner, zum Nachteil der ehemaligen DDR-Bürger.<sup>40</sup>

Trug die Übereignungspolitik der Treuhand im Rahmen der »Kolonialisierung der DDR« im Ganzen bereits Züge einer rüden Übervorteilung, so galt dies erst recht im einzelnen. Wie eine »Springflut« ergoß sich nach der Vereinigung die Kriminalität über Ostdeutschland.<sup>41</sup> Die Zustände in der EX-DDR luden geradezu dazu ein, schrieb Albrecht Graf Matuschka, »ein Schnäppchen zu machen. In der ersten Phase war...die kriminelle Energie besonders groß«.<sup>42</sup> Als Privatisierungsbehörde war die Treuhand dem Risiko ausgesetzt, daß sich ihre Mitarbeiter am Treuhandvermögen bereicherten. Tatsächlich gab es auch »zahlreiche Fälle von kriminellen Kollusionen zwischen Mitarbeitern der Treuhandanstalt und Käufern«, wobei es sich bei den bekannt gewordenen nur um »die Spitze des Eisbergs«<sup>43</sup> handeln dürfte. 1993 ermittelte die Berliner Staatsanwaltschaft in 450 Fällen »wegen Verdachts auf Betrügereien bei der Privatisierung von Treuhandfirmen«.<sup>44</sup> Inzwischen wurden von der Treuhandnachfolgerin BvS 996 Ermittlungsverfahren eingeleitet. Gegen 180 eigene und ehemalige Mitarbeiter ist Strafanzeige gestellt worden.<sup>45</sup> Dazu ist zu bemerken, daß der Treuhand-Apparat selbst »Mechanismen« geschaffen hatte, die illegale Geschäfte zumindest nahelegten, zum Beispiel die Zahlung »satter Prämien« für einen »Firmenverkauf im Schweinsgalopp«. Privatisierung nach dem Motto: »Je schneller, desto mehr Geld.«<sup>46</sup>

Nicht wenige westdeutsche und ausländische Firmen haben sich bei der Privatisierung im Osten »gesund gestoßen«. In den bis heute andauernden Subventionsbetrügereien findet dieser Prozeß seine Fortsetzung. Die Privatisierung und der Aufbau Ost gerietem so »in Teilen« zu einem »kriminellen Milliardencoup«<sup>47</sup>, von dessen wahren Ausmaß in Mittel- und Osteuropa kaum einer eine Vorstellung hat.

Trotz unterschiedlicher Privatisierungsstrategien und -verläufe in den Reformländern, gibt es Übereinstimmung darüber, daß die einzelnen sozialen Gruppen und Schichten letztlich in sehr unterschiedlichem Maße an der Neuverteilung der Ressourcen partizipieren und kriminelle Machenschaften dabei eine nicht unwesentliche Rolle spielen. Insbesondere sind es drei Gruppen, die auf Grund ökonomischer Kompetenz und hoher Vermögensausstattung von der Reallokation des Eigentums klar begünstigt werden: Die frühere Nomenklatura, Akteure aus dem Bereich der Schattenwirtschaft und ausländische Investoren. Besonders deutlich wird dies bei der »spontanen Privatisierung«, da hier die zur ersten Gruppe zählenden Betriebsdirektoren und Manager im Vorteil sind. Bei der Verkaufsprivatisierung dagegen haben die ausländischen Investoren und die illegal zu Reichtum gelangten Vertreter der Schattenwirtschaft das Sagen. Nicht so eindeutig stellt sich dies bei der Kupon- oder Voucherprivatisierung, wie sie in Tschechien, Ruß-

»Nach dem weitgehenden Abschluß der Privatisierungsarbeit durch die Treuhandorganisationen präsentiert sich Ostdeutschland mit einer kargen Unternehmenslandschaft. Zwischen Erzgebirge und Ostsee gibt es insgesamt nur noch 164 Betriebe, die über 50 Mio. DM umsetzen und gleichzeitig mehr als 500 Mitarbeiter beschäftigen... Der Osten ist weitgehend zu einer Region der Tochterfirmen geworden.«  
Die Welt vom 10. Juli 1997.



»Die alte und die neue Nomenklatura sind die zwei legitimen realen Beteiligten der Privatisierung. Es gibt noch einen dritten Beteiligten: das Schattenkapital. In den Jahren der Jelzinschen Reformen konnte es sich legalisieren und so herüberretten. Das Schattenkapital (faktisch kriminelles Kapital) übertraf die alte ›kommunistische‹ und die neue ›demokratische‹ Nomenklatura in ihren kriminellen Methoden der Bereicherung. Als Folge erhielt der Prozeß der Privatisierung im gegenwärtigen Rußland im wesentlichen einen kriminellen Charakter«.

B. W. Rakitskij/G. J. Rakitskaja: Privatisierung – Interessen, Absichtserklärungen, Methoden und Resultate, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 58.

»Die Voucher-Privatisierung brachte eine Welle von Betrügereien und organisierter Kriminalität hervor. Der Staat zog sich während der Voucher-Privatisierung eigenmächtig vom Schutz der Interessen der Bevölkerung zurück.«

B. W. Rakitskij/G. J. Rakitskaja: Privatisierung – Interessen, Absichtserklärungen, Methoden und Resultate, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 59.

land, Lettland, Litauen und der Ukraine vorgenommen wurde, dar.

In Tschechien zum Beispiel erfolgte zunächst, getragen von der Idee des »Volkskapitalismus«, nach der Kuponverteilung in zwei Versteigerungsrunden eine breite Streuung der Gutscheine. Dann vollzog sich aber ein Konzentrationsprozeß, in dessen Verlauf zehn große, mehr oder weniger »obskure« Fonds, hinter denen oft »dubiose Finanziere« standen<sup>48</sup>, mehr als 50 Prozent der Gutscheine auf sich vereinigten und damit faktisch die Wirtschaft kontrollieren. 1996 fand dann, quasi als »dritte Privatisierungsrunde«, eine »stürmische Unternehmensübernahmewelle« statt<sup>49</sup>, in deren Verlauf sich westlichen Ländern vergleichbare Eigentumsstrukturen herausbildeten. Verlauf und Ergebnis dieses Prozesses waren Anlaß genug für den tschechischen Präsidenten Vaclav Havel, von »ungeheuren Betrügereien« und unkontrollierten Vermögensumschichtungen zu sprechen.

Nicht viel anders die Entwicklung in Rußland, wo in einer ersten Etappe mittels Vouchers eine bloß »formale Verteilung des staatlichen Eigentums« erfolgte. 1994 schloß sich eine zweite Etappe an, die sogenannte »Geldprivatisierung«, meistens in Form von Auktionen. Hierbei werden die Aktien bereits privatisierter Unternehmen, die noch im Besitz des Staates sind, verkauft. Arbeiter, so wird eingeschätzt, werden nur in den wenigsten Fällen in der Lage sein, mitzubieten. Parallel dazu vollzieht sich über den Verkauf des größten Teils der Aktien, »die den ›einfachen‹ Arbeitnehmern gehören«, jetzt ein weiterer Umverteilungsprozeß. »Und es entwickelt sich sehr schnell ein Kampf um große Aktienpakete.« Das Ergebnis schließlich wird die Konzentration der Aktien »in relativ wenigen Händen« sein.<sup>50</sup> Die Öffentlichkeit im In- und Ausland assoziiert die russische Privatisierung nicht selten »mit Skandalen und Unregelmäßigkeiten«<sup>51</sup>. Dies mag nicht immer und nicht durchgehend zutreffen, zu einem Teil aber wohl doch. Auch gelangt immer häufiger Faktenmaterial in die Medien, das den »kriminellen Charakter der Privatisierung« belegt. N. Prostow behauptet gar, daß die »Prozesse der Privatisierung auf allen Ebenen von einflußreichsten kriminellen Strukturen kontrolliert und geleitet werden«<sup>52</sup>.

Die Bevölkerung reagiert auf diese Entwicklung mit Frustration, Enttäuschung, Verzweiflung und Wut: Nicht nur in Ostdeutschland, Tschechien und Rußland, auch in der Slowakei fühlen sich die Menschen durch die Privatisierung »betrogen«<sup>53</sup>, nicht anders in Ungarn, wo mittlerweile ein Drittel der Wirtschaft in den Händen von Ausländern ist und in Polen, wo die »Solidarnosc« stets von »betrügerischer Privatisierung« spricht<sup>54</sup> und anhaltender Widerstand die »große« Privatisierung immer wieder verhinderte bzw. hinauszögerte<sup>55</sup>.

#### *Erklärungsansätze*

Für die Erklärung der Kriminalität im Transformationsprozeß, speziell im Privatisierungskontext, gibt es im wesentlichen drei Ansätze: *Erstens* wird die unzureichend entwickelte Rechtsordnung dafür verantwortlich gemacht. *Zweitens* die realsozialistische Vergangenheit, die mit der Nomenklatura fortlebt. *Drittens* wird



versucht, das Phänomen historisch zu erklären, unter Bezugnahme auf die sogenannte ursprüngliche Akumulation.

Der *erste* Ansatz sieht das Hauptproblem in der fehlenden Rechtssicherheit, in institutionellen Defiziten sowie in einer lückenhaften Gesetzgebung und Kontrolle: »Nicht die Exzesse des Marktes fördern die Ausbreitung der Mafia in Rußland, sondern der Mangel an Rechtllichkeit, das Fehlen eines Staates, der diesen Namen verdient, das Fehlen ehrlicher und fähiger Richter.«<sup>56</sup>

Oberflächlich betrachtet ist dies durchaus zutreffend. Die sozialen und ökonomischen Grundlagen der Wirtschaftskriminalität lassen sich mit diesem Ansatz jedoch nicht erklären, erst recht nicht deren historische Dimension.

Der *zweite* Ansatz betont die Kontinuität des Problems und zielt in seiner Kritik vor allem auf die staatssozialistische Elite, die sich im Zuge der Privatisierung, im Verein mit Schattenwirtschaft und Kriminellen, als neue Kapitalistenklasse konstituiert. Unterstützt wird sie dabei durch Reformregierungen, die auf das schnelle Entstehen »einer neuen Eigentümerklasse als soziale Stütze des Kapitalismus«<sup>57</sup> setzen. So kommt die Privatisierung »vor allem jenen Kräften zugute, die bereits im alten System mit krimineller Energie große Kapitalien angesammelt hatten«<sup>58</sup>.

Die Revolutionen von 1989 fanden »nicht statt«, schrieb P. Sipošegy. Die Länder Mittel- und Osteuropas haben zwar eine »gewaltige Umwälzung« erlebt, aber keine »wirkliche« Revolution. Denn »die Elite des alten Systems wurde zum Hauptprofiteur der neuen Freiheit«, die »ehemalige politische Führungsschicht bildet die Elite unseres heutigen Wirtschaftslebens«<sup>59</sup>. Bis auf Ostdeutschland, wo ein exogener Elitewechsel vollzogen wurde, trifft dies zu. Trotzdem taugt dieser Ansatz nur zur Erörterung personeller und soziologischer Aspekte der Transformation, nicht aber der sozialökonomischen, auf die es jedoch gerade ankommt.

Demgegenüber stellt der dritte Ansatz die veränderten Eigentumsverhältnisse und die im Sinne einer kapitalistischen Marktwirtschaft transformierten Produktions-, Verteilungs- und Austauschbeziehungen in den Mittelpunkt, ungeachtet bestimmter personeller und sozialer Kontinuitäten.

Mit dem politischen Systemwechsel 1989/90 stellte sich die »Eigentumsfrage« als die Grundfrage. Praktisch heißt das, daß die Privatisierung des Staatseigentums Hauptinhalt der Transformation ist. Und diese erfolgt, je nach Lage der Dinge und jeweiligem politischen Programm, als Restitution, als aktive oder passive Schenkung, Voucher- oder Kuponverteilung oder als Verkauf. Egal, welcher Methodemix praktiziert wird: Letztlich begünstigt jede Form diejenigen, die über Einfluß, Beziehungen, Kompetenz und vor allem über Geld verfügen. Abgesehen von ausländischem Kapital sind dies die alte Elite, Schattenwirtschaftler und Kriminelle. Aus diesen Gruppen rekrutiert sich, soziologisch gesehen, das Kapital bzw. die neue Elite. Und zwar nicht nur personell, sondern auch materiell, wie empirische Untersuchungen belegen: So sehen, einer Befragung zufolge, 74,8 Prozent die »Quellen des ursprünglichen Kapitals« russischer Unternehmer in »unsauberen Geschäften« im Handel und Dienstleistungsbereich, 52 Prozent in

Die russische Privatisierung war »die schnellste Massenprivatisierung in der Weltgeschichte: Innerhalb von nur zwanzig Monaten ließ der damalige Privatisierungsminister Anatolij Tschubais, heute Chef des Präsidentenapparates, rund 14.000 Staatsbetriebe in Aktiengesellschaften umwandeln und praktisch verschenken. Tschubais Privatisierungsprogramm wird heute heftig kritisiert: Weil es dabei nicht immer mit rechten Dingen zugeht, haben vor allem Politiker, Direktoren und Bankiers profitiert, während die meisten Russen sich mit ein paar Aktien am ehemaligen Volkseigentum zufriedengeben mußten.« J. Eigendorfer: Shareholder in Moskau, in: Die Zeit vom 15. November 1996.

»Die russische Mafia fiel nicht vom Himmel. Der Westen dachte in seiner Allwissenheit, die Sowjetunion lebe unter dem Joch des Kommunismus... In Wirklichkeit lebten wir einfach nur unter der Herrschaft der weltgrößten Mafia.« A. Minkin: Die Mafia regiert das Land, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.

»Bei dem allgemein als Perestroika bezeichneten Prozeß ... spielte der Nomenklatura-Traum, den eigenen Reichtum auch als Lebensstil zu demonstrieren, schon eine gewisse Rolle. Zur bewegenden Kraft der Historie wurde aber das Bestreben der sowjetischen Ministerial- und Industriekapitäne, ihre de-facto-Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel in einen de-jure-Besitz zu verwandeln.« B. Kerneck: Russische Höllenkreise, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 78.

»Die Verbindung der neuen mächtigen Kriminalkapitale mit der Staatsmacht beendet endlich den Zugang zum in Rußland aufgetauchten freien Markt und zur Konkurrenz.«

A. Solschenizyn, in: Die Welt vom 2. Januar 1997.

»Die Privatisierung der Produktionsmittel ist mit Sicherheit das Kernstück der Reform. Sie ist zugleich ihr schwierigster Teil. Eine erprobte Methode für die möglichst rasche Überführung des größten Teils der Eigentumsrechte es nicht... Die Eigentumsverteilung, die wir heute in westlichen Ländern vorfinden, ist in einem langen historischen Prozeß entstanden, an dessen Anfang der rechtmäßige Erwerb sicher nicht die einzige Form der Aneignung gewesen ist.«

G. Fels: Nichts ersetzt das Eigentum, in: FAZ vom 30. Januar 1991.

»In der wirklichen Geschichte spielen bekanntlich Eroberung, Unterjochung, Raubmord, kurz Gewalt die große Rolle. In der sanfteren politischen Ökonomie herrscht von jeher die Idylle. Recht und ›Arbeit‹ waren von jeher die einzigen Bereicherungsmittel... In der Tat sind die Methoden der ursprünglichen Akkumulation alles andere, nur nicht idyllisch.«

Karl Marx, Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels, Werke, Bd. 23, S. 742.

der »faktischen« Aneignung staatlichen Eigentums durch Angehörige der Nomenklatura, 50,4 Prozent in der Korruption, 41 Prozent in der Aneignung staatlichen Eigentums »auf Grundlage eines Kompromisses« zwischen alter und neuer Nomenklatura und nur 6,4 Prozent in »Ersparnissen ehemals gut bezahlter Arbeitnehmer«. <sup>60</sup> Das historische Muster für die Interpretation dieser Vorgänge bildet – trotz historischer Verschiedenheit – der sozialökonomische Umbruch, der in Westeuropa zwischen dem 15. und 18. Jahrhunderts erfolgte und zur Etablierung des klassischen Kapitalismus führte. Auch damals spielten Eroberung, Enteignung, Ausplünderung, Raub, Diebstahl, Betrug usw. als Methoden der Umgestaltung eine entscheidende Rolle und das »Kriminalkapital« hatte als Wucher- und Spekulationskapital, Kolonialausbeute, Handelsprofit, Landraub, Kriegsgewinn, Piratenschatz usw. an der Konstituierung der neuen Ordnung wesentlichen Anteil. Daß dies später von der bürgerlichen Geschichtsschreibung verdrängt wurde und statt dessen Fleiß und Sparsamkeit zu den Hauptquellen des Kapitals gemacht wurden, geschah aus rein apologetischer Absicht und hat mit der historischen Wahrheit nicht viel zu tun.

Die heutige »Wiedergeburt« des Privateigentums vollzieht sich unter historisch anderen Umständen, aber auf ähnliche Art und Weise wie in der Periode der »ursprünglichen Akkumulation«<sup>61</sup>. Jede anders lautende Interpretation dient der Legendenbildung, nicht aber der historischen Wahrheit, ähnlich wie einst die Theorie von der »ursprünglichen Akkumulation«, die in der bürgerlichen politischen Ökonomie »ungefähr dieselbe Rolle spielte wie der Sündenfall in der Theologie«<sup>62</sup>.

#### Anmerkungen:

- 1 G.F.W. Hegel: Grundlinien der Philosophie des Rechts oder Naturrecht und Staatswissenschaft im Grundrisse, Berlin 1981, S. 80 und 83.
- 2 Ebenda, S. 83.
- 3 J. Bonner: Das Land ist ein stinkender Futtertrog, in: Berliner Zeitung vom 29. Oktober 1992.
- 4 Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.
- 5 A. Minkin: Die Mafia regiert das Land, in: Süddeutsche Zeitung vom 22. Februar 1994.
- 6 Wirtschaftswoche, Nr. 20, vom 13. Mai 1994.
- 7 Die Welt vom 11. Juli 1997.
- 8 Vgl. Die Welt vom 23. Januar 1997.
- 9 Vgl. Die Zeit vom 15. November 1996.
- 10 Die Welt vom 2. Januar 1997.
- 11 Ebenda.
- 12 Wir leben im wilden Osten, in: Der Spiegel, Nr. 19/1997, S. 162ff.
- 13 Ebenda, S. 160.
- 14 Vgl. Italiens Wirtschaft versinkt im Mafia-Sumpf, in: Die Welt vom 13. Februar 1997.
- 15 H.-L. Zachert: Die Entwicklung der Organisierten Kriminalität in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23 vom 2. Juni 1995, S. 11ff.
- 16 R. Müller/H.-B. Wabnitz: Wirtschaftskriminalität. Eine Bedrohung für Staat und Gesellschaft, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 23 vom 2. Juni 1995, S. 28f.
- 17 Der Tagesspiegel vom 3. März 1997.
- 18 Vgl. Die Welt vom 27. Juni 1997.
- 19 P. Eigen: Das Nord-Süd-Gefälle der Korruption, in: Kursbuch, Nr. 120/1995, S. 163.
- 20 Die Welt vom 21. Februar 1997.
- 21 O. Schumacher: Zocker, Deppen, Angeber, in: Die Zeit vom 4. August 1995.
- 22 Anreiz für Schwarzgeld, in: Die Zeit vom 1. März 1996.
- 23 Deutsche Bundesbank, Monatsbericht März 1995, S. 51.
- 24 Vgl. Die Welt vom 24. Februar 1997.
- 25 Vgl. R. Müller/H.-B. Wabnitz: Wirtschaftskriminalität..., a.a.O., S. 34.
- 26 Die Welt vom 29. März 1997.
- 27 Berliner Zeitung vom 22. Mai 1997.
- 28 Vgl. Die Welt vom 28. Februar 1997.
- 29 Vgl. Vahlens Großes Wirtschaftslexikon, Bd. 4, München 1987, S. 1639f.
- 30 Vgl. W. Pommerehne/G. Kirchgässner: Schattenwirtschaft als wirtschafts- und sozialpolitische Herausforderung, in: WISU 10/94.
- 31 Vgl. Die Welt vom 25. April 1997.

- 32 Vgl. Berliner Zeitung vom 13./14. Juli 1996.
- 33 Mythos vom kriminellen Geld, in: Der Spiegel, Nr. 6/1997, S. 139.
- 34 Vgl. A. Tschepurenko: Die neuen russischen Unternehmer als reformtragende Kraft im Urteil der Bevölkerung, Russisches Unabhängiges Forschungsinstitut für sozialpolitische und sozialökonomische Probleme, Moskau 1993, S. 4.
- 35 Vgl. ebenda, S. 14.
- 36 Vgl. Gbl. d. DDR 1990, Teil 1, Nr. 14.
- 37 Gbl. d. DDR 1990, Teil 1, Nr. 33 (»Treuhandgesetz«).
- 38 Vgl. BGBI. II S. 889 (Einigungsvertrag, Art. 25).
- 39 H. Brücker: Privatisierung in Ostdeutschland, Frankfurt/New York 1995, S. 178.
- 40 Vgl. U. Busch: Der reiche Westen und der arme Osten – Vermögensdifferenzierung in Deutschland, in: J. Backhaus/G. Krause (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, Marburg 1997, S. 9-50.
- 41 WirtschaftsWoche, Nr. 36, vom 3. September 1993, S. 20ff.
- 42 Ein Land im Sonderangebot, in: Der Spiegel, Nr. 6/97, S. 104.
- 43 H. Brücker: Privatisierung..., a.a.O., S. 321.
- 44 Die Welt vom 10. September 1993.
- 45 Vgl. Berliner Zeitung vom 12. Februar 1996.
- 46 Schleuderpreise bei der Shopping-Tour im Osten, in: Süddeutsche Zeitung vom 24. Januar 1994.
- 47 Berliner Zeitung vom 14. Februar 1995. Vgl. auch WirtschaftsWoche, Nr. 29, vom 16. Juli 1993.
- 48 K.-P. Schmid: Der Markt als Fata Morgana, in: Die Zeit vom 6. Juni 1997.
- 49 Vgl. M. v. Bismarck-Osten: Hielt die Gutscheinprivatisierung in Mittel- und Osteuropa, was sie zu versprechen schien?, in: Osteuropa-Wirtschaft, 3/1996, S. 189ff.
- 50 A. Netchaev: Privatisierung in der Praxis: Wer sind die entscheidenden Akteure?, in: Rußland auf dem Weg zur Neuformierung von Interessen, Macht und Strukturen, Veröffentlichungen der Hans Martin Schleyer-Stiftung, Köln: Bachem 1995, S. 91f.
- 51 M. v. Bismarck-Osten: Hielt die Gutscheinprivatisierung in Mittel- und Osteuropa, was sie zu versprechen schien?, a.a.O., S. 195.
- 52 N. Prostow: Verlauf, erste Ergebnisse und mögliche Schlußfolgerungen der Privatisierung der Industrie in Rußland, in: UTOPIE kreativ, Nr. 71 (September 1996), S. 53 und 55.
- 53 Slowaken unzufrieden mit Privatisierung, in: Berliner Zeitung vom 23. Juni 1995.
- 54 J. Tyvner: Fragen voller Rätsel, in: Die Zeit vom 16. Februar 1996, S. 24.
- 55 D.Ipsen: Anhaltender Widerstand gegen die polnische Massenprivatisierung, in: J. Backhaus/G. Krause (Hg.): Zur politischen Ökonomie der Transformation, a.a.O., S. 105ff.
- 56 M.V. Llosa: Der Teufel als Prediger, in: Die Zeit vom 14. Februar 1997.
- 57 J. Daschko: »Diebe im Gesetz« – vom Aufbau der russischen Mafia, in: Wostok, 6/96, S. 67.
- 58 B. Kerneck: Russische Höllenkreise, in: Kursbuch, Nr. 120, 1995, S. 86.
- 59 P. Siposhegy: Die Revolution fand nicht statt, in: Die Zeit vom 7. Juni 1991, S. 28.
- 60 A. Tschepurenko: Die neuen russischen Unternehmer..., a.a.O., S. 13.
- 61 Vgl. U. Busch: Die schwierige Wiedergeburt des Privateigentums, in: Berliner Debatte. INITIAL, 6/94, S. 95-106.
- 62 K. Marx: Das Kapital. Erster Band, in: Marx/Engels: Werke, Bd. 23, S. 741.



KARL-HEINZ GRÄFE

## Kominform – die Konferenzen 1947 und 1948

Vom 22. bis 28. September 1947 trafen sich im Schloß des polnischen Kurortes Szklarska Poreba (Schreiberhau) achtzehn hochrangige Führer der kommunistischer Parteien der Sowjetunion, Jugoslawiens, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens, der Tschechoslowakei, Polens, Frankreichs und Italiens. Die Teilnahme von Parteichefs wie W. Gomulka oder G. Gheorghiu-Dej und von Funktionären der »zweiten Reihe« wie G. Malenkov, E. Kardelj, R. Slansky, M. Farkasz, W. Tscherwenkow, L. Longo und J. Duclos verdeutlichte den politischen Rang der zunächst streng geheim gehaltenen Zusammenkunft im Riesengebirge.<sup>1</sup> Aus der verspäteten Information in der Prawda vom 5. Oktober 1947 war lediglich zu entnehmen, daß Ende September 1947 in Polen auf einer Informationskonferenz ein Meinungsaustausch einiger kommunistischer Parteien stattgefunden habe und beschlossen worden sei, ein Informationsbüro zu schaffen, dessen Aufgaben »in der Organisation des Erfahrungsaustausches zwischen den Parteien und nötigenfalls in der Koordinierung ihrer Tätigkeit auf der Grundlage gegenseitigen Übereinkommens bestehen« würden.<sup>2</sup>

Als Sitz des Informationsbüros (Kominform) und seines Presseorgans »Für dauerhaften Frieden, für Volksdemokratie« sei Belgrad bestimmt worden. Der Vertreter der KPdSU (B), A. Shdanow, gab in seinem Eröffnungsbeitrag auf der Gründungskonferenz die Richtung für die Tätigkeit des Kominform vor, die bis zu ihrer Auflösung im April 1956 bestimmend sein sollte: mit der These von den zwei Lagern die einander in einem sich ständig zuspitzenden Klassenkampf gegenüberstünden. Diese Lagertheorie, eine holzschnittartige Vereinfachung und zugleich einseitige Reflexion der Weltlage, wurde auch in der gemeinsamen Deklaration der neun kommunistischen Parteien mit allen damit verbundenen Konsequenzen als Grundlage ihrer gemeinsamen Strategie als langfristig verbindlich formuliert: »In der internationalen Lage sind infolge des zweiten Weltkrieges und in der Nachkriegsperiode wesentliche Veränderungen eingetreten. ... Es bildeten sich zwei gegensätzliche politische Linien heraus: auf dem einen Pol die Politik der Sowjetunion und der demokratischen Länder, die auf die Vernichtung des Imperialismus und die Stärkung der Demokratie abzielt, auf dem anderen Pol die Politik der USA und Englands, die auf Stärkung des Imperialismus und die Abwürgung der Demokratie abzielt. Da die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie sich als Hindernis bei der Verwirklichung der imperialistischen Pläne für

Karl-Heinz Gräfe – Jg. 1938, Prof. Dr. habil., Dresden. Nach dem Studium der Slavistik und Pädagogik Lehrer und Hochschullehrer an der Pädagogischen Hochschule Dresden, ordentlicher Professor für Geschichte (bis 1993). Fachgebiet Geschichte der Sowjetunion und der osteuropäischen Länder.

1 Enver Hodschas Partei war nicht eingeladen, da die KP Jugoslawiens damals auf ausdrücklichen Wunsch Stalins die albanischen Interessen wahrnahm. Die KP Griechenlands, die im Norden des Landes bereits eine volksdemokratische Ordnung geschaffen hatte, wurde auch nicht in das Kominformbüro aufgenommen. Die SED gehörte auch nicht zum Kominformbüro, obgleich sie in der Folgezeit hinter dessen Beschlüssen stand.

2 Abgedruckt in deutscher Sprache: Tägliche Rund-

schau vom 7. Oktober 1947.; vgl auch die wesentlichen Dokumente der Gründungskonferenz 1947: Informacionnoe sovescanie predstavitelej nekotorych Kompartii v Pol'se sentjabrja 1947 goda, 1948 (Moskva); in deutscher Sprache: Für Frieden und Volksdemokratie. Bericht über die Tätigkeit kommunistischer Parteien, gehalten auf der Konferenz in Polen Ende September 1947, Berlin, O. J. (1948), S. 4.

3 Ebenda, S. 5 f.

4 Heinz Timmermann: Das Kominform und seine Folgen in den sowjetischen Außenbeziehungen, in: Berichte des Bundesinstituts für ostwissenschaftliche und internationale Studien, Köln 1984, Heft 8, S. 15.

5 Vgl. Mario Keßler: Heroische Illusion und Stalin-Terror. Die Komintern in historischer Perspektive, in: UTOPIE kreativ, Nr. 76, Februar 1997, S. 39-57.

den Kampf um die Weltherrschaft und der Zerschlagung der demokratischen Bewegung erwiesen, wurde ein Feldzug gegen die Sowjetunion und die Länder der neuen Demokratie proklamiert, der noch durch Drohungen mit einem neuen Kriege von den eifrigsten imperialistischen Politikern in den USA und England verstärkt wurde. ... Der Kampf der beiden grundsätzlichen Lager ... vollzieht sich unter den Verhältnissen der weiteren Verschärfung der allgemeinen Krise des Kapitalismus, des Schwächerwerdens der Kräfte des Kapitalismus und der Festigung der Kräfte des Sozialismus und der Demokratie. Daher entwickeln das imperialistische Lager ... eine besondere Aggressivität.«<sup>3</sup>

Zweifelsohne ist die Kominformgründung auch eine spezifische sowjetische Antwort auf die Truman-Doktrin und den Marshallplan und somit auch ein Kind des Kalten Krieges gewesen. Wenn Heinz Timmermann meint, das verstärkte Engagement der USA seit 1947 in Westeuropa habe Stalin bewogen, »auf eine Defensivstrategie« umzuschalten, und er dem Kominform »defensiven Charakter« zuschreibt<sup>4</sup>, mag das in einer Hinsicht zutreffen: Stalin ging es zunächst tatsächlich darum, die im Ergebnis des Krieges erhaltene und in Jalta festgeschriebene Einflusssphäre der UdSSR, vornehmlich ihr strategisches osteuropäisches Vorfeld, zu sichern; ähnlich wie die USA ihr westeuropäisches Vorposten vor einem demokratischen oder sowjetischen Sozialismus bewahren wollten. – Offenbar sind Wille und Wunsch, hegemonialen Einfluß auf Osteuropa auszuüben, auch nach dem Systemwechsel 1989/90 noch immer Verhaltensmuster im Sicherheitsdenken sowohl der postkommunistischen Eliten der eurasischen Großmacht Rußland als auch des westlichen Blocks geblieben.

Doch mit dem Kominform war die noch weitreichendere imperialweltrevolutionäre Strategie Stalins verbunden, auf die er – trotz seiner scheinbaren äußeren Wende zum »Aufbau des Sozialismus in einem Land« – unbeirrt setzte. Ähnlich wie die Komintern zumindestens seit Ende der zwanziger Jahre und vor allem seit 1939<sup>5</sup> war auch das Kominform seit seiner Gründung ein Instrument in den Händen der sowjetischen Führung, um deren Außenpolitik sowie Vorstellungen vom Revolutionsprozeß durchzusetzen, an deren Endpunkt die osteuropäischen Gesellschaften nach dem sowjetischen Muster ausgeformt und fest im sowjetischen Imperium integriert sein sollten. Das Kominform war als eine Art Transmissionsriemen für die Sowjetisierung gedacht, um die natürliche gesellschaftliche Bewegung im Nachkriegseuropa, die die Chance einer eigenständigen sozialistischen Entwicklung in sich barg, durch äußere Einflußnahme Moskaus zu »entnationalisieren« und in das Prokrustesbett des sowjetischen Sozialismusmodells zu pressen. Erst mit der Sowjetisierung sah die Moskauer Führung ihr strategisches osteuropäisches Vorfeld und ihren Hegemonialanspruch in dieser Region gesichert. In diesem Sinne signalisierte die Existenz des Kominformbüros zumindestens bis Stalins Tod und Chruschtschows neuer außenpolitischer Strategie den expansiven und offensiven Charakter des Stalinismus. Seit Beginn der neunziger Jahre sind die bis dahin streng gehüteten geheimen Dokumente weitgehend für die Öffentlichkeit freigegeben worden. Sie lassen



Charakter und tatsächliche Funktion des über siebenjährigen Wirkens des Kominform besser als bisher erkennen; auch eine Reihe bisheriger Fehldeutungen werden nun korrigiert.<sup>6</sup>

Die Absichten Stalins waren auf der Gründungskonferenz des Kominform für die meisten Beteiligten nicht in ihrer Tragweite erkennbar. Noch 1946 hatte er in Gesprächen mit bulgarischen Führern Befürchtungen über ein Wiedergeburt der Komintern in welcher Form auch immer zu zerstreuen versucht:

»Wir werden die Internationale alten Typs nicht wiederherstellen. Sie wurde nach dem Beispiel von Marx geschaffen, der davon ausging, daß es in allen Ländern gleichzeitig zur Revolution kommt.. Aber das stimmt heute mit unserer Ideologie nicht überein.«<sup>7</sup> Demagogisch erklärte er, man habe die Komintern liquideren müssen, da sie mit ihren Direktiven die Hände der Kommunistischen Parteien gebunden habe. Stalin hatten ganz andere Gründe bewogen, diesen »alten Typ« der Internationale aufzulösen; er war sich auch bewußt, daß eine Komintern-Wiedergründung nicht möglich ist. Ähnlich äußerte sich Stalin gegenüber der jugoslawischen Delegation im Mai 1946. Wie aus einer Aufzeichnung Titos hervorgeht, war zwischen ihm und Stalin die Funktionen des künftigen Informationsbüros im Mai 1946 abgesprochen worden: Es sollte um Erfahrungsaustausch und Koordinierung der Tätigkeit der Parteien Osteuropas gehen. Ausdrücklich wurde laut Gesprächsniederschrift beteuert, daß das Informationsbüro nicht mit repressiven Mitteln gegen einzelne Parteien vorgehen dürfe und streng die nationalen Besonderheiten der einzelnen Länder beachtet werden sollten.<sup>8</sup> Auch Ungarns Parteichef M. Rákosi drängte damals auf eine regionale Koordinierung der osteuropäischen Parteien und bot Budapest als Tagungsort für September 1946 an. Doch Suslow und Shdanow lehnten diese Initiative als politisch unzweckmäßig ab. Erst im Sommer 1947 entschieden Stalin und Shdanow, eine regionale Konferenz kommunistischer Parteien einzuberufen. Sie beauftragten Gomulka, die Zusammenkunft in einem streng abgeschirmten polnischen Ort vorzubereiten. In den Einladungsschreiben vom Juli 1947 teilte Gomulka ausdrücklich mit, daß es um einen Informations- und Erfahrungsaustausch gehe und nicht die Absicht bestehe, ein Organ der internationalen Arbeiterbewegung zu gründen. Doch inzwischen war von Stalin und Shdanow ohne Kenntnis Gomulkas entschieden worden, ein von der KPdSU(B) gesteuertes Informationsbüro kommunistischer Parteien im September 1947 auf der geplanten Informationskonferenz ins Leben zu rufen.<sup>9</sup>

Die osteuropäischen Führer hatten kaum Bedenken gegen ein solche ständige Einrichtung. Angesichts der komplizierten Aufgaben beim Übergang zu einer neuen Gesellschaftsordnung im eigenen Land und der einsetzenden Ost-West-Konfrontation bestand bei den kommunistischen Parteiführer Osteuropas ein starkes Bedürfnis, Erfahrungen im Umgestaltungsprozeß auszutauschen und ihre Innen- und Außenpolitik abzustimmen. Es schien so, daß Shdanows grundlegende Forderung von den nationalen Delegationen der neun kommunistischen Parteien im September 1947 durchaus als Alternative zur Komintern vorerst akzeptiert werden konnte:

»In den vier Jahren, die seit der Auflösung der Komintern ver-

6 Vgl. The Cominform. Minutes of Three Conferences 1947/1948/1949: Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Anali. Anno Trentesimo, Milano 1994; Gibanskij, L. Ja.: Kak vznik Kominform. Po novym archivnym materialam. In: Novaja i novejsaja istorija, 1993, Nr.4; ders.: Kominform v dejstvii. 1947-1948 gg. Po archivnym dokumentam, in: ebenda 1996, Nr. 1-2; Adibekov, G. M.: Kominform i poslevoennaja Evropa. 1947-1956, Moskva 1994; ders.: Popytka kominternizacii Kominforma v 1950. Po novym archivnym materialam, in: Nova i novejsaja istorija Nr. 4-5. Sekret'naja sovet'sko-jugoslav'skaja perepiska 1948 goda, in: Voprosy istorii, Nr. 4-7 und 10.

7 Zitiert nach Poslednij vizit J. Broza Tito k I. V. Stalinu. Sovetskaja i jugoslav'skaja zapisi besedy 17-28 maja 1946, in: Istoriceskij archiv, Moskva 1993, Heft 2, S. 28 und S. 34 f, Anm. 46.

8 Ebenda, S. 28, vor allem aber L. Ja. Gibanskij: Kak vznik kominform..., S. 135 ff.

9 Vgl. Ebenda, S. 137 f.

flossen sind, vollzog sich eine bedeutende Festigung der kommunistischen Parteien, eine Festigung ihres Einflusses in fast allen Ländern Europas und Asiens. ...Die gegenwärtige Lage der kommunistischen Parteien hat aber auch ihre Mängel. Einige Genossen haben die Sache so aufgefaßt, als ob die Auflösung der Komintern die Beseitigung jeder Verbindung, jedes Kontakts zwischen den kommunistischen Bruderparteien bedeute. Dabei zeigt die Erfahrung, daß eine derartige Isoliertheit der kommunistischen Parteien unrichtig, schädlich und im Grunde genommen, unnatürlich ist. Die kommunistische Bewegung entwickelt sich im nationalen Rahmen, hat aber gleichzeitig für die Parteien verschiedener Länder gemeinsame Aufgaben und Interessen. Es entsteht ein recht sonderbares Bild: Die Sozialisten, die aus der Haut fahren, um zu beweisen, daß die Komintern angeblich die Richtlinien Moskaus für die Kommunisten aller Länder herausgibt, haben ihre Internationale wiederhergestellt, während wir Kommunisten aus Furcht vor der Verleumdung der Feinde bezüglich der ›Hand Moskaus‹ darauf verzichteten, zusammenzukommen und sogar darauf, sich über Fragen von gemeinsamen Interesse zu beraten. Die Kommunisten von Ländern, die sogar miteinander verbündet sind, dagegen genieren sich, freundschaftliche Beziehungen untereinander aufzunehmen. ...Dieses Bedürfnis nach Beratung und freiwilliger Koordinierung der Tätigkeit einzelner Parteien reift ganz besonders jetzt heran, da die andauernde Isolierung zu einer Abnahme des gegenseitigen Verständnisses und zuweilen zu ernstern Fehlern führen kann.«<sup>10</sup>

10 Für Frieden und Volkdemokratie..., S. 28 f.

#### *Die Gründungskonferenz des Kominformbüros – Tribunal gegen Kommunisten Frankreichs und Italiens*

Als erste begriffen die Vertreter der französischen und italienischen Kommunisten, daß die Kominformgründung 1947 keineswegs einen Neubeginn demokratischer Beziehungen in der kommunistischen Bewegung einleitete. Mit Hilfe seines damaligen jugoslawischen Juniorpartners inszenierte Moskau auf dieser Gründungskonferenz seine Anklagen gegen die französische und italienische KP. Diese erste Beratung im September 1947 hinterließ bei den französischen Vertretern – wie aus dem Protokoll der Politbürositzung des ZK der KPF von Oktober 1947 zu entnehmen ist<sup>11</sup> – nicht nur einen unangenehmen Eindruck; es muß ihnen wie ein Rückfall in die finstersten Zeiten der Komintern vorgekommen sein:

»Duclos erklärt, daß Fajon und er zu Beginn der eigentlichen Diskussion nicht wußten, welcher Art ihre tatsächliche Aufgabe ist. Die Diskussion wurde nach dem Willen der sowjetischen Delegierten geführt. Shdanow zeigte sich machthebterisch und diktatorisch. In politischer Hinsicht brachte er folgende Beschuldigung gegen die französische und italienische Partei vor. Er sagte, daß das Vorhandensein von Kommunisten in der Regierung oder in der Opposition ein uninteressantes Problem sei, mit dem sich diese Parteien zu intensiv beschäftigten. Das einzige Ziel sei die Zerstörung der kapitalistischen Wirtschaftsform und die systematische Bündelung aller gesunden nationalen Kräfte. ... Dem Kreml würde es in Zukunft gleichgültig sein, ob Kommunisten in der Regierung sind oder nicht, aber die Parteien müssen den Kampf gegen die

11 Das Ergebnisprotokoll, das im sowjetischen Archiv entdeckt wurde, gelangte über jugoslawische Kommunisten (in serbischer Sprache) Anfang 1948 an Stalin. Vgl. dazu Galina P. Muraschko, Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolkitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der »nationalen Wege zum Sozialismus«, in: Jahrbuch für Kommunismusforschung, Berlin 1993, S. 9ff.

Hilfe der USA (gemeint ist die Annahme des Marshalplanes, d. Verf.) führen, welcher immer möglich ist. ... Er bestand auf der Notwendigkeit, jegliche Stabilisierung der Regierung zu verhindern. Bei der Auswahl der Mittel, die im nationalen Rahmen anzuwenden sind, ließ er uns freie Hand. ... Schdanow verwies darauf, daß zu Vermeidung von Fehlern der Vergangenheit in Belgrad ein Informationsbüro eingerichtet wird. ... Paris und Rom können ihre Vorschläge einbringen, müssen aber den »Beschlüssen«, die im Belgrader Büro gefaßt werden, Folge leisten. Duclos hebt die Bedeutung dieser Frage hervor, weil Moskau die Aktivität der französischen KP vollständig kontrollieren wird. ... Duclos und Fajon verbargen ihre Verbitterung nicht. Im Verlaufe der Diskussion fügten sie hinzu, daß jedesmal, wenn sie irgendwelche Veränderungen für die Konferenz vorschlugen, sie sich in der Minderheit befanden, so daß sie den Eindruck gewannen, sie würden vor irgendeinem Gericht stehen. Duclos sagte, daß er die Alternative hatte, sich zu unterwerfen oder sich loszusagen. Er sagte, daß die letztere Art der Lösung des Problems offenbar nicht möglich war. ...«<sup>12</sup>

*Worin lagen die tieferen Gründe und Absichten Stalins für das in Szklarska Poreba veranstaltete Tribunal gegen die FKP?*

Wie neuere Archivalien belegen, war Stalins Politik vorrangig geopolitisch bestimmt: Im künftigen Nachkriegseuropa sollten Frankreich und Italien entscheidende Gegengewichte zu den USA und Großbritannien werden; die Letzteren waren für ihn der Kern des »Kriegslagers«. Gerade deshalb sah er im politischen Einfluß der französischen und italienischen Kommunisten einen wichtigen Faktor in der europäischen Kräftebalance. Um so beunruhigender war es für die sowjetische Führung, als beide kommunistische Parteien im Mai 1947 aus der Regierung ausschieden. Bereits am 2. Juni 1947 forderte Shdanow von Parteichef M. Thorez Rechenschaft über den nicht mit Moskau abgestimmten Schritt<sup>13</sup>; der Inhalt dieses Schreibens wurde gewissermaßen als Warnung auch den osteuropäischen Parteiführern (außer Gomulka und Hodscha) zugeleitet<sup>14</sup>. Aus Bukarest und Budapest kamen zumindestens die Beteuerungen, daß bei ihnen so etwas wie in Paris nicht geschehen könne.<sup>15</sup> Der sowjetische Beauftragte für Prag hingegen gewann den Eindruck, daß die KPC-Führung unter K. Gottwald »ihre Haupttätigkeit auf die Erringung der parlamentarischen Mehrheit konzentriert, wobei sie keine entschlossenen Schritte unternimmt, um die wichtigsten Positionen der Reaktion im Staatsapparat, in der Armee, auf dem Lande, in den Mittelschichten usw. zu zerschlagen.«<sup>16</sup> Offensichtlich haben die Ereignisse in Paris und Rom und »vor allem die Wahrnehmung der Gefahren, daß es in einigen Ländern Osteuropas zu einer Art Kettenreaktion kommen könnte, Moskau veranlaßt, sich vor allem auf die Analyse der »Fehler« der kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zu konzentrieren.«<sup>17</sup> M. M. Narinskij sieht in der nicht mit Moskau abgestimmten Aktion der FKP einen der Gründe für die Bildung des Kominform.<sup>18</sup> Auf der Gründungskonferenz des Kominform gerieten daher die französischen Vertreter wegen ihrer Eigenmächtigkeit gegenüber dem Kreml in die Kritik aller anwesenden Parteiführer. Die

12 Zitiert nach: ebenda, S. 20-21.

13 Vgl. dazu M. M. Narinskij: I. V. Stalin i M. Torez. 1944-1947. Noveje materialy. In: Novaja i novejesjaja istorija, 1996, Nr.1, S. 18 ff. Zum Wortlaut des Briefes Shdanows an Thorez: ebenda, S. 25.

14 Vgl. Galina P. Muraschko/Albina F. Noskowa, Tatjana W. Wolokitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP(B) und das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus. In: Jahrbuch für Historische Kommunismusforschung, Berlin 1996, S. 11ff.

15 Vgl. ebenda, S.13f.

16 Ebenda, S. 15.

17 Ebenda, S. 20.

18 Vgl. M. M. Narinskij, I. V. Stalin i..., S. 25

19 Vgl. Dazu ausführlicher L. Ja. Gibianskij: Kominform v dejstvii 1947-1948 gg. Po archivnym dokumentam, in: Novaja i novejsaja istorija 1/1996, S. 148f.

20 Zu dieser Beurteilung kommt Hans Lemberg bei der Charakterisierung der Sowjetisierung als einer von außen kommenden Einwirkung: »In Jugoslawien hingegen ist dieser Vorgang von innen gekommen, man kann hier höchstens von einer ›selbstgewollten Sowjetisierung‹, eher von einer sozialen Revolution der Bauernschaft sprechen, die aus dem Partisanenkrieg resultierte.« H. Lemberg: Sowjetisches Modell und nationale Prägung: Resümee einer Diskussion. In: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7, a. O., S. 358.

21 G. Robel: Die Entscheidung von Schreiberhau/ Szklarska Poreba, in: Historische und landeskundliche Ostmitteleuropa-Studien, Bd. 7: Sowjetisches Modell und nationale Prägungen. Kontinuität und Wandel in Ostmitteleuropa nach dem Zweiten Weltkrieg, Marburg/Lahn 1991, S. 303; vgl. dazu auch W. Loth: Frankreichs Kommunisten und der Beginn des Kalten Krieges. In: Vierteljahresshefte für Zeitgeschichte 26 (1978), S. 9ff.

22 Zitiert nach M.M. Narinskij, I. V. Stalin i..., S. 28.

bisherige Version, Gomulka und Slansky hätten sich an dieser Attacke nicht beteiligt, wird durch neue Archivfunde widerlegt.

Erst im Zusammenhang mit der Kritik an den Franzosen und Italienern ließ die sowjetische Delegation die Katze aus dem Sack: Um solche gravierenden »Fehler« zu vermeiden sei eben notwendig, ein ständiges Organ, das den den regelmäßigen Erfahrungsaustausch gewährleistet und die praktische Politik der Parteien abstimmt, zu schaffen. Offensichtlich geriet der polnische Gastgeber dadurch in Schwierigkeiten. Denn in den Einladungen Gomulkas war nur die Rede von einer Informationskonferenz. Es ist anzunehmen, daß Gomulka darin einen Rückfall zu Kominternmethoden sah. Unter dem Druck der anderen polnischen Parteiführer stimmte er aber letztlich der Gründung der Kominform am 27. September 1947 zu. Stalin, der über alle Ereignisse der Beratung von Malenkov und Shdanow informiert wurde, erkor Belgrad und nicht Warschau zum Sitz des Kominformbüros.<sup>19</sup>

Die radikal-revolutionäre Haltung der jugoslawischen Delegation, von Shdanow und Malenkov genutzt und inszeniert, entsprang den großen Erfolgen der KP Jugoslawiens bei der Machteroberung und der selbstgewollten Sowjetisierung.<sup>20</sup> Milovan Djilas und Edward Kardelj gehörten zu rabiatesten Anklägern im »Strafgericht« gegen Jaques Duclos und Luigo Longo. Als sowjetische Juniorpartner und getreue Schüler Stalins, in deren Land das Kominform künftig seinen Sitz haben sollte, wußten die jugoslawische Führung damals freilich kaum etwas von ihres Meisters geopolitischem Kalkül; sie trugen die Kritik aus dem Selbstbewußtsein ihrer – wie sie meinten – am weitesten vorangeschrittenen volksdemokratischen Revolution vor, von deren siegreichen Gang alle anderen nur lernen konnten. Das sollte ihnen bald bei dem Ränkeschmied Stalin zum Verhängnis werden.

Nach dieser ersten Kominformkonferenz im September 1947 führten Stalin und Thorez am 18. November 1947 einen ausführlichen Gedankenaustausch. Thorez anerkannte auch die Kritik der Kominformkonferenz, die schon auf der Politbürositzung des ZK der KPF vom 30. Oktober 1947 zur grundlegenden Kurswende geführt hatte. Die Folgen des von außen aufgenötigten Offensivprogramms waren die »Klassenkämpfe«, die Frankreich im November und Dezember 1947 erschütterten. Sie führten zwar zur »neuerlichen Identifikation der radikalen Arbeiterschaft mit der kommunistischen Partei, aber auch zur parlamentarischen Isolierung der Kommunisten.«<sup>21</sup>

Während der Beratung im Kreml lehnte aber Thorez zugleich die jugoslawische Kritik ab, die KPF habe die Chance der Machtergreifung 1945 vertan. Stalin erklärte, daß die Fortschritte in Jugoslawien auch mit der Befreiung durch die Sowjetunion zu erklären seien. Hätte Churchill die zweite Front um ein Jahr verschoben, dann wäre die Rote Armee nach Frankreich gekommen, »zumal es bei uns die Idee gab, nach Paris zu gelangen.«<sup>22</sup> An keiner Stelle des Gesprächs ließ Stalin durchblicken, daß die KPF die Chance der Machtergreifung bisher gehabt habe. Er demonstrierte Wohlverhalten gegenüber dem französischen Parteiführer.

*Stalins neuer Trotzki-Komplex 1948: Josip Broz Tito*

Zwei Beschlüsse des Politbüros des ZK der KPdSU sicherten, daß eine sowjetisch dominierte Redaktion für das Presseorgan »Für dauerhaften Frieden und Volksdemokratie« in Belgrad Ende Oktober 1947 ihre Arbeit aufnahm. Mehr war bis Anfang 1948 nicht vom Kominform zu spüren.<sup>23</sup> Das war wahrscheinlich der Grund, weshalb sich Ungarns Parteichef M. Rakosi während seines Moskaubesuches am 19. Februar 1948 an Suslow wandte, ob es nicht an der Zeit wäre die nächste ordentliche Beratung der neun kommunistischen Parteien einzuberufen; auch J. Tito und V. Siroky (KPC) hätten diesen Wunsch geäußert, aber keiner wolle die Initiative ergreifen. Rakosi verwies auf drei herangereifte Probleme, die auf der Tagesordnung stehen könnten<sup>24</sup>:

*Erstens* gehe es um die Anerkennung und Unterstützung der »neuen Volksdemokratie« im Norden Griechenlands mit dem Zentrum Saloniki, die das Politbüromitglied der griechischen KP, General Markos (Vafidiadis) als »Freie Demokratische Provisorische Regierung« im Dezember 1947 proklamiert hatte.<sup>25</sup>

*Zweitens* sei im Januar 1948 Dimitroffs Plan einer föderativen Vereinigung der Volksdemokratien nicht nur auf dem Balkan, sondern in ganz Osteuropa, publik geworden. Obwohl die ungarischen Kommunisten in dieser Frage noch zurückhaltend reagiert hätten, sollte die nächste Kominformberatung zu diesem Problem Klarheit schaffen.

*Drittens* sei aus Budapester Sicht dringlich, die Frage der ungarischen Minderheit in der Slowakei zu erörtern, auf die der Vertreter der KP Ungarns schon auf der Gründungskonferenz 1947 hingewiesen habe. Suslow gab zu verstehen, daß die Einberufung der nächsten Konferenz des Kominform durch den Meinungs austausch zwischen allen neun Parteien entschieden werden müsse. Er fand keines der Themen Rakosis diskussionswürdig.

Rakosi konnte nicht ahnen, das schon am 10. Februar 1948 hochrangige Parteidelegationen aus Bulgarien und Jugoslawien in den Kreml zitiert worden waren und – in noch schärferer Form als die beiden westeuropäischen Parteien im Herbst 1947 – von Stalin höchstpersönlich des gleichen Delikts beschuldigt worden waren<sup>26</sup>: Tito und Dimitroff hätten, ohne Moskau zu konsultieren, eine Reihe eigenmächtiger Aktionen innerhalb des sowjetischen Machtbereichs unternommen (Vorbereitung einer Föderation der volksdemokratischen Balkan- und Donauländer, Bündnisvertrag Jugoslawien – Bulgarien, Einmarsch jugoslawischer Truppen in Albanien, Unterstützung der griechischen Partisanen und der Markos-Regierung usw.). Nach den Erinnerungen von M. Djilas reagierte Stalin auf Dimitroffs Eingeständnis, fehlerhaft gehandelt zu haben, ungewöhnlich aggressiv:

»Es geht bei Ihnen nicht um Fehler, sondern um eine Haltung, die anders ist als die unsere. (Hervorhebung, d. Verf.), ... Sie haben sich vergaloppiert wie ein Komsomolze. Sie wollten die Welt in Staunen versetzen, als wären Sie noch immer Sekretär der Komintern. Ihr meldet uns, ebenso wie die Jugoslawen, nichts von dem, was ihr tut. Wir erfahren alles auf der Straße. Ihr stellt uns vor vollendete Tatsachen.«<sup>27</sup>

Die nun bald folgende Wendung in den sowjetisch-jugoslawischen Beziehungen sind umfassend dokumentiert und beschrieben worden. Nach der jugoslawischen Version, die bis Ende der achtzi-

23 Vgl. dazu L. Ja. Gibanskij: Kominform v dejstvii 1947-1948 gg. , ..., S. 149ff.

24 Vgl. ebenda, S. 159f.

25 Der prosovetische griechische Generalsekretär Zacharidis hatte schon dafür gesorgt, daß der legendäre General Markos auf einem ZK-Plenum im Januar 1948 aus der Parteiführung ausgeschlossen wurde. Vgl. dazu Ulunjan, Ar. A. : Kommunisticeskaja Partija Grecii: Aktualninye voprosi ideologii, politiki i vnutrennej istorii. KPG v nacionalinom Soprotivlenii, Grazdanskoi i »chodnoj« vojnach 1941-1956, Moskva 1994, besonders S. 189-205.

26 Vgl. L. Ja. Gibanskij: K istorii sovetko-jugoslavskogo konflikta. Sekretijnaja sovetko-jugoslavo-bolgarskaja vstreca v Moskve 10 fevralja 1948 goda, in: Sovetskoje slavjanovedenie, 1991, Nr. 3, S. 14f.

27 Milovan Djilas: Jahre der Macht. Im jugoslawischen Kräftespiel. Memoiren 1945-1966, S. 187



28 Vgl. V. Dedijer: Josip Broz Tito. Prilozi za biografiju, Beograd 1953; D. Markovic/ S. Krzavac: Zavera Informbüro, Beograd 1987.

29 Vgl. L. Ja Gibanskij: Kominform v dejstvii..., S. 162ff; vgl. auch ders.: The 1948 Soviet-Yugoslav Conflict and the Formation of the Socialist Camp Model, in: The Soviet Union in Eastern Europe 1945-1989. Ed. By O. A. Westad, S. Holtmark, I. Neumann. London - New York 1994, S. 26ff.

30 L. Ja. Gibanskij: Kominform v dejstvii. 1947-1948 gg. Po arhivnym dokumentam, in Novaja i novejsaja istorija, 1996, Nr. 2, S. 165f.

31 Vgl. Galina P. Muraschko, Albina F. Noskova, Tatjana W. Wolokitina (Moskau): Das Zentralkomitee der WKP (B)..., S. 22ff.

ger Jahre weite Verbreitung in den meisten Publikationen auch außerhalb Jugoslawiens fand, wird der Bruch zwischen Moskau und Belgrad als ein ständiger und langandauernder Konflikt bis in die Zeit des Zweiten Weltkrieges zurückdatiert; er sei erst 1948 offen ausgebrochen und öffentlich geworden.<sup>28</sup> Neuere Publikationen auf einer breiteren Quellengrundlage bestätigen das nicht. Ungeachtet einer Reihe tatsächlicher unterschiedlicher Positionen, die hier nicht näher erörtert werden können, gab es bis Anfang 1948 eine sehr enge Zusammenarbeit Moskaus mit seinem Belgrader Juniorpartner. L. J. Gibanskij belegt an zahlreichen sowjetischen Aufzeichnungen aus dem Jahre 1947, daß die Rolle der jugoslawischen Partei im Partisanenkampf, bei der Errichtung der Volksmacht und den sozialökonomischen Umgestaltungen von Stalin sehr hoch eingeschätzt wurden.<sup>29</sup> Nicht zuletzt deshalb wurde auch Belgrad (nicht etwa Warschau oder Prag, die auch zur Debatte standen) Sitz des von Moskau gelenkten Kominformbüros. Stalin hielt erst Anfang 1948 die Zeit für gekommen, mit den bisherigen nationalen Sozialismusmodellen und außenpolitischen Sonderwegen in seinem osteuropäischen Einflußgebiet Schluß zu machen. Offenbar signalisierten die jugoslawischen und bulgarischen Initiativen, die in den harten Auseinandersetzungen am 10. Februar 1948 zur Sprache kamen, daß vor allem von Tito und seiner Partei die größten Gefahren für kardinale Abweichungen ausgingen.

Stalin erfuhr durch einen seiner Zuträger in der jugoslawischen Führung (Sreten Zujovic), daß Titos Politbüro bereits am 1. März 1948 auf geschlossenen Widerstand gegen die sowjetischen Erpressungen eingeschworen wurde. Zudem trafen im Kreml neue besorgniserregende Informationen über eigenmächtige Aktionen ein, an denen Tito beteiligt war: Der österreichischen KP war von Kardelj und Djilas empfohlen worden, in der sowjetisch besetzten Zone Österreichs einen Separatstaat zu errichten; auch den Führern der IKP wurde Unterstützung im Falle einer Machtergreifung in Norditalien zugesichert<sup>30</sup>. Nun holte Stalin zum entscheidenden Schlag aus: Bereits am 18. März 1948 wurden die aus sowjetischer Sicht »fehlerhaften« Positionen Jugoslawiens in einem Bericht von der ZK-Abteilung Außenpolitik (»Über antimarxistische Ziele der Führer der KP Jugoslawiens in Fragen der Innen- und Außenpolitik«) für Suslow detailliert aufgelistet.<sup>31</sup> Dieses Dokument war eine Art Sündenregister und wurde die Grundlage für jenen späteren Bannfluch, den dann die 2. Konferenz des Kominform in Bukarest im Juni 1948 in Form einer kollektiven Resolution über die KP Jugoslawiens verhängte. Noch aber nahm Stalin offenbar an, daß die Titoführung nachgeben werde. Es folgte Repression auf Repression: Moskau zog die militärischen und zivilen Fachexperten am 18. und 19. März 1948 zurück. In einem Schreiben vom 27. März 1948 verunglimpften Molotow und Stalin enge Mitarbeiter Titos (Rankovic, Vukmanovic, Djilas und Kidric) als »zweifelhaftes Marxisten« und den stellvertretenden Außenminister (Velebit) sogar als britischen Spion. Schließlich wurde Tito empfohlen: »Man wird gut daran tun, sich zu erinnern, daß, als Trotzki den Plan faßte, der KPdSU den Krieg zu erklären, er damit begann, sie der Entartung und des Chauvinismus zu beschuldigen. ...Aber wer



entartete, das war Trotzki selber; und bekanntlich ging er nach seiner Entlarvung sogleich in das Lager der erklärten Feinde der KPdSU und der Sowjetunion über. Seine politische Laufbahn kann, so glauben wir, als Lehre dienen.«<sup>32</sup> Als Tito einlenkte und um bilaterale Klärung des Konflikts bat, teilte ihm Stalin u. a. mit:

»Die Angelegenheit der sowjetisch-jugoslawischen Differenzen gehört bekanntlich in die Kompetenz der Zentralkomitees der Neun kommunistischen Parteien, die ihr Informationsbüro besitzen. Es wäre unkorrekt, die anderen kommunistischen Parteien von dieser Untersuchung auszuschließen. Aus diesem Grunde schlagen wir vor, die Frage sollte auf der nächsten Sitzung des Informationsbüros untersucht werden.«<sup>33</sup>

Das hatten Stalin und Shdanow bereits eingeleitet: Der Brief an Tito vom 27. März 1948 war kurz darauf der ungarischen Führung übermittelt worden. Rakosi solidarisierte sich umgehend – wie auch bald darauf Gottwald, Dimitroff, Gomulka und Georghiu-Dej – mit der KPdSU. Tito weigerte sich an der inzwischen einberufenen zweiten Konferenz des Kominformbüros teilzunehmen und bestand darauf, den Konflikt bilateral zu klären. Die am 19. Juni 1948 beginnende 2. Konferenz des Kominformbüros in Bukarest befaßte sich vorrangig mit der jugoslawischen Frage, verdamnte in der berüchtigten Resolution »Über die Lage in der KP Jugoslawien« die Titoführung und forderte die »gesunden, dem Marxismus-Leninismus treuen Kräfte« auf, in ihrem Land eine »neue, internationalistische Führung« einzusetzen<sup>34</sup>. Doch das geschah nicht. Die KP Jugoslawiens ging auf ihrem V. Parteitag im Juli 1948 in die Offensive und wies die Beschuldigungen der Kominformparteien entschieden zurück. Tito teilte nicht Trotzki's Schicksal – er wurde weder entmachtet, noch mußte er emigrieren. Seinen Gegenspieler Stalin überlebte er um 27 Jahre.

In der jugoslawischen Haltung sah Stalin nicht nur eine Neuaufgabe des trotzkistischen Ketzertums, das auf ihn zudem noch bedrohlicher als das »Original« wirkte, konnte sich doch Tito auf einen unabhängigen Vielvölkerstaat mit wachsender internationaler Autorität stützen. Nicht zuletzt deshalb konzentrierte sich Stalin darauf, ein Ausbreiten der »titoistisch-trotzkistischen« Häretiker im noch verbleibenden osteuropäischen Herrschaftsbereich zu verhindern und potentielle Anhänger Titos präventiv zu liquidieren. Stalin konnte dabei auf seinen im Umgang mit Trotzki, Kamenew, Sinowjew oder Bucharin u.a. gewonnenen »Erfahrungsschatz« zurückgreifen. Es lag in der Logik des stalinistischen Systems, daß NKWD-Chef Berija schon im Mai 1948 beauftragt wurde, allerorts »Titoisten« ausfindig zu machen, sie in großangelegten Schauprozessen als Verschwörer zu entlarven und zu vernichten. Die vom »Großen Terror« geprägten Verhaltensmuster wirkten bei den Parteiführern, die das überlebt hatten, noch immer. So war voraus-eilender Gehorsam auch jetzt sicher. Der inzwischen zu Stalins neuem Günstling aufgestiegene ungarische Parteichef Rakosi inszenierte gemeinsam mit Berijas Schergen den ersten großen Schauprozess und präsentierte einen seiner treuesten Mitstreiter, den Innenminister Laszlo Rajk, als Opferlamm. Die Anklageschrift gegen Rajk und Genossen kennzeichnet die Kontinuität der blutigen

32 Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ vom 27. März 1948, in: J. W. Stalin, Werke, Dortmund, Bd. 15, S. 401.

33 Ebenda, Schreiben des ZK der KPdSU an das ZK der KPJ vom 4. Mai 1948, in: Ebenda, S. 420.

34 Vgl. Pravda vom 29. Juni 1948. Zum Protokoll der Bukarester Konferenz des Kominformbüros vgl. vor allem The Cominform. Minutes of Three Conferences 1947/1948/1949: Fondazione Giangiacomo Feltrinelli. Anali. Anno Trentesimo, Milano 1994, S. 506ff.

historischen Linie der Stalinschen Schauprozesse in den dreißiger und vierziger Jahren:

»Die Bedeutung dieses Prozesses ist international. ... Muß ja doch nicht allein über Angeklagte ein Urteil gefällt werden, die ihre Hand gegen die staatliche Ordnung unserer Volksrepublik, gegen die großen Errungenschaften unserer Demokratie erhoben haben, sondern gleichzeitig auch über solche, die in ihrer verschwörerischen Tätigkeit Mittel, an Drähten gezogene Marionetten der ausländischen imperialistischen Feinde des ungarischen werktätigen Volkes waren. Es sind nicht allein Rajk und Konsorten, die hier auf der Anklagebank sitzen, sondern auch ihre ausländischen Herren, ihre imperialistischen Anstifter in Belgrad und Washington. ... Es ist die reine Wahrheit, daß, indem der ungarische Volksgerichtshof über Laszlo Rajk und seine Verschwörerbande urteilt, er im politischen und moralischen Sinne auch über die Verräter Jugoslawiens, über die Verbrecherbande von Tito, Rankovic, Kar-delj, Djilas urteilt...«<sup>35</sup>

35 Laszlo Rajk und Komplizen vor dem Volksgericht (mit einem Vorwort von Kurt Hager), Berlin 1949, S. 313 und S. 327.

Die geheimen Analysen, die Stalin über seine »Bruderparteien« 1947/48 erhalten hatte, gab ausreichende Hinweise über Abweichungen und Abweichler. Und es wurden bald allorts in Osteuropa Titoisten in nationalen Gewändern ausfindig gemacht, entlarvt, entmachtet, eingekerkert oder zum Tode verurteilt: der Albaner Koci Xoxe, der Tscheche Rudolf Slansky, der Slowake Gustav Husak, der Pole Wladislaw Gomulka, der Bulgare Traitscho Kostov, der Rumäne Lucretiu Patrascanu, der Deutsche Paul Merker...<sup>36</sup>

36 Vgl. u. a. W. Maderthanner, Hans Schafranek, Berthold Unfried (Hrg.): »Ich habe den Tod verdient.« Schauprozesse und politische Verfolgung in Mittel- und Osteuropa 1945-1956, Wien 1991.

Obwohl die SED nicht dem Kominform angehörte, zog Walter Ulbricht auf der 13. Tagung des Parteivorstandes im September 1948 aus dem Verdammungsurteil gegen die jugoslawische Partei und Staatsführung grundsätzliche Schlußfolgerungen für die weitere Strategie seiner Partei. Nachdem er über das gesamte Sündenregister der »entarteten Gruppe Tito« informierte hatte, schulmeisterete er über die polnische Arbeiterpartei, der es gelungen sei, »die rechtsopportunistische Gruppe zu isolieren und die Genossen zu überzeugen, daß ihr Standpunkt falsch ist.« Ulbrichts wichtigste Schlußfolgerung aus dem Kominformbeschuß vom 28. Juni 1948 war, nunmehr »einen entschiedenen Kampf gegen die nationalistischen Abweichungen« zu führen, größere Wachsamkeit im verschärften Klassenkampf zu üben und die Bolschewisierung der eigenen Partei entschiedener voranzutreiben.<sup>37</sup>

37 Walter Ulbricht: Die Bedeutung der Entschließung des Informationsbüros über die Lage in der KP Jugoslawiens und die Lehren für die SED, Berlin 1948. Referat auf der 13. Tagung des Parteivorstandes der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands am 15. September 1948, Berlin 1948.

Die »Kominternisierung« war mit der 2. Kominform-Konferenz 1948 erreicht worden: Das Kominformbüro erhielt ein Statut und ein Sekretariat, das die laufende Tätigkeit der kommunistischen Parteien vor allem Osteuropas von Moskau aus straff führen und kontrollieren konnte. So wurden solche, den Realsozialismus prägenden Ereignisse wie der sowjetisch-jugoslawische Konflikt, das Ende der nationalen Wege zum Sozialismus oder die terroristischen Schauprozesse seit 1948 zu einem untrennbaren Bestandteil der Geschichte des Kominformbüros (1947-1956). Es war folgerichtig, daß Tito schließlich die Auflösung dieser versuchten »Mini-Komintern« zu einer Voraussetzung für die Normalisierung der Beziehungen mit Moskau machte. Chruschtschow kam dieser Forderung nach dem XX. Parteitag am 17. April 1956 nach.

GERD KAISER

## Kurzen Prozeß machen! Hermann Field in den Fängen der polnischen Geheimpolizei

Zahlreiche politische Terror- und Gesinnungsprozesse fanden öffentlich und noch mehr insgeheim in den Geburtsjahren der volksdemokratischen Staaten statt. Besondere Publizität erhielten die Prozesse 1949 in Bulgarien gegen Traitsche Kostow und Genossen und in Ungarn gegen Laszlo Rajk und Genossen sowie 1951 gegen Gustav Husak und Genossen in der CSR; 1952 im gleichen Land gegen Rudolf Slansky und Genossen sowie Anna Pauker in Rumänien, die im Mai aus dem Politbüro ausgestoßen und kurz danach als Außenministerin abgelöst und weiteren Pressionen ausgesetzt wurde. Im Hintergrund zogen ebenso wie bei den z.T. jahrelang vorausgehenden Isolationshaftzeiten, namentlich und mit Dienstgrad bekannte »Berater« des MGB (Ministerium für Staatssicherheit) der UdSSR, die Fäden, die Aufträge »von ganz großen Leuten in Moskau« ausführten, wie einer dieser Offiziere 1951 erklärte. Die Prozesse dienten der Disziplinierung im Interesse der sowjetischen Führungsmacht, sie waren zugleich ein Stück Selbstvernichtung der sozialistischen Idee und ihrer Träger. Antikommunismus und Antisemitismus prägten ihre Stoßrichtung, Pauker z.B. wurde als »Agentin des internationalen jüdischen Kapitals« verleumdet, Slansky als »kosmopolitischer Jude ... ohne Ehre, ohne Charakter, ohne Vaterland...«. Von jedem dieser Prozesse gingen Signale für Verhaltensweisen politischer Führungsschichten aus, in ihnen wurden auch immer neue Funktionäre denunziert, allein im Zusammenhang mit dem Rajk-Prozeß 526 ausländische Kommunisten, darunter 40 deutsche, zahlreiche polnische und tschechische Parteimitglieder. Auf der Grundlage der von Kostow erpreßten Geständnisse übersandte Berija an Bierut provokatorisches Material mit Spionage- und Verratsvorwürfen, u.a. gegen den polnischen Wissenschaftler Tadeusz Daniszewski. In der DDR wurden »wegen Verbindung mit dem Agenten der amerikanischen Spionage Noel H. Field« ab 1949 antifaschistische Widerstandskämpfer wie Leo Bauer, Franz Dahlem, Lex Ende, Bruno Goldhammer, Willy Kreikemeyer, Paul Merker und Maria Weiterer, sowie Walter Belling, Bruno Fuhrmann und Hans Teubner verfolgt, die VVN Anfang 1953 aufgelöst.

In all diesen Prozessen figurierten, ohne je selbst aufzutreten, sowohl in den Anklagen als auch oftmals in erpreßten monströsen Selbstbezeichnungen neben dem 1940 in Mexiko ermordeten Leo Trotzki und der »Tito-Clique, einer Bande von Spionen und Mördern«, die Namen der Brüder Noel und Hermann Field. Die beiden

Gerd Kaiser – Jg. 1933, promovierter Historiker, Berlin. Veröffentlichungen u.a.: »Sperrgebiet. Die geheimen Kommandozentralen in Wünsdorf seit 1871« und »Raketenspuren« (beide 1997 in 3. Auflage im Ch. Links Verlag Berlin).

Da Wolfgang Kießling u.a. in »Partner im Narrenparadies«. Der Freundeskreis um Noel Field und Paul Merker« Berlin. 1994, umfassend und genau recherchiert die »deutsche Spur« der Provokation darstellt, konzentriert sich dieser Aufsatz vor allem auf die »polnische Spur«.

Tadeusz Daniszewski (1904-1969) organisierte ab 1918 erste kommunistische Jugendgruppen in Polen; 1921 Mitglied der KP der Republik Polen; 1922/23 aus politischen Gründen inhaftiert; begründete 1923 in der Illegalität das Archiv

der kommunistischen Arbeiterbewegung; Parteifunktionen in Warschau und Krakau; erneute Haft; 1929 Emigration in die UdSSR, Beginn der Lehrtätigkeit; nach der Rückkehr nach Polen dritte Haft, u.a. Arbeit in der Kommunistischen Internationale nach erneuter Emigration; Rückkehr nach Polen und dort u.a. im berüchtigten Isolationslager Bereza Kartuska; ab Herbst 1939 erneut in der UdSSR, Arbeit als Wissenschaftler und Verleger; aktiv im antifaschistischen Widerstandskampf während der Kriegsjahre; 1944 Rückkehr nach Polen, Aufbau und Leitung der Parteischule der Polnischen Arbeiterpartei (PPR) bzw. der PVAP, seit 1948 Leiter der Abt. Parteigeschichte im ZK der PVAP sowie 1950-68 Direktor des Instituts für Parteigeschichte der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei. Zahlreiche Veröffentlichungen: u.a. 1930-36 in poln., russ., dt. über 70 Beiträge, nach 1945 u.a. 15 Monographien, Biographien und Quelleneditionen.

Das X. Departement entstand am 30. November 1951. Aus der am 15. Oktober 1949 gebildeten Sondergruppe des Ministeriums für Öffentliche Sicherheit (MBP) wurden am 2. März 1950 die Sonderbüros »Nr. 1« und »Nr. 2« formiert, die sich mit den kommunistischen (Nr. 1) bzw. sozialistischen (Nr. 2) Bewegungen befaßten. Zusammengefaßt bildeten sie den Stamm des X. Departements, das am 9. Juni 1954 im direkten Zusammenhang mit den Ereignissen um Hermann Field und Jozef Swiatlo in eine Selbständige Operative Gruppe beim MBP umgebildet und am 7. Dezember 1954 aufgelöst wurde.

amerikanischen Staatsbürger befanden sich zwischen 1949 und 1954 in totaler Isolationshaft, Hermann bei Warschau, Noel in Budapest, ohne daß ihnen auch das kleinste Vergehen nachgewiesen werden konnte. Sie hatten als Mitglieder der Unitarian Church (einer im 16. Jahrhundert entstandenen protestantischen Vereinigung, die ab 1930 als International Association for Liberal Christianity and Religious Freedom organisiert war) vor und während des Zweiten Weltkriegs politisch und rassisch Verfolgte des deutschen Faschismus und Widerstandskämpfer aus zahlreichen europäischen Ländern sozial unterstützt, Fluchtwege vor faschistischer Verfolgung geöffnet, medizinische Hilfe geleistet. Verbindungen zu Noel und Hermann Field dienten Ende der vierziger und Anfang der fünfziger Jahre in zahlreichen Fällen als Begründung für Todesstrafen vom Generalsekretär bis zur Sekretärin.

In Warschau befinden sich im Archiwum Akt Nowych (AAN, Archiv für Akten der Neuzeit) sowie im Archiwum MSZ (AMSZ, Archiv des Außenministeriums) Aussagen (Noel) und zusammenfassende Verhörprotokolle (Hermann) der Brüder Field. Offiziere des X. Departements im Ministerium für Öffentliche Sicherheit (MBP) veranlaßten bzw. verfaßten sie. Das X. Departement war vor allem zum Zwecke der Verfolgung von Mitgliedern der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) und ihrer kommunistischen (KPP und PPR) bzw. sozialistischen (PPS) Vorgängerparteien sowie deren führender Partei- und Staatsfunktionäre gebildet worden. Es verfügte, geleitet von Oberst Anatol Fejgin, in Miedzyszyn bei Warschau über eine eigene und geheime Haftanstalt, in der u.a. Wladyslaw Gomułka festgehalten wurde. Hier befand sich 1949-1954 auch Hermann Field. Der Hauptbestand an Akten wurde 1954 verbrannt, nach Auflösung des X. Departements wurden einige seiner Offiziere in den Folgejahren wegen ungesetzlicher Vorgehensweisen zu Freiheitsstrafen verurteilt.

Für diesen dokumentarischen Bericht wurden Tonbandaufzeichnungen des stellvertretenden Departementschefs Jozef Swiatlo, der diplomatische Notenwechsel und Aktennotizen in Sachen Field zwischen Warschau – London – Washington, sowie Briefe der Ehefrau H. Fields genutzt. Für den Zugang zu erhaltenen Aktenbeständen ist den genannten Archiven und besonders dem Wissenschaftler Aleksander Kochanski zu danken, die uneigennützig bei der Suche nach vorhandenen Akten halfen.

1948 hielt sich Noel Field zwei Monate offiziell und vom Außenministerium betreut in Polen auf. Er suchte, sich ein Bild von Hilfsmöglichkeiten für das von über fünfjähriger Besatzungspolitik des faschistischen Deutschlands gezeichnete Land zu machen. Betreut vom Außenministerium, bereiste er das Land und führte Gespräche mit von polnischer Seite ausgewählten Politikern und Wirtschaftsfachleuten. Vergeblich war sein Versuch, auch Jakob Bermann, Mitglied des Politbüros der PVAP und zuständig für Sicherheitsfragen, zu sprechen: »Deshalb überreichte er mir über meine Sekretärin Anna Duracz einen Brief. Field kannte Anna..., die 1945 nach der Befreiung aus einem Lager sich in Paris aufgehalten hatte und dort von verschiedenen Seiten ... Hilfe erhielt. Anna Duracz

hielt Field für einen ... von hohen Idealen geleiteten Mann. Deshalb nahm sie den Brief entgegen. Darin ging es ... um die Anerkennung seiner Verdienste für die antifaschistische Bewegung in den früheren Jahren...«<sup>1</sup>

Im Sommer des folgenden Jahres 1949 wurde Noel Field aus seinem Prager Hotelzimmer heraus vom ungarischen Sicherheitsdienst nach Budapest entführt. Aus Warschau reisten Brigadegeneral Roman Romkowski (MBP) und Oberstleutnant Jozef Swiatlo an. Auf 11 Fragen der beiden Polen antwortete Noel Field<sup>2</sup> über seine Verbindungen zu Polen u.a.: »1936/37, als mein Bruder (Hermann) in Zürich (Architektur) studierte, und ich im Völkerbund in Genf arbeitete, lernte ich meines Bruders Freunde ... Gecow kennen, ... polnische Kommunisten... Bis 1944 hatte ich keine weiteren Kontakte zu Polen ... In diesem Jahr entstand eine polnisch-schweizerische Organisation, der auch Vertreter weiterer internationaler Hilfsorganisationen angehörten. Ziel war die Hilfe für das befreite Polen ... Ich gehörte ebenfalls zum Komitee ... 1946 beendeten wir unsere Hilfsaktionen in der Schweiz, und in bezug auf Polen konzentrierten wir unsere Hilfe für das Land in Gestalt der Ärztekommision der USC (Hilfskomitee der Unitarier). Sie operierte von Frankreich aus ... USC war zu Kriegsbeginn von der Unitarian Church in den USA gebildet worden, um Flüchtlingen in Europa zu helfen. Unter meiner Leitung entwickelte sich diese immer intensiver zu einer Hilfe für Antifaschisten; womit die Zentrale in den USA einverstanden war, und dabei für Kommunisten, worüber die Zentrale nicht informiert wurde. Ich tat dies, weil ich mich als Kommunist fühlte und es für meine Pflicht hielt, das USC zur Hilfe für Kommunisten zu nutzen. Das betraf alle Nationalitäten, dabei auch Polen. Gegen Kriegsende lenkte ich meine Aufmerksamkeit als Leiter der USC für Europa auf die Nachkriegshilfe in den befreiten Ländern, wobei mich besonders Osteuropa interessierte, offensichtlich aus politischen Überlegungen...«

Hermann Field hatte 1939 von Krakau aus, als Leiter eines Hilfskomitees, Flüchtlingen aus dem besetzten Tschechien geholfen, sich dem Zugriff von Gestapo und SD zu entziehen. Während des Krieges wirkte er in der Gesellschaft für russisch-amerikanische Freundschaft. Im Sommer 1949 wandte er sich auf der Suche nach seinem Bruder Noel an zwei ihm bekannte Warschauerinnen mit der Bitte, ihm behilflich zu sein, ein Einreisevisum nach Polen zu erhalten. Nach Boleslaw Bieruts<sup>3</sup> Zustimmung teilten beide mit, daß einem Aufenthalt in Warschau nichts im Wege stehe. Hermanns Suche nach dem Bruder in Warschau mußte ergebnislos bleiben. Er führte mit einigen ihm aus der Emigration bekannten Polen Gespräche, dabei auch mit dem nunmehrigen Oberst Leon Gecow (1911-1952). Dieser, ein Arzt, seit 1931 politisch aktiv, hatte gegen die faschistische Wehrmacht gekämpft und übte nach Polens Befreiung seinen Arztberuf u.a. für das Internationale Rote Kreuz aus. Ihn besuchte Hermann, um in der Angelegenheit seines Bruders Noel zu intervenieren. Nach Abschluß seiner Gespräche begleiteten die Warschauerinnen Syrkusowa (die ebenso wie ihr Mann dem politisch verfolgten und illegal arbeitenden Boleslaw Bierut Unterkunft gewährt und dessen politische Arbeit unterstützt

1 Jakub Berman, 21. Oktober 1956, in: »Nowe Drogi« H. 10/1956, S. 87ff.

2 AAN Zespol 509/97 Blatt 1-10. Das Protokoll von dem 3 Exemplare ins polnische übersetzt vorliegen und das in Budapest am 27. August 1949 von Noel Field unterzeichnet wurde, befindet sich in der »Teczka Bieruta« (d.h. »Bierut-Mappe«).

3 U.a. 1947-1952 Präsident der VR Polen und 1952-54 Vorsitzender des Ministerrates sowie ab März 1954 bis zu seinem Tod 1956 Erster Sekretär der PVAP.



»6. Frage (der nach Budapest gereisten Romkowski und Swiatlo an Noel Field - G.K.): Woher nahmen Sie das Geld für die Hilfeleistungen und von wem? – Wo befinden sich diese Leute? – Wer bestimmte die Höhe der Summen?

Antwort: ... wir halfen durch direkte monatliche Zahlungen an bedürftige Personen ... Das Geld stammte aus dem normalen Budget des Büros in Genf, die Gelder wurden monatlich aus Boston überwiesen. Sie stammten aus den teils kirchlichen, teils durch öffentliche Sammlungen aufgebrauchten Mitteln, die Jahr für Jahr für die Hilfsarbeiten des Komitees zusammengetragen wurden. Die Höhe der Summen war unterschiedlich in den einzelnen Jahren, die Summen kann ich aus dem Gedächtnis nicht reproduzieren. Wieviel jedermann an individueller Hilfe monatlich erhielt, wurde durch Tonia Lechtman, meine Frau und mich bestimmt...«

»10. Frage: Was war mit dem Koffer in Warschau?

Antwort: Es geht offensichtlich um meinen Koffer, in dem ich die von mir in Polen gesammelten Drucksachen verwahrte, um sie durch eine polnische Speditionsfirma nach Genf zu übersenden... Als ich Anfang Mai nach Prag kam.... war der Koffer noch nicht angekommen... Vor allem ging es mir um die eingekauften Bücher, in der Hauptsache russische Romane, komplette Jahrgänge der »Nowe Drogi« (»Neue Wege«; theoretische Zeitschrift der PVAP – G.K.), die mir überreichten Unterlagen der Verwaltung Planung über den 3-Jahres-Plan, Bücher über die West-

hatten und mit Bierut freundschaftlich verbunden waren) sowie Granowska Field am 17. August 1949 zum Flughafen Okecie. Hier verabschiedeten sie sich von ihm. Hermann Field passierte Paß- und Zollkontrolle. Vom Warteraum wurde er in einen Dienstraum gebeten und dort verhaftet. Diese sorgfältig geplante Prozedur diente in den folgenden Jahren dazu »nachzuweisen«, daß Field das Land auf dem Luftwege nach Prag, von woher er auch eingereist war, verlassen habe.

Berührungen mit Noel oder Hermann Field waren tödlich.

Leon Gecow, Anna Duracz u.a., mit denen Field Gespräche in Polen geführt hatte, sowie Personen, die im antifaschistischen Widerstandskampf Kontakt zu ihm und seinem Bruder z.B. in der Schweiz oder in Frankreich gehabt hatten, wurden verhaftet und bei haltlosen Anschuldigungen physisch und psychisch gefoltert. Gecow verschied 1952 in Haft (Strafmaß 15 Jahre); Anna Duracz, am 15. Oktober 1949 verhaftet, versuchte, in der Haft am 31. Januar 1951 durch Selbstmord aus dem Leben zu scheiden. Später erklärte sie, nie so erniedrigt worden zu sein wie in der Haftzeit.

Um die Technik der Prozeßvorbereitung und -führung gegen Rajk und Genossen kennenzulernen, reisten Romkowski und Swiatlo 1949 mehrfach nach Budapest. Oberst Sokolow, Berater des MBP in Sachen Field drängte auf einen Prozeß gegen Gomulka. Ein Beauftragter des ungarischen Politbüros hatte Bierut über »die Aufdeckung einer weitverzweigten titoistischen Verschwörung unterrichtet ... Da die Verhöre keinerlei Ergebnis brachten, schickte uns Bierut nach Budapest«. Matiasz Rakosi, u.a. Sekretär der Partei, »behauptete, die Verschwörung, die alle volksdemokratischen Länder erfasse, werde vom amerikanischen Spionagedienst, dessen Oberagent Noel Field sei, geführt«. Detaillierter Informationen wegen an den Stellvertretenden Sicherheitsminister verwiesen, »konnte dieser uns (bei einem in Russisch geführten Gespräch) wenig mehr sagen. Bei dieser Gelegenheit erklärte er, daß der anwesende General in Uniform des MGB erst kürzlich aus Moskau und eigens deshalb eingetroffen sei, um die Untersuchungen zu überwachen. Wir hatten den Eindruck, daß er wesentlich mehr von den eigentlichen Motiven der Angelegenheit wisse, aber er schwieg wie versteinert. Deshalb bat Romkowski zu genehmigen, Field ... über seine Verbindungen zu den verhafteten polnischen Kommunisten verhören zu dürfen. Diese Erlaubnis erhielten wir und verhörten Field am folgenden Tag ... Wir fragten lange und sehr detailliert, ... Field widersprach allen Vorwürfen kategorisch. Er erklärte, niemals amerikanischer Spion gewesen zu sein ... Seine Beziehungen zu polnischen Kommunisten seien natürliche gesellschaftliche Beziehungen zwischen Genossen gewesen ... Genosse Siczy versprach uns, daß er konkrete Beweise nachliefern werde. In diesem Punkt meldete sich der rothaarige sowjetische General mit der Äußerung: »Die Beweise sind vorhanden. Einer Diskussion darüber bedarf es nicht. Es ist überflüssig, diese Beweise durch Fragen der polnischen Genossen zu bestätigen«. ... Die Lage war offensichtlich ... Sowohl Moskau als auch seine Statthalter wußten, daß in den Parteien (der volksdemokratischen Länder) tiefer Unwillen über die Einmischungen und das



Moskauer Diktat vorhanden sind ... Einige Wochen später nahm ich acht Tage als Beobachter am Rajk-Prozeß teil. Die Zeugen wiederholten monoton die zuvor mit dem rothaarigen General abgesprochenen Vorwürfe. Weder Field noch seine Frau (Hertha) traten als Zeugen während des Prozesses auf. Das war der beste Beweis dafür, daß die gesamte ... Verschwörung, wie gewöhnlich in Moskau ausgeheckt worden war.<sup>4</sup>

Jozef Swiatlo hatte nach der Vernehmung Noel Fields in Budapest und vor seiner Teilnahme am Prozeß gegen Laszlo Rajk am 22. August 1949 Hermann Field auf dem Warschauer Flughafen verhaftet. »Den Auftrag dazu hatte ich von ... Roman Romkowski. Er berief sich ausdrücklich auf eine persönliche Weisung des Genossen Bierut ... Nach der Verhaftung brachte ich Hermann Field in eine Villa der Haftanstalt des X. Departements in Miedzyszyn, bei Warschau. Die Untersuchung in Sachen Field und die Verhöre führte – unter der direkten Anleitung ... Romkowskis – Oberstleutnant Henryk Piasecki, (einer der) Stellvertreter des Chefs des X. Departements ... Als erstes will ich daran erinnern, daß Field vom ersten Tag an ohne Haftbefehl des Generalstaatsanwalts, der noch nicht einmal informiert worden war, in Haft gehalten wurde ... Vom ersten Tag der Verhaftung Fields an, erhielt Genosse Bierut ... Protokolle der Verhöre ... Ich habe Bierut berichtet, wie sich Field in Haft verhielt. Sagte ihm, daß dieser zu wissen verlange, wessen man ihn konkret anschuldige, daß er seiner Familie schreiben wolle ... Oftmals habe ich ihm berichtet, daß Field sich absolut zu keiner Schuld bekennt. Daß er verzweifelt in Hungerstreik getreten war, einen Selbstmordversuch unternahm ... Field hat sich während der Untersuchung in keiner Weise schuldig bekannt. Bierut und der sowjetische Berater, Oberst Soldatenko, der allein und ausschließlich für den Fall Field zuständig war, haben uns oftmals Unvermögen bei der Untersuchung vorgeworfen und verwiesen auf die sogenannten Erfolge unserer ungarischen Kollegen ... Bierut schickte mich im Winter 1951 (wiederum) nach Budapest ... Nach der Rückkehr ... schrieb ich Bierut einen ausführlichen Bericht, in dem ich klar und deutlich feststellte, daß ich aus Ungarn keine zweckdienlichen Angaben mitgebracht habe...« Diese Darstellung Swiatlos ist falsch; von Hermann Field wissen wir, daß Swiatlo ihn nicht nur verhörte, sondern auch peinigte.

1952 führen zuerst Romkowski, sodann auch Swiatlo zu Vernehmungen und zur Beobachtung des Prozesses gegen Rudolf Slansky und Genossen »nach Prag ... um Belastungsmaterial gegen Gomulka, Spychalski u.a. ... zu sammeln«. Nach diesen Verhören sprach Romkowski mit Oberst Lichatschow.<sup>5</sup> Dieser äußerte offenherzig, daß er in der Tschechoslowakei keine Beweise für eine titoistische Verschwörung gefunden habe. Kurze Zeit später wurde Lichatschow durch einen neuen Mann abgelöst ... Moskau griff auf erprobte Vorgehensweisen der zaristischen »Schwarzhunderter« zurück und behauptete, an der Spitze der ... Verschwörung in der tschechischen kommunistischen Partei stünden Kommunisten-Juden. Seitdem ging es blitzartig weiter ... Sechs Wochen nach dem Prozeß war ich wiederum in Prag und verhörte einige Zeugen ... Die Atmosphäre im tschechischen Sicherheitsapparat widerspie-

gebiete (in verschiedenen Sprachen)... Dort befanden sich -zig Propagandabroschüren der Presseabteilung des Außenministeriums...«

4 Alle Zitate der Äußerungen Swiatlos folgen Tonband-Aufzeichnungen, die 1985 in London veröffentlicht worden sind.

Swiatlo verhaftete u.a. den Generalsekretär der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei Wladyslaw Gomulka, den Marschall und Verteidigungsminister Michal Rola-Zymierski (1945-1949), der außerdem Mitglied des Staatsrates und des Ministerrates war. Durch Swiatlo verhaftet wurde auch der Kardinal Stefan Wyszynski.

5 Stellv. Leiter der Sonderuntersuchungsabteilung des MGB in Moskau, kommandiert nach Prag, um die Prozeßvorbereitung zu beschleunigen, 1954 gemeinsam mit dem Minister für Staatssicherheit der UdSSR, Abakumow, zum Tode verurteilt und erschossen.

Adam Humer, Oberstleutnant, Stellvertreter des Chefs der Untersuchungsabteilung des MBP, (in seinen unveröffentlichten Erinnerungen) über Swiatlo: »Tatsache ist, daß er sehr früh den Schwindel des X. Departements durchschaute... Sofort, nachdem er vom Schauprozeß gegen Laslo Rajk und Genossen zurückgekehrt war, erzählte er... daß wir für all das teuer bezahlen werden müssen. Am besten wäre es, sich eine Kugel in den Kopf zu jagen... Er war schlau, führte die unwahrscheinlichsten Aufträge Bieruts aus... Er war ein Zyniker und ein Hundesohn...«

gelt am deutlichsten eine Frage, die mir einer seiner Funktionäre stellte: »Na, seid ihr schon mit den Juden fertig?«. ... Tausende Kommunisten in den volksdemokratischen Ländern zahlten mit ihrem Leben für die Teilnahme in einer vorgeblichen Verschwörung, während niemand deren Existenz nachzuweisen vermochte«.

Gegen Jahresende 1953 werden Swiatlo und Fejgin mit einem speziellen Auftrag nach Berlin entsandt. Jozef Swiatlo erinnert sich: »Vor unserer Reise nach Berlin ... erhielten wir den Auftrag, einige streng geheime Gespräche mit ... (dem Stellvertretenden) Staatssekretär Mielke zu führen ... Berman (es war in Wirklichkeit das Politbüromitglied Roman Zambrowski, der Fejgin über seinen Berliner Auftrag instruierte – G.K.) unterstrich in seinen Weisungen, daß dies ein Auftrag Bieruts sei, da die Partei große Ungelegenheiten und Schwierigkeiten mit Moskau habe ... Am 4. Dezember 1953 fand das erste Arbeitsgespräch mit ... Mielke statt, dem wir alle Unterlagen überreichten ... Wir verabredeten eine zweite Begegnung am Montag, zwei Tage später, ... aber an dieser Besprechung nahm ich bereits nicht mehr teil, da ich in der Zwischenzeit in den Westen gegangen war.«

Oberst Fejgin, der während seines Aufenthaltes in Berlin auch einen Brief (unbekannten Inhaltes) von Bierut an Walter Ulbricht übergab, bestätigte, daß es der sowjetische Berater des MBP in Polen, General Lalin, gewesen war, der empfohlen hatte, Swiatlo als Fejgins Begleiter zu schicken. Am 5. Dezember desertierte Swiatlo, (degradiert 1959); am 6. flogen ihn Mitarbeiter des CIA nach Frankfurt/Main aus und am 23. Dezember von dort aus in die USA, wo er anfangs der sechziger Jahre nach vergeblichen Versuchen, ihn »zum Schweigen zu bringen«, wie Franciszek Szlachcic, polnischer Sicherheitsminister, bestätigt, bzw. seiner durch ein Auslieferungsverfahren (1955) habhaft zu werden, verstarb. Gomulka, den Swiatlo ebenso wie Field verhaftet hatte, forderte: »Ich will den Kopf des Verräters«.

Am 5. Oktober 1954 schrieb Hermann Fields Ehefrau Kate aus London, wo sie sich mit den beiden Söhnen bei Verwandten aufhielt, an Boleslaw Bierut. Darin bat sie diesen »in aller Bescheidenheit«, den seit über fünf Jahren in Miedzeszyn gefangengehaltenen Mann und Vater »zu erlauben heimzukehren«. (Sie wußte nicht, daß Hermann Field in den letzten Wochen seiner Haft in Otwock inhaftiert war, nicht zuletzt um wenigstens einige Spuren der jahrelangen Haftzeit zu tilgen). Am 25. Oktober veröffentlichte die polnische Nachrichtenagentur PAP ein Kommuniqué. In ihm hieß es u.a., daß bei angeblich seit Mitte 1953 vorgenommenen Untersuchungen die polnischen Behörden »auf die Spur eines Provokateurs und Agenten der amerikanischen Spionage, Jozef Swiatlo, gestoßen« seien. Der »Agent-provocateur« habe »mit Hilfe verschiedener verbrecherischer Manipulationen eine Reihe von Personen unter falscher Anschuldigungen inhaftiert.« Eine dieser Personen sei der amerikanische Staatsbürger Hermann Field. Aus Angst vor gerechter Strafe sei Swiatlo geflohen. »Im Ergebnis der vorgenommenen Untersuchung wurde festgestellt, daß die ge-

genüber Hermann Field durch den Agent provocateur Swiatlo erhobenen Anschuldigungen unbegründet waren. Hermann Field wurde deshalb auf freien Fuß gesetzt.«

Hermann Field verließ Polen als freier Mann am 17. November 1954, sein Bruder Noel wurde ebenfalls im Spätherbst diesen Jahres ebenso wie Hertha Field aus ungarischer Haft entlassen. Sein Verhalten blieb nicht unbeachtet. Die Botschaft der VR Polen in London unterrichtete die Zentrale, daß sich Hermann Field auf einer Pressekonferenz in London am 18. Februar 1955 »in ruhigem Ton« über die Geschichte seiner Haft geäußert, dabei jedoch »die schweren Haftbedingungen zu Beginn« angemerkt habe. Er informierte, daß »die polnische Regierung ihm 50 000 Dollar Entschädigung zahle und erhob keinerlei Vorwürfe gegen sie«. Über Erika Wallach, geb. Glaser (die Adoptivtochter seines Bruders Noel), teilte er mit, daß diese sich in Workuta (UdSSR) befinde und seiner Meinung nach bald in Freiheit gelangen werde. Von sich sagte er, daß er kein Kommunist sei, zu seinem Bruder Noel verweigerte er jeden Kommentar. Er teilte mit, er werde sich in England niederlassen, von den USA fiel kein Wort. Der Sprecher des britischen Innenministeriums erklärte, daß er bei einem Aufenthalt in Großbritannien keine Schwierigkeiten haben werde.

Auch künftig blieb Hermann Field im Blickfeld polnischer Behörden. Agenturnachrichten informieren die Zentrale über familiäre und finanzielle Schwierigkeiten. Ein Buch Hermann Fields über die Schicksale eines jüdischen Mädchens während der deutschen Besetzung Polens sei »politisch nicht schädlich«.

Am 30. Oktober meldete die Botschaft an die Zentrale, daß Erika Wallach in London erwartet werde.

Im März 1956 reiste Hermann Field mit Frau und beiden Söhnen auf der »Queen Mary« in die USA, wo er am 27. März in New York eintraf.

Post scriptum:

Zur »Verwandlung« Jozef Swiatlos, Jg. 1905, bleiben Fragen offen:

Wer überreichte ihm auf dem Weg zwischen dem französischen Sektor Westberlins, wohin er seinen Vorgesetzten Fejgin führte, um einige Weihnachtseinkäufe zu machen, und dem kurze Zeit später erfolgten Moment, da er seine Dienstpistole vor den Amerikanern auf den Tisch legte, die Geheimpapiere, die er der CIA als Morgengabe servierte?

Warum verweigerte sich die Nachfolgeorganisation des MGB, der KGB, deren erster Chef Iwan Serow es war, der Swiatlo 1944/45 in die polnischen Sicherheitsorgane einschleuste, Mitte der fünfziger Jahre den nachdrücklichen Warschauer Bemühungen, näheres über die Desertion Swiatlos zu erfahren?

Warum hieß die CIA Swiatlo ein Jahr schweigen, dem Jahr, in dem wesentliche innenpolitische Veränderungen in der Sowjetunion anliefen? War es deren »Ankündigung«, die Swiatlo, den Schneider von Beruf, der gewohnt war mit feiner Nadel zu arbeiten, den begehrten Liebhaber, den skrupellosen Jäger, den Zyniker, in die USA führte?

# Projekt-Aufruf zur Mitarbeit

## Eine kritische Würdigung sozio-kultureller Errungenschaften der DDR

Mit dem Ende des "Realsozialismus" hat die neoliberale Spielart des Kapitalismus auch in Deutschland freie Bahn erhalten. Der Zusammenbruch einer durchaus problematischen Alternativgesellschaft im Osten Deutschlands hat scheinbar zum "Ende der Geschichte" geführt. Das meinen zumindest die Wortführer des "Marktradikalismus". Sie versuchen, soziale, ökonomische und politisch-rechtliche Errungenschaften zu demontieren, die die westdeutsche Arbeiterbewegung in den ersten Jahrzehnten der Bundesrepublik erfolgreich gegen ein zu rücksichtsloses Profitstreben errichten konnte.

In Ostdeutschland wurde der emanzipatorische, teilweise durchaus freiheitlich-sozialistische Ansatz des Herbst 1989 durch die Überstülpung bundesdeutscher Strukturen zerstört. Es kam nicht zur Synthese sozialistischer und marktwirtschaftlicher Errungenschaften, wie die Mehrheit der DDR-Bürger es noch Anfang 1990 erhoffte. Die verantwortungslose, aber wahlwirksame Verheißung der raschen DM und der "blühenden Landschaften" führte zur Wahlentscheidung für die rasche deutsche Einheit. Tatsächlich begann ein Prozeß der Kolonialisierung Ostdeutschlands anstelle eines Prozesses des "Zusammenwachsens" auch im Sinne eines Voneinander-Lernens. Alle Einrichtungen und soziokulturellen Strukturen der DDR wurden als "marode" oder "ideologisiert" in den Müllhaufen der Geschichte geworfen. Zu unrecht.

Wir sind nicht bereit, uns mit dieser pauschalen Null- und Nichtigkeitserklärung der DDR-Strukturen abzufinden. Die Unzulänglichkeit der westdeutschen Normen und Sozialstrukturen liegt mittlerweile offen zutage. Oder, wie es das Osterliner Kabarett "Die Distel", einer der "Überlebenden" der Wende, treffend sagt: "Der Sozialismus ist daran gescheitert, daß er keiner war. Der Kapitalismus könnte daran scheitern, daß er jetzt wirklich einer ist."

Wir sind deshalb als Politikwissenschaftler aus dem Westen und dem Osten Deutschlands der Auffassung, daß es hohe Zeit ist, genau jene Felder der DDR-Gesellschaft näher zu untersuchen, die eng mit den alten Gerechtigkeitsidealen der menschlichen Gesellschaft, mit den wirklichen sozialistischen Zielen der Arbeiterbewegung und anderer sozialer Bewegungen verbunden waren. Das muß an konkreten Beispielen vorgenommen werden: Als "Aufhebung" im Hegelschen Sinne: tollerare, conservare und elevare. Es geht also nicht einfach um das Benennen jener sozio-kulturellen Errungenschaften in der DDR – so es denn welche gab –, sondern auch um deren kritische Würdigung: nicht allein aus historischer Sicht, sondern mit Blick auf die Zukunft. Durch das Einbringen der jeweils spezifischen Ost- wie West-Sicht wollen wir Einseitigkeiten vermeiden. Ein solches Projekt kann aber nur das Resultat von Beiträgen von kritischen und selbstkritischen Fachleuten auf möglichst vielen Gebieten sein, auf denen wir solche sozio-kulturellen Errungenschaften vermuten.

*Wir gehen dabei von folgenden Prämissen aus :*

Trotz der von der Sowjetunion oktroyierten und von der SED-Führung bereitwillig übernommenen totalitären Strukturen hat die DDR Leistungen hervorgebracht, die Resultat der Kämpfe der Arbeiterbewegung des 19. und 20. Jahrhunderts waren. Im Sinne einer "Aufhebung" der ostdeutschen Geschichte ist ihre kritische Untersuchung erforderlich.

Vor allem im sozialen Bereich sind durch die DDR wichtige Probleme angegangen worden, die auf eine grundlegende Verbesserung der Lage der arbeitenden Menschen und ihrer Familien gerichtet waren.

Im ökonomischen und politischen Bereich sind Grundprinzipien sinnvoller volkswirtschaftlicher Planung angewandt worden, die aber durch die praktizierte Form eines administrativ-zentralistischen Herrschaftssystems in besonderer Weise deformiert wurden. Trotzdem sind sie wichtige Erfahrungsfelder für sozialistische Gegenentwürfe.

Die realsozialistischen Gesellschaften wollten mit diesen Errungenschaften/Leistungen bewußt eine Alternative zu den kapitalistischen Gesellschaften setzen. Gleichzeitig ging es den Partei- und Staatsführungen um die Legitimation ihrer autoritären Macht.

Die sozio-kulturellen Errungenschaften des Sozialismus sind ambivalent. Sie waren unbestreitbare Leistungen für die Mehrheit des Volkes. Gleichzeitig wurden sie "von oben" nur "gewährt", verbunden mit der Erwartung politischen Wohlverhaltens. Nicht wenige dieser Errungenschaften wurden nur inkonsequent verwirklicht, oft ihrer emanzipatorischen Dimension und einem Partei-dogmatismus unterworfen, der sogar die Wahrheiten des Marxismus ins Gegenteil verkehrte.

*Uns bewegen deshalb folgende Fragen:*

Um welche Leistungen hat es sich gehandelt? Waren alle Errungenschaften wirklich Errungenschaften? Welchen Preis mußte die Gesellschaft für sie zahlen – ökonomisch, sozial, ökologisch und politisch? Wo war ihre Wirkung durch die begrenzten Ressourcen, aber ebenso durch die demokratiefeindliche Führung beschränkt?

Was sind bleibende Erfahrungen, "ernstzunehmende" Zielsetzungen und Strukturen aus diesen sozio-kulturellen Errungenschaften? Welche Wechselwirkungen gab es mit dem konkurrierenden bundesdeutschen System sowohl in der Einwirkung auf die Alt-Bundesrepublik wie auch möglicherweise in der Rückwirkung?

Waren 1989/90 eine Mehrheit der DDR-Bürger bereit, diese Errungenschaften gegen die der Bundesrepublik einzutauschen? Oder wollte man die Errungenschaften beider Systeme?

Wie wären heute erstrebenswerte sozio-kulturelle Errungenschaften vor dem Hintergrund der DDR-Erfahrungen zu definieren?

Wir sehen gegenwärtig folgende mögliche Gliederung bzw. Schwerpunktsetzung für eine Prüfung der sozio-kulturellen Errungenschaften der DDR. Dabei geht es um Fallstudien zu einzelnen Feldern (unsortiert, Zuordnungen zu mehreren Gruppen möglich):

a) politisch-gesellschaftlich – Kinderkrippen/Kindergärten; Förderung der Arbeiter- und Bauern-Kinder (z.B. durch die ABF); Gleichstellung der Frauen; Gesundheitswesen (z.B. Polikliniken); Öffentlicher Personennahverkehr und Verkehrsdisziplin; Sozialstrukturwandel und soziale Sicherheit; Solidarität/fehlender Existenzkampf/soziales Klima; Gesellschaftliche Gerichte (Schiedskommissionen, Konfliktkommissionen);

b) ökonomisch – Planung als Grundprinzip; Vollbeschäftigungspolitik; Wissenschaftsorganisation/Staatliche Forschungsförderung Umweltpolitik (SERO, Mach mit, Kulturbund); Genossenschaften;

c) kulturell – Polytechnische Didaktik und Schulorganisation; Jugendarbeit/Jugendhilfe/Jugendklubs; Jugendweih; Breitensport; kulturelle Massenaktivitäten; Kultur für das Volk – Kultur am Arbeitsplatz; Bedeutung der Literatur als gesellschaftliche Instanz; Realistische Ästhetik.

Soweit unsere Vorstellungen für ein solches Projekt. Es verlangt ein Aufnehmen der Erfahrungszusammenhänge derjenigen kritischen Wissenschaftler aus Ost und West, die sich einer emanzipatorischen Zielsetzung verpflichtet fühlen. Wir laden deshalb hiermit Fachleute aller Disziplinen ein, mit Vorschlägen, Ideen, vor allem aber mit Kurzstudien (jeweils 10-25 Seiten) zur Verwirklichung dieses Projekts beizutragen. Daß ein solches Projekt keine öffentliche Förderung zu gewärtigen hat, ist in den heutigen Zeiten selbstverständlich. Aber vielleicht auch eine Herausforderung mehr, an ihm mitzuwirken.

Voraussetzung für die Mitarbeit ist lediglich eine (selbst-)kritische (wissenschafts-)politische Haltung, die souverän genug ist, um, wie gesagt, Errungenschaften der DDR (mit und ohne Anführungszeichen) im Sinne des Hegelschen Prinzips der "Aufhebung" zu behandeln: gleich weit entfernt von der herrschenden pauschalen Diffamierung wie von "ostalgotischer", nachträglicher Idealisierung.

Unsere Kontaktadressen:

Prof. Dr. FRITZ VILMAR, Winterfeldstr. 90, 10777 Berlin

Doz. Dr. sc. phil. STEFAN BOLLINGER, Glambecker Ring 75, 12679 Berlin

ALEXANDER TINSCHMIDT

## Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy. Ziele – Chancen – Grenzen

»Uj tavaszi seregszemle« – »Neue Frühlings-Heerschau« – lautete die Überschrift des Leitartikels der Tageszeitung »Szabad Nép« vom 23. Oktober 1956, die Jugendzeitung »Szabad Ifjuság« veröffentlichte am selben Tage neben den Resolutionen der Universitätsjugend auf zwei Druckseiten die Rede des gerade wiedergewählten Ersten Sekretärs der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, *Wladyslaw Gomulka*, vom 20. Oktober, der sich auf dem VII. Plenum für eine grundlegende politische Umstrukturierung in Polen eingesetzt hatte. *Gomulka* wies unter anderem die Verleumdungen zurück, der Arbeiterstreik in Poznan vom 28. Juni 1956, bei dem es 50 Tote und 300 Verletzte gegeben hatte, wäre eine imperialistische Provokation gewesen. Er zitierte nochmals die Losungen der streikenden Arbeiter: »Es reicht! So kann es nicht weitergehen! Kehrt zurück von diesem bösen Weg!«

In der Aufbruchstimmung nach dem XX. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion sprang der Funke von Polen nach Ungarn über, weckte dort vor allem bei den jungen reformkommunistischen Intellektuellen neue Hoffnungen und Sympathien. Die Machtpositionen der Diktatoren und stalinistischen Despoten zwischen Wladiwostok und Ostberlin drohten ins Wanken zu geraten. Es nimmt daher nicht wunder, daß die Ostberliner Nachmittagszeitung »BZA« vom 22. Oktober 1956, die mit dem Text der *Gomulka*-Rede bereits ausgedruckt war, beschlagnahmt und aus dem Handel gezogen wurde.

Im Oktober 1956 arbeitete ich als außenpolitischer Nachrichtenredakteur bei der Ostberliner »National-Zeitung«. Grundlagen der Berichterstattung bildeten die Meldungen der staatlichen Nachrichtenagentur ADN, ferner die Direktiven, die der Chefredakteur täglich vom Presseamt erhalten hatte. Auf unseren Schreibtischen lagen aber auch Westberliner Zeitungen, so »Die Welt« und »Der Tagesspiegel«. Außerdem konnte ich während der dramatischen Entwicklungen in Ungarn – da ich gerade Vormittagsdienst hatte – bis 22 Uhr in der Redaktion bleiben und den ungarischen Rundfunk hören: Budapest – ab dem 30. Oktober »Freier Sender Kosuth«, Miskolc und selten auch Moson-Magyaróvár; hörte die zahllosen Aufrufe, offiziellen und halbamtlichen Verlautbarungen – und dazwischen immer wieder die ungarische Nationalhymne oder den Gefangenenchor aus Verdis Oper »Nabucco«.

Alexander Tinschmidt – Jg. 1927, Dr. rer. pol., nach dem Studium der Hungarologie an der Humboldt-Universität zu Berlin zunächst journalistisch tätig, danach wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Akademie der Wissenschaften der DDR, Spezialgebiet Geschichte Ungarns.

Der Arbeitskreis Geschichte der Deutsch-Ungarischen Gesellschaft Berlin-Brandenburg e. V. veranstaltete am 16. Oktober 1996 einen Vortrags- und Diskussionsabend zum Thema: Die Außenpolitik der Regierung Imre Nagy – Ziele, Chancen und Grenzen – den einleitenden Text von Alexander Tinschmidt veröffentlichten wir nebenstehend.



## Biographische Ergänzungen

Bibó, István: (1911-1979), ungarischer Politiker der Nationalen Bauernpartei, Anf. November 1956 Bildungsminister der Regierung von Imre Nagy, am 23. Mai 1957 verhaftet und am 2. August 1958 gemeinsam mit dem heutigen Staatspräsidenten Árpád Göncz zu lebenslänglichem Kerker verurteilt, 1963 amnestiert.

Kádár, János: (1912-1989), ungarischer Politiker, illegale Tätigkeit in Ungarn bis 1945, danach im Politbüro, 1948-1950 Innenminister, 1951 verhaftet und verurteilt, 1954 rehabilitiert, 1956 wieder im ZK und Politbüro, im Oktober schloß er sich der Revolution an, ab 30. Oktober Mitglied der Regierung Imre Nagy, am 1. November nach Moskau gebracht, ab 4. November 1956 Vorsitzender der vom Kreml eingesetzten »Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung« (bis 1958), leitete 1957 bis 1985 als Erster Sekretär, bis 1988 als Generalsekretär die Ungarische Arbeiterpartei, 1988-1989 Parteivorsitzender.

Münnich, Ferenc: (1886-1967), ungarischer Politiker, lebte zwischen den beiden Weltkriegen in sowjetischer Emigration, Teilnahme am spanischen Bürgerkrieg, nach 1945 Leiter der diplomatischen Vertretungen in Helsinki, Sofia und Moskau (1954-1956), sowie in Belgrad. Oktober 1956 Innenminister der Regierung von Imre Nagy, am 1. November mit János Kádár nach Moskau gebracht, ab 4. November 1956 Mitglied der Kádár-Regierung, 1958-1961 Ministerpräsident.

*Einige Vorbemerkungen zur Quellenlage:*

Zum Thema 1956 wurden bisher – wie man einschätzt – rund 500 Bücher, Monographien und Memoiren veröffentlicht – in Ungarn wie im Ausland. Seit der Wende öffneten sich auch viele Geheimarchive – in Rußland und in den USA, dennoch sind viele einschlägige Dokumente, darunter die Archive der Geheimdienste der damaligen Supermächte und auch Ungarns für die Forschung noch nicht freigegeben.

Vor wenigen Wochen, im September 1996, gab es in Budapest eine internationale Historiker-Konferenz zum Thema: »Ungarn und die Welt 1956«. Rund 80 aktive Teilnehmer, darunter 55 ausländische Gelehrte aus 14 Staaten erörterten den neuen Forschungsstand auf diesem Gebiet und konnten dabei u.a. auch auf einige Publikationen zurückgreifen; die jetzt vor mir liegen und die in diesem Jahr erschienen sind:

– »Döntés a Kremlben 1956«/»Entscheidung im Kreml 1956« mit 16 protokollartigen Aufzeichnungen über die Beratungen der obersten Parteiführung in Moskau – darunter mit dem chinesischen Politiker *Liu Shaoqi*, mit den nach Moskau gebrachten ungarischen Kommunisten *János Kádár* und *Ferenc Münnich*, am 2. und 3. November 1956, ferner enthält das Buch Berichte der beiden Emigranten Moskaus *Anastas Mikojan* und *Michail Suslow* aus Budapest und Berichte des sowjetischen Botschafters *Juri Andropow* an das Außenministerium;

– »Az 1956-os magyar Forradalom a világpolitikában«/»Die ungarische Revolution von 1956 in der Weltpolitik« lautet der Titel einer Dokumentensammlung von *Csaba Békés*, der 36 Dokumente aus Archiven Ungarns, der Sowjetunion, der USA, Großbritanniens und Frankreichs zusammenstellte;

– Eine umfangreiche Monographie »1956« von *László Gyurkó* gelangte im Sommer dieses Jahres, anlässlich der Buchwoche, auf den Markt;

– »A fogoly Bibó István vallomásai az 1956-os forradalomról«/»Geständnisse des Gefangenen István Bibó über die Revolution von 1956«, erschienen ebenfalls in diesem Jahr. *István Bibó* war der von der Bauernpartei – damals Petöfi-Partei – entsandte Staatsminister der Regierung Nagy und weilte nach der zweiten militärischen Intervention der Sowjetarmee vom 4. bis 6. November als einziges Mitglied des Kabinetts im Parlament.

Es kann nicht meine Aufgabe sein, eine Rezension dieser Bücher vorzutragen oder auch nur in wenigen Sätzen über ihren außerordentlich spannenden Inhalt zu berichten. Ich möchte mich darauf beschränken, aus dem Inhalt dieser Bücher einige neue Aspekte und Zusammenhänge abzuleiten und aus den Referaten der erwähnten Konferenz einige Forschungsergebnisse zu vermitteln. Dabei möchte ich meine Ausführungen um vier Thesen gruppieren und diese mit einigen Beispielen belegen.

*Zur These 1:*

Der Volksaufstand in Ungarn entwickelte sich aus primär inneren Ursachen, er brach explosionsartig, spontan aus und kam auch für die beiden Supermächte – die Sowjetunion wie die USA – uner-



wartet – hinsichtlich ihrer strategischen Konzeptionen sogar ungelegen. Beide Supermächte hatten für diesen Fall keine fertige Konzeption zur Krisenbewältigung.

Die Ursachen des Volksaufstandes in Ungarn waren vielschichtig, sie betrafen die politische und wirtschaftliche Entwicklung und lagen im Bereich der nationalen Gefühle. Ungarn wurde nach dem Zweiten Weltkrieg dem sowjetischen Machtimperium überlassen und sollte unter den Bedingungen des Kalten Krieges nach dem Willen der *Rákosi*-Clique zu einem Land aus »Eisen und Stahl« verwandelt werden. Die Politik der Machthaber hatte katastrophale Folgen: Das Lebensniveau sank rapide, der Reallohn je Erwerbstätigen lag im Jahr 1952 bei den Arbeitern um 17,7 Prozent, bei den Angestellten um 20,3 Prozent niedriger als 1949. In den Jahren 1951 bis 1953 besaßen rund 800 000 Bauernfamilien – und das waren zwei Drittel der Einzelbauern – kein ausreichendes Getreide für Saatgut und die eigene Ernährung.

Eine Orgie der Ungerechtigkeit erstreckte sich über das ganze Land: vom Kriegsende bis 1953 wurden 220 000 Personen interniert, Zehntausende als »Klassenfeinde« aus Budapest ausgesiedelt. Als *Imre Nagy* nach dem Tode *Stalins* – und auf Geheiß Moskaus – am 3. Juli 1953 zum ersten Male zum Ministerpräsidenten berufen wurde und im Zeichen eines – allerdings nur vorübergehenden »neuen Kurses« eine allgemeine Amnestie verkündete, betraf seine Verfügung rund 280 000 Verurteilte.

Zwei Jahre später, im April 1955, setzte *Rákosi* im Ergebnis einer Intrigenkampagne mit den Falken im Kreml die Demission von *Imre Nagy* durch und erreichte, daß *Nagy* aus der Partei ausgeschlossen und im November 1955 unter Hausarrest gesetzt wurde. Nach dem XX. Parteitag der KPdSU erblickten die reformkommunistischen Intellektuellen, die »Schriftsteller-Opposition«, wie auch andere Patrioten aus verschiedenen Schichten in *Imre Nagy* ihre Leitfigur. Um die rebellierenden Gemüter zu besänftigen, kamen zwei sowjetische Politbüro-Mitglieder, *Anastas Mikojan* und *Michail Suslow* – im Juli 1956 nach Budapest: *Rákosi* mußte seinen Posten räumen, doch zu seinem Nachfolger wurde statt *Imre Nagy* der Vertraute Moskaus, der 58jährige *Ernö Gerö*. Geringe Veränderungen in der Parteiführung, halbherzige Reformversuche konnten aber die Revolution nicht mehr aufhalten – der Kollaps der Machthaber war unausweichlich.

Heute, nach vierzig Jahren, läßt sich ohne Voreingenommenheit feststellen – und dies war auch eine der Kernthesen der Budapester Konferenz –, daß nach der friedlich geplanten Demonstration vom 23. Oktober der aufgestaute Unmut und die Verbitterung der verschiedensten Strömungen mit elementarer Kraft zum Ausdruck kamen und die Ergebnisse durch die Bewegung der plötzlich frei gewordenen Massen einerseits – durch die schwankend unsichere, konzeptionslose Reaktion der Machthaber andererseits –, ferner durch das erste militärische Eingreifen der sowjetischen Besatzer, nämlich durch ihren Einmarsch in Budapest in der Nacht zum 24. Oktober spontan zu einer Revolution führten.

Der explosionsartige Aufstand fand dennoch beide Supermächte unvorbereitet – sie hatten in ihrer Außenpolitik andere Prioritäten.

*Nagy, Imre*: (1896-1958), ungarischer Politiker, 1921 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, war in der Landarbeiterbewegung tätig, 1926 Emigration in die UdSSR, Mitglied der ungarischen Parteiführung. Nach 1945 Minister für Landwirtschaft in der Provisorischen Regierung, verantwortlich für die Bodenreform, 15. November 1945-20. März 1946 Innenminister, 1949-1951 wegen »Rechtsabweichung« aus dem Zentralkomitee und dem Politbüro ausgeschlossen, ab 4. Juli 1953 Ministerpräsident (auf Druck Moskaus löst er damit Mátyás Rákosi als Regierungschef ab), am 14. April 1955 aus allen Staatsämtern entfernt und aus der Partei ausgeschlossen, am 13. Oktober 1956 Wiederaufnahme in die Partei, 23. Oktober bis 4. November 1956 Ministerpräsident, nach dem Einmarsch der sowjetischen Truppen zunächst Asyl in der jugoslawischen Botschaft, am 23. November 1956 durch sowjetische Behörden nach Rumänien deportiert. 1958 in einem Geheimeprozeß in Budapest zum Tode verurteilt und am 16. Juni 1958 hingerichtet.

*Rákosi, Mátyás*: (1892-1971), ungarischer Politiker, 1918 aus russischer Kriegsgefangenschaft heimgekehrt, Mitbegründer der KP, 1919 Volkskommissar für Handel in der Räterepublik, danach Emigration in die UdSSR, 1924 wieder in Ungarn, 1926 zu 8 Jahren, 1935 zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt, 1940 in die UdSSR entlassen, wo er die ungarische Exilpartei führte. Ab 1945 Funktionen an der Spitze der Partei und des Staates (14. 8. 1952-3. 2. 1957 Ministerpräsident),

auf Druck Chruschtschows im Juli 1956 Abdankung als Generalsekretär. Ende Oktober 1956 Flucht in die Sowjetunion, 1962 Ausschluß aus der Partei. Starb in Gorki.

Liu Chauqi: (1898-1969), chinesischer Politiker, ab 1949 Stellvertreter des Ministerpräsidenten, ab 1945 Stellvertreter des Vorsitzenden der KP, ab 1956 Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros, während der Kulturrevolution von allen seinen Ämtern enthoben, verhaftet, starb im Gefängnis.

Mitglieder des Präsidiums des ZK der KPdSU im Jahre 1956 :

Nikita S. Chruschtschow (1912-1989),  
N. A. Bulganin (1895-1975),  
L. M. Kaganowitsch (1893-1991),  
A. I. Kirischtschenko (1908-1975),  
G. M. Malenkow (1912-1988),  
A. I. Mikojan (1895-1978),  
W. M. Molotow (1890-1986),  
M. G. Perwuchin (1904-1978),  
M. S. Saburow (1900-1977),  
M. A. Suslow (1902-1982),  
K. L. Woroschilow (1881-1969).

Kandidaten des Präsidiums:  
L. I. Breshnew (1906-1982),  
G. K. Shukow (1896-1974),  
J. A. Furzewa (1910-1974),  
D. T. Schepilow (1905-1995);  
Juni 1956-Februar 1957  
Außenminister der UdSSR),  
N. M. Schwernik (1888-1970).

Die Führung der 1949 zur Atommacht gewordenen Sowjetunion und auch die Führung der USA waren sich nach der Berlin-Blockade von 1948 mit den möglichen, verheerenden Folgen eines nuklearen Weltkriegs im klaren und unternahmen dementsprechend alles, um die Entstehung eines direkten Konfliktes zwischen den Supermächten zu verhindern. Diese Grundhaltung führte langfristig zur strategischen Billigung des Status quo in Europa. Die Verhinderung eines globalen Weltkrieges behielt für beide Seiten das Primat.

Die sowjetische Führung betrieb nach dem Tode *Stalins* im Jahre 1953 eine wesentlich elastischere, pragmatischere Außenpolitik als zuvor. In ihr zeichneten sich folgende Tendenzen ab:

*Erstens:* Die Stabilisierung des europäischen Status quo durch eine vorsichtige Politik der Kompromisse wie zum Beispiel beim Abschluß des Staatsvertrages mit Österreich am 15. Mai 1955: Die Sowjetunion zog ihre Truppen aus Österreich ab – ebenso wie auch die westlichen Großmächte, in der Form der Neutralitätserklärung erhielt sie die Garantie, daß Österreich nicht NATO-Mitglied werde und erreichte außerdem, daß Albanien, Bulgarien, Rumänien und Ungarn Mitglied der UNO werden. Der Status der Satellitenländer stand jedoch nicht zur Disposition, im Gegenteil, als die Rechtsgrundlage für den Aufenthalt sowjetischer Truppen in Ungarn und Rumänien durch den Staatsvertrag entzogen wurde, unterzeichneten die Staaten des Ostblocks – einen Tag zuvor, am 14. Mai 1955 – den Warschauer Pakt.

Zu den Schritten Moskaus zählten auch die Genfer Konferenz vom Juli 1955, die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Deutschland im September 1955 sowie der Besuch Bulganins und Chruschtschows in London im April 1956.

*Zweitens:* Die Sowjetunion schenkte den neuen unabhängigen Staaten der Dritten Welt zunehmende Aufmerksamkeit und bemühte sich, das sowjetische Gesellschaftsmodell als ein anziehendes Beispiel für den Staatsaufbau dieser Länder hinzustellen.

*Drittens:* Zu den außenpolitischen Zielsetzungen der Sowjetunion gehörte auch, die Meinungsverschiedenheiten mit Jugoslawien zu beseitigen und das Land allmählich wieder in das sozialistische Lager zu integrieren. Nach dem Besuch Bulganins und Chruschtschows in Belgrad (Mai 1955) wurde auch die jugoslawische These akzeptiert, daß zum Sozialismus neben dem sowjetischen Modell auch andere Wege führen können.

Die Außenpolitik der USA gegenüber den in die sowjetische Interessensphäre gelangten Staaten Ost- und Südosteuropas war nach der Amtsübernahme der Eisenhower-Administration im Januar 1953 von einer besonderen Ambivalenz geprägt: Eisenhower und sein Außenminister John Foster Dulles hatten schon während ihrer Wahlkampagne die Politik der friedlichen Befreiung der sogenannten »versklavten Völker« verkündet – der Hinweis auf diesen Kurs bildete bis Oktober 1956 eine ständige Komponente der Regierungserklärungen – wie auch der Propagandasendungen der diversen, auch offiziell geförderten Rundfunkstationen, wie der Sender »Freies Europa« und »Stimme Amerikas«.

In der Wirklichkeit aber waren die USA und ihre Verbündeten

daran interessiert, einen bewaffneten Zusammenstoß mit der Sowjetunion um jeden Preis zu verhindern und die nach dem Tode Stalins erkennbare Beweglichkeit der sowjetischen Außenpolitik für die eigenen Interessen zu nutzen. Die Suche nach einem *modus vivendi* nahm zu, nachdem die USA-Führung 1955/1956 Informationen darüber erhalten hatte, daß die Sowjetunion bei der Entwicklung der interkontinentalen ballistischen Raketen unerwartet schnelle Fortschritte erzielt habe.

Mit anderen Worten: Millionen in Osteuropa hörten an den Lautsprechern die Erklärung der Regierung der USA vom 30. Dezember 1955: »Die Befreiung der versklavten Völker war und ist ein Hauptziel der amerikanischen Außenpolitik und wird es – bis der Erfolg errungen ist – bleiben«. (»Archiv der Gegenwart«, Jg. 1955, S. 5542)

Nicht für die Öffentlichkeit waren hingegen die Beschlüsse des Nationalen Sicherheitsrates der USA bestimmt, die angesichts der Entwicklungen in Polen und Ungarn im Sommer 1956 gefaßt worden sind. In dem Beschluß 5608 vom 18. Juli 1956 hieß es, in der gegebenen weltpolitischen Situation seien die Möglichkeiten der USA, die Loslösung der Ost-Mitteleuropäischen Staaten von der Sowjetunion zu fördern, außerordentlich eingeschränkt, die Regierung müsse daher danach streben, in diesen Staaten als ersten Schritt auf dem Wege zur wahren Unabhängigkeit die Machtübernahme der nationalkommunistischen politischen Kräfte zu unterstützen. Diese Empfehlung wurde vom Planungsausschuß des Nationalen Sicherheitsrates in seiner Vorlage Nr. 5616 vom 31. Oktober 1956 erneut bestätigt. Die Zusage einer möglichen militärischen Unterstützung war *nicht* dabei.

#### Zur These 2 :

Die Unzufriedenheit mit dem stalinistischen Regime erfaßte 1956 alle Schichten der Bevölkerung – folglich waren an dem Volksaufstand von Anbeginn unterschiedliche Strömungen vertreten, parallel anwesend: die sozialistische und plebejische Linke, die ein neues gesellschaftlich-wirtschaftliches Modell forderte; die Reformkommunisten, die sich für eine Revolution der Korrektur einsetzten; ebenso aber auch die konservativen, rechtsorientierten Kräfte, die wiederum alle Formen des Sozialismus, nicht nur die stalinistische Despotie ablehnten. Professor *György Litván* vom 56-er Institut betonte auf der erwähnten Budapester Historikerkonferenz, daß diese Strömungen und die hinter ihnen stehenden bewaffneten und unbewaffneten Gruppierungen nicht nur parallel anwesend waren, sondern auch miteinander konkurrierten, zunächst potentiell, danach auch tatsächlich. Entsprechend der wechselnden Zusammensetzung und Aktivität der verschiedenen Strömungen der Aufständischen veränderten und radikalisierten sich die Zielsetzungen – innenpolitisch zur Schaffung neuer demokratischer Organe, der Nationalräte und der Arbeiterräte in den Betrieben, und außenpolitisch zur Forderung der nationalen Unabhängigkeit.

Im Mittelpunkt der außenpolitischen Forderungen – und auch des von Ministerpräsident *Imre Nagy* am 28. Oktober 1956 abends

Fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz:

1. Gegenseitige Achtung der territorialen Integrität und Souveränität des anderen,
  2. Gegenseitiger Nichtangriff,
  3. Gegenseitige Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten des anderen,
  4. Gleichheit und gegenseitiger Nutzen,
  5. Friedliche Koexistenz.
- (aus der Präambel des Vertrages zwischen der Volksrepublik China und der Republik Indien über den Handel und den Verkehr zwischen der Tibet-Region von China und Indien vom 24. 4. 195

Aufzeichnungen über die Beratung des KPDSU-Präsidiums am 28. Oktober 1956 (Auszüge)

Chruschtschow: Die Lage verschlechtert sich...Kádár neigt dazu, mit den Widerstandszentren Verhandlungen zu führen.

...Die Arbeiter unterstützen den Aufstand, deshalb wollen sie die Bezeichnung »konterrevolutionärer Aufstand« verändern.

...Suslow soll nach Moskau kommen.

Woroschilow: Wir sind schlecht informiert. Mikojan und Suslow verhalten sich passiv. Wir sind in einer schlechten Situation. Wir müssen unseren eigenen Kurs ausarbeiten und einen Teil der Ungarn diesem Kurs anschließen lassen...

Kaganowitsch: ...Wir müssen den Arbeitern und den Bauern gewisse Konzessionen machen. Wir müssen Kádár Hinweise geben, damit er die Bewegung neutralisiert...

Bulganin: Kádár ist ins Schwanken geraten. Das Wichtigste, daß wir von Kádár eine größere Entschlossenheit fordern. Das Folgende müssen wir machen: Rufen wir Mikojan zum Telefon und sagen ihm: Das Politbüro des ZK der Partei der Ungarischen Werktätigen soll entschlossen handeln, sonst handeln wir an ihrer Stelle. Vielleicht müssen wir selbst eine Regierung ernennen.

... Chruschtschow: Wir müssen mit den Tatsachen rechnen.

...Es gibt zwei Varianten: Die (ungarische) Regierung handelt, wir helfen. Das kann schnell zu Ende gehen. Oder aber: Nagy wendet sich gegen uns und ver-

verkündeten Programms – stand die Forderung nach nationaler Unabhängigkeit, Selbständigkeit und Souveränität sowie die Erklärung, daß der sofortige Abzug der sowjetischen Truppen aus Budapest vereinbart worden sei und daß die ungarische Regierung Verhandlungen initiieren werde über den Abzug aller sowjetischen Truppen aus Ungarn.

Mit diesen Erklärungen folgte der Kommunist *Imre Nagy* der Radikalisierung des Volksaufstands – und seine späteren Schritte, die Neutralitätserklärung und der Austritt aus dem Warschauer Vertrag am 1. November 1956 und sein Ersuchen an den Generalsekretär der UNO, *Dag Hammarskjöld* vom 2. November, die Großmächte zur Anerkennung der Neutralität Ungarns aufzufordern – diese Erklärungen bildeten nur die Antwort der *Nagy*-Regierung auf das zögernde Verhalten der Sowjetunion und auf die sich mehrenden Anzeichen des Einmarsches neuer Einheiten in das Land.

Mit diesem außenpolitischen Programm war *Imre Nagy* der allgemeinen Stimmung im Lande gefolgt, er wurde von allen Aufständischen akzeptiert – und war außerdem treu und konsequent in seinem eigenen Standpunkt !

Ein kurzer Blick auf die Auffassungen von *Imre Nagy* gibt dafür die Erklärung: In den Wintermonaten 1955/1956, als er in Hausarrest war, verfaßte er mehrere Denkschriften und Studien, die er dem sowjetischen Botschafter *Juri Andropow* und in 10 Exemplaren der damaligen Parteiführung unter Rákosi übermittelte. Die wichtigste dieser Studien trug den Titel: »Die fünf Prinzipien der internationalen Beziehungen und die Frage unserer Außenpolitik«. In dieser Studie bezog sich *Nagy* auf die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz, auch »Pancha Sila« genannt, die erstmals in der Präambel des Handelsabkommens zwischen der Volksrepublik China und Indien von 1954 formuliert und in die Deklaration der Bandung-Konferenz von 29 afro-asiatischen Staaten vom 18. bis 24. April 1954 aufgenommen wurden und danach in verschiedenen bilateralen Erklärungen ihre Bekräftigung fanden.

Was *Imre Nagy* diesen Prinzipien hinzufügte, war damals im kommunistischen Machtbereich revolutionär und mutig. *Nagy* schrieb: »Die fünf Prinzipien können sich nicht nur auf das kapitalistische System oder auf den Kampf zwischen den beiden Systemen beschränken, sondern sie müssen auch auf die zwischenstaatlichen Beziehungen innerhalb des demokratischen und sozialistischen Lagers erweitert werden«, sie seien »unveränderlich gültig und gleichartig zu verstehen, unabhängig von der Gesellschaftsordnung der einzelnen Staaten: Die Begriffe – Nationale Unabhängigkeit, Souveränität, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung und Nichteinmischung – haben dieselbe Bedeutung in jedem Lande, auch gegenüber jedem anderen Staat, seien sie kapitalistisch, sozialistisch, vorübergehend volksdemokratisch und Staaten anderen Typs«.

Im Klartext bedeutete das: Nicht nur die Westmächte sollten ihren Kolonien die Unabhängigkeit gewähren, auch die Sowjetunion sollte die Souveränität der Volksdemokratien, und somit auch Ungarns, achten und sich in ihre Angelegenheiten *nicht* einmischen.



In dieser, kurz vor dem XX. Parteitag der KPdSU verfaßten Studie ging Imre Nagy von den grundlegenden Interessen des ungarischen Volkes aus und forderte eine selbständige, nationale Außenpolitik: »Es ist das souveräne Recht des ungarischen Volkes, zu bestimmen, in welcher Form es den günstigsten internationalen Status zur Sicherung seiner nationalen Unabhängigkeit, Souveränität, Gleichberechtigung und friedlichen Entwicklung erblickt.« Im Sinne der Vorstellungen von Ludwig Kossuth ist auch von einem engen Zusammenschluß Ungarns mit den Nachbarvölkern die Rede, von der Möglichkeit einer »Föderation der Völker des Donau-Tals«, zumal diese Politik auch für die Sowjetunion die sicherste Garantie bieten würde, um jedweden Chauvinismus und Antisowjetismus zu verhindern.

In diesen Auffassungen von *Imre Nagy* waren bereits wichtige Grundprinzipien seines außenpolitischen Programms – und Verhaltens als Ministerpräsident im Oktober 1956 vorprogrammiert.

Zur These 3 :

Gab es Chancen, dieses außenpolitische Programm zu verwirklichen ?

In den Tagen des Volksaufstandes sah sich *Imre Nagy* vor die Aufgabe gestellt, seine eigenen, für eine langfristige evolutionäre Entwicklung formulierten Vorstellungen mit den sich zunehmend radikalisierenden Forderungen der Aufständischen in Einklang zu bringen. Er bemühte sich, die nach Budapest entsandten Emisäre *Mikojan* und *Suslow* davon zu überzeugen, daß er bei entsprechender sowjetischer Unterstützung fähig sei, die Lage zu konsolidieren, politische Lösungen zu finden und ein militärisches Eingreifen zu verhindern. Bereits am 25. Oktober bezeichnete er es als einen Fehler, daß die in Ungarn stationierten sowjetischen Truppen auf Befehl Moskaus alarmiert wurden, ihre Einheiten in Budapest einmarschiert sind.

Als die sowjetische Parteiführung am Abend des 23. Oktober, nach Informationen von *Andropow*, *Gerö* und Marschall *Shukow* über die Lage in Ungarn beriet, war das Gremium – laut Protokoll – einmütig für den Einmarsch in Budapest – lediglich *Mikojan* wandte sich dagegen: »Wenn unsere Truppen einmarschieren, verderben wir uns unsere Sache«, »versuchen wir es mit politischen Lösungen«, »Ohne *Nagy* können wir der Bewegung nicht Herr werden«. Die Entscheidung fiel, der Einmarsch wurde beschlossen, 31 500 Sowjetsoldaten in Ungarn in Alarmzustand versetzt – der »Ungarn-Kenner« *Mikojan* und der »Falke« *Suslow* nach Budapest entsandt. Nur das Ersuchen der ungarischen Regierung fehlte – als *Imre Nagy* am 27. Oktober, also vier Tage später, ein vordatiertes Dokument mit dem formalen Ersuchen nach sowjetischer militärischer Unterstützung zur Unterschrift vorgelegt wurde, lehnte er die Unterschrift ab – schließlich hat sein Vorgänger, *András Hegedüs* die Unterschrift geleistet.

Die sowjetische Parteiführung beriet während des ungarischen Volksaufstands nahezu permanent über die Lage – schon am 24. Oktober in erweitertem Rahmen – mit Politikern aus Bulgarien (*Shiwkow*), aus der CSSR (*Nowotny*) und aus der DDR (*Ulbricht*,

langt die Feueereinstellung und den Abzug der Truppen. Dann folgt die Kapitulation. Welche Varianten sind möglich?

1. Die Bildung eines Ausschusses, der die Macht ergreift, dies wäre die schlimmste Variante, wenn wir handeln,

2. Die gegenwärtige Regierung ( *Nagy* ) erhalten, die Beauftragten der Regierung in die Provinzen schicken. Dazu ist eine Plattform notwendig. Eventuell einen Aufruf an die Bevölkerung richten, an die Arbeiter, an die Bauern und die Intelligenz, sonst schießen wir nur.

3. Sollten nicht die Chinesen, Bulgaren, Polen, Tschechen und Jugoslawen einen Aufruf an die Ungarn richten ?

4. Die bewaffneten Kräfte der Aufständischen energisch niederschlagen. Die Genossen *Breshnew*, *Pospjelow*, *Schepilow* und *Furzewa* sollen die Dokumente ausarbeiten.

...Unterstützen wir die gegenwärtige Regierung, wenn sie eine solche Erklärung abgibt ? Unterstützen wir sie, es gibt keinen anderen Ausweg !« ( Gemeint ist die Regierungserklärung von *Imre Nagy* vom 28. 10. über die Einschätzung der Ereignisse als »nationale und demokratische Erhebung«.)

...

Bulgarien: Wir müssen die Schlußfolgerung ziehen: Es gibt in Budapest Kräfte, die die Regierung *Nagy* – *Kádár* stürzen wollen. Unser Standpunkt muß sein, daß wir die gegenwärtige Regierung unterstützen. Ansonsten müßten wir zur Besetzung schreiten; daß würde uns ins Abenteuerium stürzen.

[Gegen Ende der Beratung traf *Suslow* aus Budapest

kommend, wieder in Moskau ein. Nach seinem Bericht wurde die Diskussion fortgesetzt.]

Shukow: Mikojan handelt falsch, treibt uns zur Kapitulation.

Schepilow: Wenn wir Konzessionen machen, so wird das als Schwäche angesehen.

Chruschtschow: Eine neue Etappe begann. Wir sind mit der Regierung (Nagy) nicht einverstanden. Wir müssen einen Aufruf an unsere Truppen richten, ... die Truppenverstärkung sichern.

Aus der Beratung vom 30. Oktober:

Schepilow: Der Verlauf der Ereignisse zeigte, daß sich unsere Beziehungen mit den volksdemokratischen Ländern in einer Krise befinden. In weiten Kreisen verbreitete sich die antisowjetische Stimmung. Wir müssen die tieferen Ursachen aufdecken... Elemente der Befehlserteilung ausschalten... eine ganze Reihe von Maßnahmen ausarbeiten... In Übereinstimmung mit der Regierung Ungarns sind wir bereit, unsere Truppen aus dem Lande abziehen.

Dann müssen wir einen langen Kampf gegen den Nationalkommunismus führen.

Aus der Beratung am 31. Oktober 1956:

Chruschtschow: ...Mit einem Truppenabzug würden wir die Schwäche unserer Positionen demonstrieren. Unsere Partei würde uns nicht verstehen. Neben Ägypten würden wir ihnen auch Ungarn überlassen. ...Wir müssen eine Provisorische Re-

*Grotewohl* und *Stoph*). – Daß dabei *Ulbricht* in einem 45 Minuten währenden Referat die fehlende Auseinandersetzung mit falschen Ideologien in Polen und in Ungarn, im Petöfi-Kreis kritisierte, sei hier nur am Rande vermerkt! – Weitere Beratungen erfolgten mit dem chinesischen Politiker *Liu Shaoqi* – am 24. und 30. Oktober – mit dem inzwischen zeitweilig zurückgekehrten Emissär *Suslow* am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von *Imre Nagy*, in der er den Volksaufstand als »nationale und demokratische Erhebung« bezeichnete – und mit dem zurückgekehrten *Anastas Mikojan* am 1. November.

Die Aufzeichnungen über diese Beratungen lassen erkennen, daß es in der obersten sowjetischen Führung viele, langwierige Auseinandersetzungen darüber gegeben hat, ob *Imre Nagy* unterstützt werden könne oder eine militärische Lösung, ein zweiter Einmarsch notwendig sei. Sehr bald zeichneten sich die beiden Gruppierungen ab, die der »Falken« mit *Molotow*, *Woroschilow*, *Bulganin* und *Kaganowitsch* – und die der »Liberalen«, zu denen unter anderem *Malenkow*, *Mikojan* und zeitweilig auch Marschall *Shukow* gehörten.

Im Hinblick auf Chancen und Grenzen der ungarischen Außenpolitik führte die genauere Auswertung der Auseinandersetzungen in Moskau zu mehreren, zum Teil neuen Erkenntnissen:

*Erstens*: In der sowjetischen Führung herrschte hinsichtlich des weiteren Vorgehens gegenüber Ungarn mehrere Tage hindurch schwankende Unsicherheit. Es gab aber – für einen längeren Zeitraum als bisher angenommen – gewisse Chancen für eine Akzeptierung des Kurses von *Imre Nagy* – gleichzeitig erschienen jedoch sehr zeitig Überlegungen zugunsten eines aktiven politisch-militärischen Eingriffes. Am Beispiel der Beratungen am Abend des 28. Oktober, also nach der Regierungserklärung von *Imre Nagy* mit der Umbewertung der Ereignisse läßt sich diese Feststellung belegen:

Die einleitende Einschätzung hielt Chruschtschow. Er ging davon aus, daß die Situation kompliziert sei; die Arbeiter unterstützen den Aufstand, an vielen Orten werden die Eisenbahnschienen aufgerissen. Man müsse aber mit den Tatsachen rechnen: »Sollen wir die gegenwärtige Regierung unterstützen, wenn sie solche Erklärungen abgibt?« – und seine Antwort lautete: »Unterstützen wir sie, es gibt keinen anderen Ausweg!« (S. 39).

Angesichts der Einwände von *Molotow* und *Bulganin*, »um uns kümmern man sich in Budapest nicht mehr« und »die ungarische Parteiführung müsse entschlossener handeln,... sonst werden wir an ihrer Stelle handeln« – angesichts dieser Einwände entwickelte *Chruschtschow* in derselben Sitzung die – wie er sie nannte – »schlimmste Variante«, wenn wir einen Ausschuß – das heißt Regierung – bilden, der die Macht übernimmt, einen Aufruf an die Bevölkerung erläßt und die bewaffneten Kräfte der Aufständischen energisch niederschlägt. *Breshnew*, Außenminister *Schepilow* und *Jekaterina Furzeva* sollen die entsprechenden Dokumente, Aufrufe usw. ausarbeiten. Außerdem sollten Konsultationen mit den Parteiführungen von China, Bulgarien, Polens der Tschechoslowakei und Jugoslawiens stattfinden. Das Drehbuch



war bereits fertig – die Entscheidung fiel aber noch zugunsten von Imre Nagy aus.

Während der Beratungen, in der Nacht zum 29. Oktober, traf Suslow aus Budapest kommend, in Moskau ein und berichtete über die aktuelle Situation: Die Arbeiter verlassen die Betriebe, es entstünden Arbeiterkomitees und das Verhältnis zu den sowjetischen Truppen habe sich verschlechtert. Als Ursache nannte er – wörtlich – »das Auseinanderjagen« der Demonstration vor dem Parlament, bei der 200 zivile Demonstranten getötet wurden – Suslow nannte allerdings nur 70 Tote. Die sowjetischen Truppen hätten bislang 600 Tote zu beklagen.

An dieser Stelle setzte eine mehrfache scharfe Kritik an der zurückweichenden Haltung *Mikojans* ein – und *Chruschtschow* erklärte, »eine neue Etappe begann«.

*Zweitens*: Als eine gewisse Chance für die ungarische Außenpolitik könnte man noch die offizielle »Erklärung der Sowjetregierung über die Beziehungen der UdSSR zu den anderen sozialistischen Staaten« vom 31. Oktober 1956 nennen, die zwar langfristig vorbereitet – angesichts der Ereignisse in Polen und Ungarn jedoch aktualisiert wurde. In ihr bekundet die Sowjetunion ihre Bereitschaft, mit Ungarn und anderen Teilnehmern des Warschauer Vertrages »entsprechende Verhandlungen über den Aufenthalt der sowjetischen Truppen auf ungarischem Territorium aufzunehmen«. Bei der endgültigen Verabschiedung dieser Erklärung in der Moskauer Parteiführung ging Außenminister Schepilow am weitesten und erklärte (S. 53), die Truppen müßten aus Budapest, wenn notwendig auch aus Ungarn abgezogen werden: »Man kann nicht gegen den Willen des Volkes regieren« (S. 54)

Die Entscheidung fiel am 31. Oktober 1956 – nach einer Nacht der Wende: Damit waren die *Grenzen* der ungarischen Außenpolitik unter *Imre Nagy* endgültig abgesteckt: Ungarn darf nicht aus dem Sowjetimperium ausscheiden !

#### Zur These 4 :

Ein unglückliches Zusammenspiel mehrerer Faktoren führte letztendlich dazu, daß sich die Kreml-Führung am 31. Oktober für die militärische Intervention entschied. Marschall Ivan Konjew, Oberbefehlshaber des Warschauer Paktes, erhielt den Befehl, den Truppenaufmarsch gegen Ungarn im Sinne des Operationsplanes »Wirbelsturm« zu intensivieren. Weitere 25000 sowjetische Soldaten strömten in das Land, so daß nach dem 4. November, dem Tag des Überfalls, über 58000 Sowjetsoldaten an der militärischen Aktion beteiligt waren.

Aus dem Verlauf der Diskussion und den Ausführungen Chruschtschows werden mehrere Momente sichtbar, die Moskaus Eingreifen rechtfertigen sollten: Es ging vor allem um den Schutz des Prestiges des Sowjetimperiums, zumal ein Truppenabzug aus Ungarn die Schwäche der UdSSR bezeugen würde. Ein solcher Schritt würde die Amerikaner, Engländer und Franzosen nur ermuntern, sagte *Chruschtschow* mit dem Hinweis auf den englisch-französischen Überfall auf Ägypten: Neben Ägypten würden wir ihnen auch Ungarn überlassen«.

volutionäre Regierung unter der Leitung von Kádár bilden, besser wäre, wenn Münnich Ministerpräsident wird. ... Diese Regierung laden wir ein, z. B. zu Beratungen über den Truppenabzug und lösen die Frage. Ist Nagy damit einverstanden, nehmen wir ihn als Stellvertretenden Ministerpräsidenten in die Regierung... Einen großen Krieg wird es nicht geben.

Aus der Beratung am  
2. November 1956:

Kádár: ...Wir sprachen mit den Aufständischen, es waren Arbeiter, Leiter von aufständischen Truppen, ... sie waren für die Beseitigung der Rákosi-Clique. Sie kämpften für den Abzug der Truppen, für die volksdemokratische Ordnung. In der Provinz: Es gab Massendemonstrationen, ihr Ziel war es aber nicht, das volksdemokratische Regime zu stürzen, viele Forderungen betrafen die Demokratisierung, es waren auch soziale Forderungen. Das haben wir anfangs nicht gesehen, wir schätzten es als Konterrevolution ein, und haben dadurch die Menschen gegen uns gewandt [ gewendet ], sie fühlten sich nicht als Konterrevolutionäre. Ich nahm auch persönlich an einer Versammlung teil, niemand wollte die Konterrevolution...man muß aber sagen, daß alle den Abzug der sowjetischen Truppen forderten.

[Zu den Beschlüssen der Nagy-Regierung über die Neutralität und den Appell an die UNO sagte Kádár:] Ich habe gestern für diese beiden Entscheidungen der Regierung gestimmt. Werden die sowjetischen Trup-

pen innerhalb einer kurzen Zeit (in zwei bis drei Monaten) abgezogen – es ist wichtig, daß es eine Entscheidung über den Truppenabzug gibt – dann könnten unsere Partei mit den anderen Parteien den Kampf gegen die Konterrevolution aufnehmen...

Erfolgt die Wiederherstellung der Ordnung mit bewaffneten Kräften, dann schadet das dem Ansehen der sozialistischen Länder.

Von großer Bedeutung scheint aber auch der Satz gewesen zu sein: »Einen großen Krieg wird es nicht geben !« (S. 63).

Damit gab er zu erkennen, daß die Signale aus Washington angekommen seien, wonach die *Eisenhower*-Administration nicht daran denke, die Regierung *Imre Nagy* – über verbale Sympathiebekundungen hinaus – durch eine militärische Hilfeleistung zu unterstützen, das heißt: Die USA werden wegen Ungarn keinen nuklearen Krieg der Supermächte heraufbeschwören.

Präsident *Eisenhower* hatte am 25. Oktober – ohne besondere politische Verpflichtungen zu bekunden – seine Bewunderung gegenüber dem Freiheitskampf des ungarischen Volkes zum Ausdruck gebracht. Außenminister *Dulles* erklärte am 27. Oktober in Dalles, bei gleichzeitiger Bekundung seiner Sympathie für den Freiheitswillen der »versklavten Völker«, die USA betrachten »diese Nationen nicht als ihre potentiellen militärischen Verbündeten« (S. 121/Békés). Darüber hinaus wurde *Henry Cabot Lodge*, UNO-Vertreter der USA, beauftragt, vor dem Welt sicherheitsrat am 28. Oktober die entsprechende Passage aus der Rede des Außenministers zu zitieren; und *Charles Bohlen*, USA-Botschafter in Moskau am 29. Oktober der Auftrag gegeben, die Aufmerksamkeit der sowjetischen Politiker – und besonders von Marschall *Shukow* – auf die Ausführungen des USA-Außenministers zu lenken. Bei zwei diplomatischen Empfängen in Moskau am 29. Oktober – anlässlich des türkischen Nationalfeiertages und zu Ehren des Ministerpräsidenten von Afghanistan – gab es dazu reichlich Gelegenheit.

Vor dem Hintergrund dieser offiziellen USA-Politik können manche Sendungen des Senders »Freies Europa«, Durchhalteappelle des Militärkommentators Oberst *Bell* noch am 6. November, als unverantwortliche Irreführung oder als Beleg der psychologischen Kriegführung bezeichnet werden. Der Sender »Freies Europa«, der über das »Komitee Freies Europa« finanziert und geleitet wurde, hatte 1956 rund 1200 Mitarbeiter, davon allein in der Sendegruppe Ungarn 120. Die Programme wurden über 21 Kurzwellensender und 2 Mittelwellensender in alle Staaten des Warschauer Vertrages übertragen. Darüber hinaus wurden ab 1954 mit speziellen Luftballons Propagandamaterialien auf das Gebiet Polens, der Tschechoslowakei und Ungarns gebracht. Bei den einzelnen Programm-Redaktionen gab es »politische Berater« aus den USA, die aus New York ihre Richtlinien erhielten, wie das umgekehrt durch sowjetische »Berater« beim ungarischen Rundfunk erfolgte. Dennoch, es entsprach dem Demokratieverständnis der USA, daß in der ungarischen Redaktion alle politischen Strömungen vertreten sein sollten, in einer Skala von dem Kommunisten *Körösi-Krizsán*, über Vertreter der demokratischen und Koalitionsparteien der Zeit nach 1945, wie auch konservative Journalisten der *Horthy-Zeit* und durch *Emil Csonka* auch Pfeilkreuzler. Die Einflußnahme der konservativen, rechten, antikommunistischen Kräfte auf das Programm war sehr intensiv, so daß selbst die nach 1956 im Exil lebende ungarische Sozialdemokratin *Anna Kethly* erklären mußte: »Der Sender Freies Europa hat schwere Schuld auf sich geladen, indem er das ungarische Volk glauben machen

wollte, es bekäme westliche Hilfe, und dabei wurde solche Hilfe nicht einmal geplant.«

Ein weiteres Charakteristikum der Sendungen bestand darin, daß alle Angriffe – getreu der USA-Politik – auf den »Lügner«, »Volksmörder«, »Moskau-Quisling« *Imre Nagy* konzentriert wurden, und nach der 302. Beratung des Nationalen Sicherheitsrates am 1. November 1956, in der CIA-Direktor *Allan Dulles* als »schwierigstes Problem Ungarns« bezeichnet hatte, daß es im Lande keine »starke Führungspersönlichkeit« gäbe und daher an Stelle von *Imre Nagy* Kardinal *Mindszenty* als Führungsgestalt vorschlug, der Sender Freies Europa die Losung »Mindszenty an die Spitze« zum Leitmotiv erhob.

Doch zurück zu der Entscheidung in Moskau:

Die Kreml-Führung hatte auch aus London und Paris Signale erhalten, daß diese eine zurückhaltende Politik betreiben und – im Hinblick auf ihre bevorstehende Aggression im Nahen Osten – Diskussionen in der UNO über [die !] »Verletzung der Menschenrechte« usw. vermeiden möchten.

Eher als Moskau hat auch die chinesische Führung den Standpunkt geäußert – über Liu Shaoqi nach Moskau übermittelt –, daß Ungarn nicht aus dem »sozialistischen Lager« entlassen werden dürfe. Die Politiker Polens, der Tschechoslowakei und Rumäniens, sowie Marschall *Tito*, bestärkten *Chruschtschow* bei den Verhandlungen am 1. und 2. November ebenfalls in der Entscheidung zugunsten eines militärischen Eingreifens.

In dieser Situation wurden *János Kádár* und *Ferenc Münnich* aus Budapest nach Moskau gebracht – *Mikojan* und *Suslow* kamen ebenfalls zur Beratung der sowjetischen Parteiführung. Hier gab es noch einige scharfe Auseinandersetzungen zwischen den »Falken« und den »Liberalen«.

Am 1. November versuchte *Mikojan* noch einmal, die militärische Lösung zumindest zu vertagen. »Mit der Anwendung von Gewalt kommen wir nicht weiter. Wir müssen Verhandlungen beginnen, 10 bis 15 Tage warten [... diese Regierung weiter unterstützen.] (S.69).

*Suslow* meinte hingegen, »nur durch die Besetzung können wir uns eine Regierung sichern, die uns auch unterstützt !«, und Außenminister *Schepilow* ging sogar weiter, »Wenn wir nicht entschlossen handeln, zerfällt die Sache auch in der Tschechoslowakei«.

Zwei erweiterten Beratungen des Präsidiums nahmen auch *János Kádár* und *Ferenc Münnich* teil – am 2. und am 3. November 1956. Die Ausführungen *Kádárs* widerspiegelten in wichtigen Punkten den Standpunkt *Imre Nagys* vom 1. November. So befaßte er sich mit dem Charakter des Volksaufstandes – das Ziel der Massenkundgebungen war es nicht, das volksdemokratische System zu stürzen; durch die Bezeichnung »Konterrevolutionäre« »haben wir die Menschen gegen uns [gewendet]«, »niemand wollte Konterrevolution« – alle forderten den Abzug der sowjetischen Truppen. Die sowjetische Regierungserklärung und die Verkündung der Neutralität wurden begrüßt, die Arbeiter hätten daraufhin die Wiederaufnahme der Arbeit angekündigt.

Die erneuten Truppentransporte nach Ungarn hätten die Massen und auch die Regierung aufgeregt – Andropows Ausreden, es handle sich um Umgruppierungen, oder um den Rücktransport von Verwundeten, erweckten den Eindruck, daß »die Sowjetregierung die ungarische Regierung zum Narren hält«. Darum habe auch er – Kádár – für die Neutralitätserklärung und die Schaffung eines Koalitionskabinetts gestimmt. Wollte man Ungarn mit militärischer Kraft behalten, werde es bewaffnete Zusammenstöße geben und die moralische Position der Kommunisten werde mit Null gleich sein, fügte Kádár hinzu.

Am 2. November verabschiedete die sowjetische Parteiführung den Tagesbefehl von Marschall Konjew zum 4. November; während Suslow, Mikojan und Schepilow die anderen Dokumente, [ den ] Aufruf der ungarischen Regierung – der »Revolutionären Arbeiter- und Bauern-Regierung« – vorbereiteten.

In der Sitzung am 3. November, nach 18.45 Uhr, waren Kádár und Münnich wiederum anwesend. Kádár zeigte bereits sein Einverständnis mit der Kreml-Führung, daß ein sozialistisches Land nicht der Konterrevolution überlassen werden dürfe – dennoch brachte er nochmals einige eigene Standpunkte zur Sprache: Es lohne sich, über die Fehler zu sprechen, die nationalen Gefühle wurden verletzt, Änderungen des Staatswappens, Änderung der Uniformen, der Namen von Straßen und Städten nach Politikern der Sowjetunion. »Diese Regierung soll keine Marionettenregierung werden, zu ihrer Tätigkeit bedarf sie der Unterstützung der Arbeiter«, sagte Kádár.

Abschließend wurde die Zusammensetzung der Regierung besprochen, und Kádár als Ministerpräsident festgelegt. Die Abfahrt aus Moskau sollte am 4. November früh zwischen 7 und 8 Uhr erfolgen.

Kurz davor, um 4.15 Uhr setzte die sowjetische Militäraktion gegen Budapest und gegen das Land ein.

Neue ungarische Literatur zum Thema:

Döntés a Kremlben, 1956. A szovejet pártelnökség vitái Magyarországról. (Entscheidung im Kreml, 1956. Die Debatten des sowjetischen Parteipräsidiums über Ungarn). Hrsg. Hegedüs B. András, 1956-os Intézet, Budapest 1996, 256 S.

Békés Csaba, Az 1956-os magyar forradalom a világpolitikában. (Die ungarische Revolution von 1956 in der Weltpolitik). Studie und ausgewählte Dokumente, 1956-os Intézet, Budapest, 1996, 184 S.

Gyurkó László, 1956. Monographie. Verlag Szabad Tér, Budapest 1996, 589 S.

A fogoly Bibó István vallomásai az 1956-os forradalomról. (Geständnisse des Gefangenen István Bibó über die Revolution von 1956), Intézet, Budapest 1996, 216 S.

EVA STURM, EBERHARD SCHMIDT

## Ein Kommentar zur Programmatik der PDS oder das Problem der Diskursunfähigkeit

Der Programmkommentar<sup>1</sup> erhebt – wie Bisky in seinem Geleitwort klarstellt – »keinerlei Ansprüche auf eine ›verbindliche Auslegung‹ des Programms, sondern ist ein Angebot zur Diskussion.«<sup>2</sup>

Ein solches Angebot einer Partei zu unterbreiten, die sich dadurch auszeichnet, daß notwendige, breite Diskussionen nicht geführt, sondern – wenn möglich – verschoben werden, zeugt einerseits von unerschütterlichem Optimismus: Warum nämlich sollte eine Partei, die Programmdiskussionen seit 1993 beharrlich ausgewichen ist, diese 1997 plötzlich führen?

Andererseits zeugt es von Realismus, denn entweder beginnt die PDS die Diskussion jetzt, oder sie gibt ihren Anspruch auf, mehr zu sein als eine strukturkonservative milieuverhaftete Regionalpartei in Ostdeutschland, was langfristig ihre Existenz in Frage stellen würde<sup>3</sup>.

Dies wollen wir im folgenden begründen. Dabei beschäftigen wir uns im 1. Teil *Bestandsaufnahme* mit der Leistung des Kommentars, da es gerade die Vorzüge des Kommentars sind, die die Schwächen der PDS offenlegen. Im 2. Teil *Möglichkeit einer nachholenden Diskussion* möchten wir begründen, warum es wichtig ist, die Diskussion schon jetzt zu beginnen und sie nicht etwa bis zur Zeit »nach dem Wahlkampf« zu verschieben.

### *Bestandsaufnahme*

Bei dem Kommentar handelt es sich nicht um eine nennenswerte Weiterentwicklung der Theorie<sup>4</sup>, sondern primär um eine didaktische Vermittlung von Theorie und Praxis. Insofern würde es eine Mißachtung der Textsorte bedeuten, den Autoren wissenschaftliche Unschärfe vorzuwerfen. So steht hier beispielsweise nicht der Sozialwissenschaftler M. Brie zur Evaluation an, der eine Moderntheorie entwickelt, sondern der »Lehrbuchautor«, der versucht, »moderne Vergesellschaftungsformen« auch für Laien verständlich zu machen<sup>5</sup>. Die didaktische Absicht schlägt sich auch im Layout nieder: Art der Gliederung, zusammenfassende Graphiken, Randglossar (Gliederung, erläuternde bzw. die Argumentation unterstützende Zitate zur Veranschaulichung, Definitionen, Porträts)<sup>6</sup>. Als didaktisches Werk richtet sich dieser Kommentar auch an solche Mitglieder und Sympathisanten der PDS, die relativ geringe Kenntnisse über die »Bürgerliche Moderne« und soziale Strukturen sowie über die tatsächliche Rolle des »Marxismus-Leninismus« und die Praxis des »realen Sozialismus« haben.

Dabei geht es den Autoren nicht nur um Vermittlung von Grundkenntnissen, sondern auch um Überzeugung im Sinne ihrer Sozialismuskonzeption. Da es primär um die Überzeugung von Kräften geht, die von einer orthodoxen Sozialismusvorstellung herkommen<sup>7</sup>, sahen sich die Autoren augenscheinlich auch genötigt, weniger didaktisch, als vielmehr taktisch zu rechtfertigende Zugeständnisse zu machen: So hätte man aus didaktischen Gründen nicht die Rolle der Arbeiterbewegung gegenüber der der bürgerlichen Kräfte bei der Er kämpfung von Grundrechten überbetonen müssen<sup>8</sup>, auch wäre eine ausgewogenere Darstellung des Liberalismus möglich gewesen<sup>9</sup>. Da nicht anzunehmen ist, daß die Autoren des Programmkommentars dies nicht wissen<sup>10</sup>, spricht einiges dafür, daß es sich hier um ein taktisches Zugeständnis an die Kräfte innerhalb der PDS handelt, für die der Begriff »liberal« sehr lange negativ besetzt war. Zwar gehört zur Aufklärung auch Provokation, doch darf die Provokation nur so weit gehen, daß der anvisierte Leser sich wiederfinden kann. Er muß sich einerseits verstanden fühlen, andererseits verstehen können: d.h., man muß sich sowohl auf seine ideologische Vorprägung, als auch auf sein intellektuelles Niveau einstellen.

Dies haben die Autoren getan<sup>11</sup>, und es spricht für sie, dies geleistet zu haben. Es spricht u.E. aber gegen die PDS, daß dies 1997 immer noch nötig war. Und da die entscheidenden Passagen zur Auseinandersetzung mit der Vergangenheit von Th. Falkner und M. Schumann geschrieben wurden, von Leuten also, deren Position längst geklärt war, erfahren wir auch nichts Neues über die Partei. Interessant wäre es nämlich, zu erfahren, ob die Position dieser Autoren inzwischen mehrheitsfähig ist, oder ob sie nur eine von mehreren möglichen Positionen darstellt, die dank des »Pluralismus« der PDS genauso zur Diskussion gestellt werden darf wie die einer S. Wagenknecht oder eines K. Gossweiler. Die Beantwortung dieser Frage hängt von der Rezeption des Textes durch die PDS selbst ab.

Es ist ein Dilemma der PDS, daß die Stärke dieses Kommentars gleichzeitig ein Hauptproblem der PDS offenbart: Die Stärke des Kommentars liegt darin, daß er ein Diskursangebot darstellt und kein »Heilsversprechen« gibt<sup>12</sup>, sowie, daß es nicht um eine »von oben« verbindlich festgelegte Interpretation des Programms geht, wie Bisky bereits in seinem Vorwort unterstrich.

Damit enthüllt der Kommentar jedoch auch, daß die Absage an die »Partei neuen Typs«, an den Marxismus-Leninismus usw. offenbar immer noch zur Diskussion gestellt werden muß, und daß diese Absage auch 1997 immer noch keine Selbstverständlichkeit ist. So muß z.B. der Partei noch einmal konkret erklärt werden, was die Frage bedeutet »Hat sich in der Sowjetunion der Marxismus bis zur Kenntlichkeit oder bis zur Unkenntlichkeit verändert«, nämlich in folgender Passage:

»Die Blochsche Frage zielt darauf, sich nicht nur über die Verbiegungen der marxistischen Theorie und ihr aus machtpolitischem Interesse bewußt erfolgtes Dementi durch Theorie und Praxis des des Partei- und Staatskommunismus Rechenschaft abzulegen, sondern auch darauf zu prüfen, inwieweit dem Werk von Marx selbst



fehllleitende und ausnutzbare Bestandteile immanent sind: Tendenzen des Ökonomismus und damit zusammenhängend das Diktatur-Konzept, die Unterbewertung der naturrechtlichen Dimension (...).«<sup>13</sup>

Ebenso muß der Partei folgendes immer noch erst zur Diskussion gestellt werden:

»Nur Utopisten könnten meinen, daß es eine vollkommene und dauerhafte institutionelle Lösung für die gegenwärtigen und zukünftigen sozialen Probleme gäbe. Eine sozialistische Position, die sich auf die für immer richtige Eigentums- oder Demokratieform festnagelt (Staatseigentum z.B.), vergißt, daß Geschichte ein offener Prozeß ist.«<sup>14</sup>

In Anerkennung dieser Offenheit von Geschichte und damit auch des Prozesses »Sozialismus« führt M. Brie auf »Pfade aus Utopia«:

»Institutionen, die ihren Bezug auf die Durchsetzung von Menschenrechten nicht verlieren und nicht zu Götzen werden sollen, die uns beherrschen, müßten a) demokratisch-öffentlich immer wieder verändert und sogar zurückgenommen werden können (Prinzip der Revidierbarkeit); b) sie dürfen nicht totalitär alles umfassen, sondern Platz für andere, ihnen gegenüber widersprüchliche Institutionen lassen (Pluralitätsprinzip); c) sie müssen auf Gewaltenteilung in und zwischen diesen Institutionen aufbauen (Prinzip der Gewaltenteilung) und d) den Wettbewerb entsprechend den öffentlich gesetzten Kriterien befördern (Wettbewerbsprinzip).«<sup>15</sup>

Hier wird das Bemühen der Autoren deutlich, aufzuklären und den anvisierten Leser mitzunehmen. U.E. liegt eine der wichtigsten Leistungen der Autoren darin, daß sie sich dem Leser nähern: Sie haben offenbar eingesehen, daß der Weg, den ein Teil von ihnen 1989-94 beschritten hat und der ihnen den Vorwurf des »konspirativen Avantgardismus« eingebracht hat, falsch war: Es kann keine Erneuerung einer Partei »von oben« geben.

Insofern steht die PDS – am Jahresbeginn 1997 – wieder einmal am Anfang einer Programmdebatte, wie auch die Autoren des Kommentars unterstreichen:

»Für uns ist dieser Kommentar zur Programmatik der PDS kein Abschluß der Diskussion und des Nachdenkens, sondern ein erneuter Beginn.«<sup>16</sup>

Es geht hier in der Programminterpretation um den Versuch, für die eigene Sozialismusvorstellung zu werben, also beispielsweise die Suchrichtung »Moderner Sozialismus« diskursiv zu vermitteln. Eine Vorbedingung dafür ist die Verständlichkeit der Darstellung für Laien. Hier wurde ein Kompromiß gesucht: Zwar ist die Darstellung sprachlich anspruchsvoll, jedoch ist sie, im Gegensatz zu den Ausführungen in M.Brie/Klein (1993), auf die der Kommentar im Teil I und II teilweise aufbaut, in Land/Possekel (1995)<sup>17</sup> und Land (1996)<sup>18</sup>, für einen weiteren Leserkreis mit geringerem Aufwand verständlich. Die Darstellung ist auch so gestaltet, daß sie mit geringem Aufwand für eine Debatte in einer BO didaktisch weiter vereinfacht werden könnte<sup>19</sup>.

Da dieser Kommentar eine Programmdebatte einleiten und nicht abschließen will, wäre es unangemessen, von ihm fertige Lösungen zur Frage des ökologisch-sozialen Umbaus der Gesellschaft zu

erwarten. Insofern erübrigt sich an dieser Stelle eine Detailkritik<sup>20</sup>. Wenn der Kommentar also immer noch offene Fragen stellt und damit indirekt auf die von der PDS noch ungelösten Aufgaben hinweist<sup>21</sup>, so ist dies nicht dem Text vorzuwerfen. Wohl aber ist es der PDS vorzuwerfen, daß sie in ihrem Diskurs noch nicht weiter ist und daß sie nach 1993 nicht zügig und konsequent genug an der Weiterschreibung ihrer Programmatik gearbeitet hat, um das neue überarbeitete Programm, das Bisky für die Jahrtausendwende in Aussicht stellte<sup>22</sup>, schon 1997/98 vorzulegen. Dieses Versagen wiegt um so schwerer, da gewisse theoretische Vorarbeiten, die schon 1993/94 geleistet waren<sup>23</sup>, weitgehend ignoriert wurden. Auch ein wichtiges Diskursangebot von Gysi, das auf diesen Vorarbeiten basierte, das *Ingolstädter Manifest*, wurde zurückgewiesen<sup>24</sup>.

Selbst der höchst provokative Schritt von A. Brie, dem *Stern* ein kritisches Interview (8.8.1996) zu geben, führte nicht zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit seinen Thesen und damit zu der lange aufgeschobenen Diskussion über *essentials*. (A. Brie hatte diesen Schritt unternommen angesichts der offensichtlichen Unwilligkeit der PDS, wissenschaftliche Diskursangebote anzunehmen<sup>25</sup>, und erst nachdem diese konventionellen Mittel ausgeschöpft waren.) Statt dessen folgte ein SED-artiger Reflex: Die Kritik wird nicht geprüft, sondern zurückgewiesen: Innerparteiliche Kritik schade der Partei und nütze dem politischen Gegner<sup>26</sup>.

Mit diesen Ausführungen ist u.E. ausreichend begründet, daß eine Diskursunfähigkeit in der PDS gegeben war, die auch zu Blockierungen der Programmdebatte geführt hat, wodurch ein derartiger Kommentar im Jahre 1997 noch nötig wurde. Zwar läßt sich nicht beweisen, daß ohne besagte Blockierungen 1997/98 ein neues Programm hätte vorliegen können, doch ist nun einmal Tatsache, daß unter den gegebenen Umständen keines vorliegt. Dies aber beeinträchtigt die Wahlchancen der PDS erheblich. Dabei geht es nicht nur um die nötigen Klarstellungen im Programm, sondern auch darum, daß die PDS mittels einer breiten Programmdiskussion diskursiv hätte weiterentwickelt werden können. Dies aber wurde nicht getan, und damit wurde eine Chance verpaßt.

*Über die Möglichkeit eines »nachholenden« Diskurses*  
Wahlkampfzeiten sind primär Mitglieder- und Wählermobilisierungszeiten und damit denkbar ungeeignet für eine die Partei vor eine Zerreißprobe stellende Programmdiskussion. Zudem stehen der PDS personelle und andere Ressourcen nicht unbegrenzt zur Verfügung. Aus diesem Grund kann die Programmdebatte zwar erst 1999 (nach den Wahlen im Land Berlin) in eine entscheidende Phase treten, doch heißt dies angesichts der knappen Zeit bis zum Beginn der Wahlkampfphase 2001/2002, daß man bereits jetzt dazu Vorarbeiten leisten muß. Dies ist allerdings auch möglich: So kann z.B. eine breite Diskussion des Wahlprogramms für 1998 zur Weiterentwicklung der Partei genutzt werden. Dazu könnte der Programmkommentar einen Beitrag leisten:

Er könnte (bes. im Teil II) als theoretische Grundlage für ein Wahlprogramm dienen. Die Autoren des Wahlprogramms für 1998

könnten dieses – soweit dies im Rahmen der Textsorte »Wahlprogramm« möglich ist – im Gegensatz zu einer unrealistischen Wunschliste so gestalten, daß es realisierbare Wege für den ökologisch-sozialen Umbau der BRD aufzeigt. Dazu müßte aber das Wahlprogramm über den Kommentar hinausgehen, denn das Programm und die es vertretenden Politiker müßten zusätzlich beweisen, daß sie über Lösungskompetenz verfügen. Denn der Kommentar plädiert zwar für eine Suchrichtung. Doch selbst wenn diese zur Lösung führen würde, wäre die Lösung selbst damit noch nicht gefunden<sup>29</sup>.

Insofern müßte das Wahlprogramm – um den Kommentar fruchtbar zu machen – folgendes leisten:

Es müßte plausibel machen, worin die Vorteile der Suchrichtung »Moderner Sozialismus« gegenüber den Suchrichtungen der konkurrierenden Parteien lägen.

Es müßte klarmachen, daß die tatsächliche Lösungskompetenz der PDS größer ist als die der anderen Parteien.

Allerdings würde ein solches Wahlprogramm die PDS vermutlich vor eine erneute Zerreißprobe stellen, da die Mehrheitsfähigkeit der Suchrichtung »Moderner Sozialismus«, für die der Kommentar plädiert, innerhalb der Partei unklar ist. Zudem würde ein solches Programm noch nicht sofort neue Wählerkreise in großem Umfang erschließen. Denn letzteres wäre an eine weitere Vorbedingung geknüpft: Die PDS müßte klarmachen, daß sie – zumindest mit qualifizierter Mehrheit – auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung steht, d.h., sie müßte auch klarmachen, daß die Abkehr vom »Stalinismus als System« zu ihren *essentials* gehört. Anders gesagt: Sie müßte das Problem gelöst haben, das sie im Januar 1995 dank einer mißlungenen Inszenierung einer Auseinandersetzung mit »stalinistischen Kräften« für jeden, der es sehen wollte, offengelegt hat, sosehr sich auch ihre Stellvertretenden Vorsitzenden noch 1996 bemühten, es zu leugnen<sup>30</sup>: nämlich das Problem des 1989 nur proklamierten, aber nicht von der Gesamtpartei getragenen »Bruchs mit dem Stalinismus als System«.

Dazu müßte die Partei durch eine nach monatelanger vorausgegangener überzeugender Diskussion und eine mit qualifizierter Mehrheit verabschiedete Präambel klarmachen<sup>31</sup> daß sie sich seit Januar 1995 weiterentwickelt hat und jeder in der Partei begriffen hat, daß es kein Zurück mehr zu den bis 1989 realexistierenden »stalinistischen« Strukturen<sup>32</sup> der DDR und zur Ideologie des Marxismus-Leninismus gibt. (Genau zu diesen Diskussionsprozessen könnte der Kommentar mit seinen Begriffsdefinitionen und -klärungen beitragen, auf die im Wahlprogramm nur noch verweisen würde.) Um für potentielle kritische Wähler attraktiv zu sein, müßte dieser eindeutig definierte und im Wahlprogramm kodifizierte »Bruch mit dem Stalinismus als System« verbunden sein mit der Bereitschaft, die Auseinandersetzung mit denjenigen Kräften in der PDS und in ihrem Umfeld, für die das *kein essential* ist, so zu führen, daß die Partei für sie jede Attraktivität verliert.

Selbstverständlich gehört dazu politischer Mut, unter Umständen sogar die Bereitschaft, alte Mitglieder und Wähler zu verlieren, um neue zu gewinnen. Wer dies jedoch nicht riskiert, läuft Gefahr, die

Existenz der Partei als Selbstzweck zu betrachten und angesichts des Ziels, gute Wahlergebnisse für die PDS zu erreichen, das übergeordnete Ziel, zu einer modernen, reformsozialistischen Politik in der BRD beizutragen, aus den Augen zu verlieren. Denn nicht jede PDS kann zu letzterem beitragen. Eine Partei, die nicht mehr darstellen würde als ein Sammelbecken für Kräfte, die geeint sind durch »zuallererst die Zugehörigkeit zu einem regional (und sozial) klar abgegrenzten Milieu, die Teilnostalgie bezüglich der DDR, die Wahrung der Interessen der DDR-Eliten in der neuen Gesellschaftsordnung und schließlich die antiwestliche und modernisierungsfeindliche Grundhaltung«<sup>33</sup>, könnte dies sicher nicht. Insofern muß die PDS durch ihr Erscheinungsbild und durch ihr Wahlprogramm in ihrem Wahlkampf 1997/98 beweisen, daß sie mehr ist als ein solches Sammelbecken, daß vor allem der Vorwurf unberechtigt ist, sie »sammele« auch »stalinistische«<sup>34</sup> Kräfte. Dabei kommt ihr zugute, daß sie kritischer als andere Parteien beobachtet wird: Einem Wähler, für den das Bekenntnis zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung zu einer *conditio sine qua non* für seine Wahlentscheidung gehört, ist es nicht zuzumuten, eine Partei zu wählen, deren Pluralismus stalinistische Positionen einschließt<sup>35</sup>. Damit wird nämlich die Auseinandersetzung mit »stalinistischen« Positionen<sup>36</sup> nicht nur unter moralischen, sondern auch aus machtpolitischen Gründen zur Notwendigkeit, anders ausgedrückt: Hier befindet sich die PDS in der politisch erfreulichen Situation, daß das moralisch Richtige gleichzeitig das politisch Opportune ist.

Dabei wird die Partei auch dahingehend überprüft, ob sie die Auseinandersetzung wirklich führt oder sie nur inszeniert, ob sie Beschlüsse nur verabschiedet oder sie auch umsetzt, und ob sie mit der alten SED-Praxis gebrochen hat, durch geschickte Steuerung von innerparteilichen Diskursen Kritik zu kanalisieren und damit zur Wirkungslosigkeit zu verdammen<sup>37</sup>. Damit wird ihr auch nicht die Möglichkeit gelassen, durch Verweis auf die Verabschiedung der 5 Standpunkte im Januar 1995 und auf die vielen von ihr organisierten Konferenzen zum Stalinismus davon abzulenken, daß sie die wirkliche Auseinandersetzung bisher gescheut hat. Diese Auseinandersetzung muß sie jedoch führen, wenn sie glaubwürdig sein will. Außerdem würde die PDS der »Rote-Socken-Kampagne« ihrer politischen Gegner in die Hände spielen, wenn sie sich zu einer Trotzhaltung nach dem Motto »Jetzt erst recht: Schulter-schluß mit Stalinisten. Auch Gossweiler ist einer von uns!« provozieren ließe. Vielmehr muß sie ihre Mitglieder befähigen, die Auseinandersetzung offensiv zu führen. Dazu kann Teil IV des Kommentars einen entscheidenden Beitrag leisten<sup>38</sup>.

Also muß die Mitgliedschaft – auch aus wahlkampfaktischen Gründen – diskursiv entwickelt werden. Wenn dies gelänge, so bestünde eine Chance, die Programmdiskussion ab 1999 produktiv genug zu führen, daß 2001 – also rechtzeitig für 2002 – »ein präzisiertes, überarbeitetes und ergänztes Programm nach seriöser theoretischer und analytischer Arbeit«<sup>39</sup> vorliegen könnte. Dafür kam der Kommentar rechtzeitig. Doch die Diskussion muß jetzt wirklich beginnen. Sonst besteht die Gefahr, daß Neugebauer/Stöss mit folgender Prognose recht behalten:

»Die PDS bleibt, was sie ist: eine milieuverhaftete Regionalpartei in Ostdeutschland, die, so wie sie ist, notwendige Integrations- und Repräsentationsaufgaben wahrnimmt und in nicht ferner Zukunft auf eine erfolgreiche Karriere (abgeschlossenen Lebenszyklus, die Verf.) zurückblicken wird.«<sup>40</sup>

- 1 Gesellschaftsanalyse und Politische Bildung e.V. (Hg.): Zur Programmatik der Partei des Demokratischen Sozialismus: Ein Kommentar (PK), Berlin 1997.
- 2 PK, S. 7.
- 3 vgl. G. Neugebauer/R. Stöss (Hg): Die PDS. Geschichte. Organisation. Wähler. Konkurrenzen, Opladen 1996, S. 306.
- 4 Es gehört u.E. zu den »unverschuldeten« Problemen der PDS, daß sie das Potential von Leuten, die z.B. als Mitglieder der Grundsatzkommission sich um die Weiterentwicklung der Theorie kümmern sollten, durch Mitarbeit an ein Lehrbuch bindet. Andere Parteien würden dafür ihre Mitarbeiter der Parteistiftungen einsetzen, die durch Steuermittel finanziert werden. Diese Finanzierungsmöglichkeit steht der PDS nicht zur Verfügung.
- 5 vgl. PK, S. 35.
- 6 vgl. z.B. ebd., S. 35, 52, 55, 87, 143
- 7 vgl. z.B. das Kapitel Wissenschaft und Politik, ebd., S. 299ff, das sich für einen anderen Leserkreis von selbst versteht .
- 8 vgl. ebd., S. 60f.
- 9 U.E. hätte man stärker betonen können, daß die im Kommentar geforderte »Neubesinnung auf universelle Bürgerrechte mit einer Orientierung auf soziale Probleme der Gegenwart« (S. 47) in der liberalen Theorieentwicklung bereits erfolgte (vgl. z.B. Dahrendorf: Der moderne soziale Konflikt, München 1994). Dies hätte auch dazu beigetragen, stärker auf Überschneidungen zwischen moderner »sozialdemokratischer« und »liberaler« Theorieentwicklung hinzuweisen. Dies leistet z.B. auch sehr anschaulich und nachvollziehbar Dahrendorf, vgl. Dahrendorf zu Keynes, ebd., S. 258f.
- 10 vgl. z.B. M. Brie/Klein: Der Engel der Geschichte, Berlin 1993, A. Brie: Utopien, Realpolitik und politische Bildung, Berlin 1995.
- 11 Ganz offensichtlich haben die Autoren aus den wissenschaftlichen Konferenzen und Veröffentlichungen, die – wie die Sitzung des 4. Parteitags im Januar 1995 bewies – von der Basis nicht rezipiert bzw. nicht verstanden wurden, ihre Lehren gezogen. So ist der Kommentar z.B. von dem Bemühen geprägt, für jedermann verständlich aufzuzeigen, was der bereits 1989 proklamierte »Bruch mit dem Stalinismus als System« bedeuten würde, wenn man ihn tatsächlich vollzöge. Gerade dazu aber bedurfte es dieser ausführlichen Beschreibung des Herrschaftssystems der SED, der Strukturelemente des Stalinismus und der marxistisch-leninistischen Ideologie (vgl. PK, IV, 1,2).
- 12 vgl. z.B. PK, S. 11f.
- 13 Ebd., S. 296f.
- 14 Ebd., S. 81.
- 15 Ebd., S. 81f.
- 16 Ebd., S. 12.
- 17 R. Land/R. Possekel: »PDS und Moderner Sozialismus«, in: M. Brie u.a. (Hg): Die PDS, Empirische Befunde & kontroverse Analysen, Köln 1995.
- 18 R. Land: »Das Rot-Grüne Projekt des »sozial-ökologischen Umbaus der Industriegesellschaft« und die PDS«, in: W. Engler/B. Guggenberger (Hg): Einsprüche: Kritik der politischen Tagesordnung, Berlin 1996.
- 19 vgl.dazu FN 38.
- 20 Diese Detailkritik ist in erster Linie Aufgabe der PDS, wenn sie auf der Grundlage dieses Kommentars ein neues Programm erstellen will, bzw. wenn sie diesen Kommentar für ein Wahlprogramm nützen will. Allerdings muß man bei dieser Frage den Fokus der Kommunikationsfunktion der jeweiligen zu kritisierenden Textpassage berücksichtigen: Liegt er in der Darstellungs- oder in der Appellfunktion. Insofern kann es u.U. sinnvoll sein, inhaltlich fragwürdige Passagen aufgrund ihrer Appellfunktion für ein bestimmtes Wählermilieu zu akzeptieren, z.B. ist ein Plädoyer für die Frauenquote in der Politik, um »Emotionalität, Gefühle« in der Politik »wiederzuentdecken« (vgl. PK., S. 76) auf der Inhaltsebene kritikabel, doch u.U. ist dies höchst sekundär gegenüber der Überlegung, daß es nur darum geht, hier Frauenstimmen aus einem rationalitätsfeindlichem, gefühlsbetonten alternativen Milieu zu sichern, daß also die Integration einer solchen Passage in ein Wahlprogramm mehr Stimmen bringt als kostet, da man die Stimmen derjenigen, die diese Argumentation inhaltlich kritisieren würden, entweder sicher hat oder sowieso nicht bekommt. Auch hat eine Detailkritik immer den Gesamtext in seiner Wirkung im Auge zu behalten: Leser müssen – wie bereits ausgeführt – sich verstanden fühlen: Ein Leser, der sich im Teil I 3.3 verstanden fühlt, ist u.U. geneigter, sich damit vorurteilsfreier auseinanderzusetzen, was der Autor im Teil I 4. zu sagen hat.
- 21 »Es gibt kein wesentliches Feld der Politik, auf dem sich die PDS ohne größte Aufmerksamkeit für die jüngsten Prozesse der wissenschaftlich-technischen Revolution erfolgreich bewegen könnte.« (PK, S. 149).
- 22 vgl. PK, S. 10.
- 23 z.B. M. Brie/Klein (1993).
- 24 vgl. zur Intention und Rezeption auch G. Gysi: Das war's. Noch lange nicht, Düsseldorf 1995, S. 251ff. Nur am Rande sei erwähnt, daß auch programmatische Reden von Parteivorsitzenden auf einem Parteitag (Januar 1995) keine Chance auf Diskussion haben, ähnlich sieht es mit Diskussionsangeboten der Grundsatzkommission aus (vgl. z.B. L. Bisky: Freiheit oder Sozialismus?, Berlin 1995). Insofern hätte es schon fast an ein Wunder gegrenzt, wenn im engeren Sinne wissenschaftliche Publikationen, z.B. M. Brie/Klein (93)

- oder Land (96) in der Partei auf breite Resonanz gestoßen wären.
- 25 vgl. neben den Ausführungen in FN 24 auch z.B. L. Bisky u.a. (Hg): Die PDS – Herkunft und Selbstverständnis, Berlin 1996.
- 26 vgl. PID 33/96.
- 27 So ist z.B. der Abschnitt 2. Das Scheitern des sozialistischen Versuchs in entscheidenden Passagen (»Das Scheitern des sozialistischen Versuchs in der DDR ist ursächlich mit dem Scheitern des Modells der Sowjetunion verbunden. .... Bis zur Unkenntlichkeit entstellte wurde das, was als Aufbau des Sozialismus gedacht war, durch die von Willkür, Grausamkeit und Bürokratie erfüllte Herrschaft des Stalinismus«) so formuliert, daß sich selbst die Kräfte innerhalb der PDS wiederfinden können, die den »Bruch mit dem Stalinismus als System« in Frage stellen, so z.B. Brombacher/Wagenknecht in: Brombacher u.a.: Zu Aspekten des »modernen« Antikommunismus, 1993, Brombacher: »Die heilige Kuh der PDS«, in: junge Welt, 7.10.95.
- 28 »Unsere Partei wird dafür sorgen, daß jeder Einwohner der BRD (bei offenen Grenzen) reich, klug, gesund, attraktiv und glücklich sein wird.«
- 29 Selbst wer weiß, daß aus  $2 + x = 5$  folgt, daß  $x = 5 - 2$  ist, kann sich noch verrechnen.
- 30 vgl. dazu Gehrcke/Kaufmann/Marquardt in PID 32/96, S. 4.
- 31 Um hier den Unterschied zur Inszenierung vom Januar 1995 klarzumachen, sei darauf hingewiesen, daß hier nicht gemeint ist, die Präambel kurz vor dem Wahlparteitag einzufügen und dann in einer Nachsitzung – am besten ohne Diskussion der Einzelpunkte – über das Gesamtpaket abstimmen zu lassen, dies verbunden mit der Information an die Delegierten, daß G. Gysi für den Bundestagswahlkampf nicht zur Verfügung stünde, falls das Wahlprogramm nicht unverändert angenommen wird.
- 32 U.E. wäre es zwar denkmöglich, für den Stalinismus in der DDR ab 1956 auch den Begriff »Poststalinismus« zu verwenden, wenn dem PDS-Umfeld die im Westen etablierte Definition (in Anlehnung an H. Weber) von »Stalinismus« (die nicht nur das Terrorsystem Stalins meint) nicht zuzumuten wäre; doch dann müßte man diesen Begriff genau definieren, und man müßte den Beschluß von 1989 erläutern, denn dieser »Bruch mit dem Stalinismus als System« beschränkte sich eben nicht auf den Bruch mit dem Terrorsystem.
- 33 Neugebauer/Stöss (1996), S. 304f.
- 34 »stalinistisch« in dem Sinne, daß sie die Notwendigkeit des »Bruchs mit dem Stalinismus als System« leugnen.
- 35 vgl. dazu auch M. Gerner: »Antagonismen der PDS: Zum Pluralismus der SED-Nachfolgepartei«, in: Deutschland Archiv 2/96.
- 36 vgl. zur Definition »Stalinismus« auch PK, S. 250-252.
- 37 vgl. M. Schumann: »ber den Umgang mit unserer Geschichte und die spezifischen ideologischen Grundlagen der Repression«, in G. Gysi u.a., Zweigeteilt, Hamburg 1992, S. 18f
- 38 Dabei plädieren wir aber im Gegensatz zu C. Gohde gegen eine Verstümmelung des Kommentars zu einem Kommentar light. Gohde schlägt zur Förderung der PDS im Westen u.a. vor: »Bildungsangebote: z.B. ein EinsteigerInnenangebot (Konzept für Wochenendseminar, Kurzform des Programmkommentars? Material zur Geschichte, das auch Unkundige verstehen können)«, C. Gohde: »Die PDS in Westdeutschland«, in: Studien zur inneren Verfaßtheit der PDS, 1997, S. 11. Dabei übersieht sie u.E. einen wesentlichen Unterschied zwischen Wähler- und Mitgliederrekutierung. Während es in der Tat niemand sieht, wer alles PDS wählt (vgl. Wahlkampfspot 94), sind Mitglieder potentielle Multiplikatoren. Insofern müssen sie durch eine entsprechende Zielgruppenorientierung so ausgewählt werden, daß sie das Abschreckungspotential der PDS im Westen nicht noch erhöhen. Insofern ist es uns völlig unverständlich, warum man die PDS für Leute attraktiv machen will, die meinen, daß der Weg aus »Unkundigkeit« einfach und kurz sein kann. Es gibt keine Bildung light. Und es läßt sich u.E. mit nur 2 Leuten, die dies verstanden haben, in einer BO wesentlich sinnvoller Wahlkampf organisieren als mit 20, die dies nicht verstanden haben. Ganz davon abgesehen, daß von diesen 20 ein beträchtliches Abschreckungspotential ausgeht. Insofern halten wir die obigen Vorschläge der »Bildung leicht gemacht« für kontraproduktiv (falls die PDS-Führung vergessen haben sollte, welchen Schaden halbgebildete bis kulturlose PDS-Gruppierungen im Westen anrichten können, sei an die Einsiedel-Debatte erinnert).
- 39 PK, S. 10.
- 40 Neugebauer/Stöss (1996), S. 306.



WOLFGANG SABATH

Festplatte.

Die Wochen im Rückstau

Mitteleuropa und Teile des Restes der Welt begingen im Berichtszeitraum die Lady Di-Trauerfestspiele, die dann in Kalkutta ihren würdevollen Abschluß mit der Grablegung Mutter Teresas fanden. Glanz und Gloria beider Vorgänge ließen uns zeitweise verschmerzen, daß der letzte Akt der Inszenierung aus sogar von den Weltmedienkonzernen und ihren Programmschemataverwaltern unbeflüßbaren Gründen leider im fernen Indien aufgeführt wurde und Europa und die USA einen Tag lang mal nicht in der ersten Reihe saßen.

Es mag weltweit keine Zeitung gegeben haben, die – so oder so – nicht von den Vorstellungen in London und Kalkutta berichtet hat. Das Interessante dabei: Mit Ausnahme des »Neuen Deutschland«, das geradezu tollkühn ihren von dem Gros seiner Leserschaft haßgeliebten Mathias Wedel im Blatte die Idee verbreiten ließ, ob Lady Di nicht ins Lenin-Mausoleum verbracht werden könne, hielten sich nach meinem Überblick fast alle Gazetten an jene Gebote, die für Trauerdinge allgemein für angemessen gehalten werden. (Es versteht sich, daß das ND Wedels Vorschlag postwendend mit einem Leserbrief rüffeln lassen mußte, in dem Abonnetin Sonja B. den Autor der Blasphemie zeihete und ihm die rethorische Frage stellte, was wohl geschähe, wenn sie nun, die Leserin, den Wedel-Text ins Englische übersetzte und ihn den beiden Jungens Dianas schickte...!)

Immerhin: Erich Kuby hat in seiner wöchentlichen Kolumne »Der Zeitungsleser« im »Freitag« herausgefunden:

»Am 5. September kam die an diesem Tag noch nicht begrabene Prinzessin Diana auf den 96 Seiten der »Neuen Zürcher Zeitung«

nicht vor. Bravo, das nenne ich soliden, unabhängigen Journalismus.«

Nach der Methode »Die Puppe in der Puppe« nehme ich mir heraus, hier weitere Bemerkungen Erich Kubys zum Thema abzunassauern, denn ich hatte andere Organe als er durchgesehen (und außerdem ist mir Kubys Sicht auf den Vorgang außerordentlich einleuchtend):

»Hingegen«, schreibt Kuby also weiter, »war ›Die Zeit‹ an diesem Tag geradezu überladen mit dem Todesfall Diana. Auf Seite eins wurde der Mythos zur Ware, auf Seite zwei hatte Alice Schwarzer, selbst mehr Mythos als Journalistin, das ›Wettrennen der Machos‹ entdeckt und schrieb von Diana, sie habe nicht die Kraft gehabt, ihren eigenen Weg zu gehen. (...) Auf Seite drei hatte ›Diana den Mut, sich ihre Freiheit zu nehmen.‹ Die Autorin Elke Schmitter bestätigte Diana, daß sie ›als moderne junge Frau zu sich selber gefunden habe‹, ja, sie sei die moderne junge Frau schlechthin gewesen, ›einmal geschieden, körperbewußt, metaphysisch unbefriedigt (was das wohl ist?), therapeutisch behandelt (wer wäre es in diesen Geldkreisen nicht?), auf der Suche nach der großen Liebe, sorgende Mutter (mit einem riesigen Hauspersonal), im Urlaub am liebsten am Mittelmeer‹ (gleich fünf Millionen deutschen Urlaubern).«

Auch, was den letzten Akt des Trauermarathons anging, wurde im »Freitag« aus der Reihe getanzt, und zwar mit einem Artikel von Jochen Hippler (»Der Tod einer Nonne«). Schon dessen Unterzeile mag so manchen Schluckauf hervorgerufen haben: »Der reaktionäre ›Engel der Armen‹ war vor doppelter Moral nicht gefeit.«

Hippler scheut sich nicht, das Prinzip, demzufolge Toten nur gute Nachrede zusteht, zu differenzieren. Er erinnert daran, daß Mutter Teresa eben auch jene Person war, deren tiefe Religiosität ihr nicht nur die Kraft gab, den Armen beizustehen, »sondern auch Quelle ihrer Beschränktheit und ihres Fanatismus« gewesen ist. Sie sei mit ideologischer Blindheit geschlagen gewesen, die »ihresgleichen nur in Johannes Paul II. findet«.

Hippler schreibt: »Den hungernden Slumbewohnern Kalkuttas vor allem die Schändlichkeit von Kondomen, Verhütungspillen und jeglicher Form der Familienplanung zu predigen, erfordert entweder Zynismus oder Fanatismus. Als sie den Friedensnobelpreis empfing, sprach sie über die größte Bedrohung des Weltfriedens – für sie die Abtreibung. Solange amerikanische Frauen Abtreibungen vornehmen ließen, könne der Weltfriede nicht erreicht werde.« Mitunter, befindet der Autor, konnte Mutter Teresa aber auch sehr flexibel sein. Nachdem sie »kreuz und quer« durch Irland gereist sei, um dort gegen das Referendum zur Zulassung der Ehescheidung zu agitieren, erklärte die bald darauf angesichts der Scheidung ihrer neuen Freundin Diana öffentlich, das sei richtig, »weil deren Ehe ja ohnehin gescheitert sei.«

Der Berliner »Tagesspiegel« indes machte darauf aufmerksam, daß Mutter Teresas Beisetzung-Feierlichkeit ein Ding des indischen Establishments und der Mittelklasse gewesen und die Armen Indiens an diesem Tage dort standen, wo sie immer standen: am Rand.

Manchmal frage ich mich, wie es kommt, daß sich die Besitzenden dieser Welt so ungeniert darauf verlassen, daß die Eigentumsfrage

auf Ewigkeit ungestellt bleiben wird. Zumal auch wenig geübte Zeitungsleser Tag für Tag, mal direkt, mal indirekt, auf diese Frage gestoßen werden müßten. Aber nach wie vor funktioniert, ob in Indien, Deutschland oder sonstwo, die ungebremste Heiligsprechung von Eigentum, Besitz und Einkommen. Und wenn beispielsweise in Deutschland Besitzstandswahrung kritisch hinterfragt wird, können wir fast immer sicher sein, daß es dann in der Regel Tarif- oder Urlaubsregelungen von abhängig Beschäftigten sind, die gemeint sind. Die Einkommen der Kopfeten in unserem deutschen Vaterlande – schmalz, schmalz – werden denen höchstens geneidet, mehr nicht. Zur Illustration ein vergleichsweise harmloser Fall: Auf der Lokalseite einer Berliner Tageszeitung fand ich die Notiz, daß das Arbeitsgericht geurteilt hatte, die Kündigung der Chefsekretärin eines Unternehmens sei unrechtmäßig erfolgt. In einem Nebensatz erfuhren wir dann noch, daß der Chef, der die Kündigung betrieben hatte, inzwischen nicht mehr im Unternehmen tätig ist, sondern in die Vorstandsetage der Berliner Gasag wechselte – wo er für ein Jahreseinkommen von 400 000 (vierhunderttausend) gut sein soll. Und kein Aas in Deutschland und Berlin findet was dabei, niemand fragt, warum jemand, der nicht mal eigene Ölquellen im Grunewald sein eigen nennt und auch über keine Goldader im Rheinischen Schiefergebirge verfügt, warum so einer 400 000 Mark nach Hause tragen muß. Und wenn es der Zufall will, und es fragt doch jemand, dann stammt er meist aus der Riege jener, die bedauern, daß nicht sie die Empfänger derartiger Summen sind... So ist die Lage.

Für temporäre Irritation sorgte im Berichtszeitraum die Meldung, daß der einstige Bundespräsident von Weizsäcker seine Fleppen hingeschmissen hat: Er ist nicht mehr CDU-Mitglied. Der Kanzler wird das, dessen bin ich sicher, wegstecken. Aber dennoch habe ich in letzter Zeit den Eindruck, er müsse sich in Behandlung begeben, Supervison (Ssjuperwischn) oder so. Weil er es nämlich nicht mehr vermag, seine schlechten Launen oder politischen Betroffenheiten locker zu überspielen. Er ist in letzter Zeit immer irgendwie nicht gut drauf. Aber einen Kanzler, der sich nicht mehr und nicht immer in der Gewalt hat, den mögen die Leute unter Umständen nicht, nicht einmal, vermute ich, seine CDU-Freunde.

Die »Berliner Zeitung« hat sich im Berichtszeitraum ein neues Aussehen verpaßt, das wahrlich angenehm und beeindruckend ist. Die »Go West«-Aktion wurde seit langen auch personalpolitisch flankiert. Pressemethodisch interessant ist der Umstand, daß der Kurswechsel des Blattes nicht vordergründig durch den Politikteil geschah, sondern durch das Feuilleton (das die traditionellen Leser dieser Zeitung kaum noch ansprechen dürfte). Wir hatten hier ein klassisches Rollback. Inzwischen zieht die Politik kräftig mit. Einschließlich der Handvoll noch verbliebener Diplom-Gesellschaftswissenschaftler und Diplom-Journalisten. Ob die angesagte Westausdehnung gelingt, muß sich zeigen. Vorerst müssen sie noch mit den Leserbriefseiten tricksen, indem sie sich auf ihnen ein Übergewicht an westberliner Lesern organisieren: Auf zwei Ostschriften kommen acht aus dem Westen – der Glaube versetzt Berge.

**Stalins Briefe an Molotow.**  
1925-1936. Herausgegeben von Lars  
T. Lih, Oleg Naumow und Oleg  
Chlewnjuk. Mit einem Vorwort von  
Robert C. Tucker, Berlin 1996,  
292 S. (59,80 DM)

Im Dezember 1969 übergab der 79jährige Wjatscheslaw Molotow dem KPdSU-Archiv in Moskau 77 handschriftliche Briefe und Notizen Stalins. Die meisten stammten aus den Jahren 1925 bis 1930. Es war die Zeit der innerparteilichen Machtkämpfe, aus denen Stalin schließlich als Alleinherrscher hervorging. Molotow zählte zu den treuesten Mitstreitern des Diktators und sollte in dessen Windschatten eine steile Karriere machen. Zunächst als Regierungschef, dann für viele Jahre als Außenminister gehörte das Politbüromitglied bis zu seiner Entmachtung im Jahre 1957 der Partei- und Staatsführung an. Kein anderer enger Wegbegleiter Stalins aus der Anfangszeit hatte den großen Terror der dreißiger Jahre physisch und den Tod des Ziehvaters 1953 politisch überlebt.

Molotow, der 1986 im Alter von 96 Jahren starb, hatte Stalin bis zuletzt die Treue gehalten. So wird er manchen Brief, der nicht nur seinen Mentor sondern auch ihn, den Erfüllungshelfer, zu sehr kompromittierte, dem Parteiarchiv vorenthalten haben. Dies mag erklären, warum lediglich wenige, vergleichsweise belanglose Schreiben aus den Jahren 1931 bis 1936 stammen.

Doch wird der Quellenwert der Dokumentation dadurch keineswegs geschmälert. Der private Charakter der Korrespondenz macht die Briefe zu wichtigen Selbstzeugnissen des Diktators. Der schrieb die meisten Briefe in seiner Villa am Schwarzen Meer, wo er im Sommer und Herbst jedes Jahres viele Wochen und Monate zubrachte. Vielleicht suchte er dort »die Muße [...], über wichtige Staatsgeschäfte nachzudenken«, wie der amerikanische Stalinbiograph Robert C. Tucker in seinem Vorwort vermutet. Wahrscheinlicher ist vielmehr, daß es der häufig kränkelnde Stalin vorzog, die unterschiedlichen Gruppen innerhalb der Parteiführung aus der Ferne gegeneinander auszuspielen, statt sich im politischen Tagesgeschäft zu verschleißen und an-

greifbar zu machen. Molotow diente ihm dabei als williger Handlanger und Informant auf dem Moskauer Politikriegsschauplatz.

Die Briefe der Jahre 1925 bis 1927 zeigen Stalin als virtuosen Machtmenschen. Ihm kam zugute, daß innerhalb der zerstrittenen Parteiführung von einer politischen Kultur nicht zu sprechen war. Feind, Todfeind, Parteifreund! Stets gelang es Stalin, die Mehrheit des Politbüros dazu zu bewegen, die Minderheit nicht nur zu überstimmen, sondern politisch zu erledigen. 1925 half Kominternchef Sinowjew, Trotzki's Einfluß zu beschneiden. Ein Jahr später ging es ihm selbst an den Kragen. Als sich beide zur Vereinigten Opposition zusammenschlossen, kündigte Stalin Molotow im Juni 1926 an, »die Partei wird bald sowohl Trotzki als auch Grisca [Sinowjew] und Kamenew die Fresse polieren und Renegaten ... aus ihnen machen.« Stalin hielt Sinowjew's Fraktion zu diesem Zeitpunkt für weitaus gefährlicher als Trotzki, »weil sie: a) mit unseren Methoden besser vertraut ist als jede andere Gruppe, b) insgesamt stärker ist als andere Gruppen, denn sie hat das EKKI [i.e. die Führung der Kommunistischen Internationale], ... in der Hand, das eine ernstzunehmende Kraft darstellt, c) frecher als alle anderen Gruppen auftritt und damit den anderen Strömungen ein Beispiel für ›Kühnheit‹ und ›Entschlossenheit‹ gibt.«

Kurze Zeit später waren Stalins »linke« Widersacher aus dem Politbüro ausgeschlossen, wenn auch noch nicht endgültig geschlagen. Als diese sich im Sommer 1927 ein letztes Mal aufbäumen, schreibt Stalin voller Sorge und Verärgerung an Molotow: »Ich protestiere auf das Entschiedenste dagegen, daß die Kommission zur Anklage von Trotzki und Sinowjew zu einem Tribunal gegen das ZK und die Komintern gemacht wurde. Deren Spitze richtete sich gegen Stalin, der nicht in Moskau ist und dem man deshalb alles anhängen kann.« Erbittert kommentierte er: »Seltsam, wie einige Mitglieder der Zentralen Kontrollkommission abgetaucht sind. Wo war Sergo? Wo und warum hat er sich versteckt?« Stalins Vasallen konnten der alten Garde Lenins zu keinem Zeitpunkt das Wasser reichen. Und der Georgier wußte dies. Zwar gelang es ihm nun, Trotzki und Sinowjew ihrer letzten Positionen innerhalb der Parteihierarchie zu

entheben. Dennoch würden die gefallenen Parteiführer Zeit ihres Lebens immer dann eine Alternative zu Stalin darstellen, wenn dessen Politik auf Schwierigkeiten stieß.

Doch bevor er sich Mitte der dreißiger Jahre endgültig dieser Bedrohung entledigte, schaltete Stalin 1929/30 die letzten Kräfte innerhalb der Partei- und Staatsführung aus, die es wagten, seine Politik zu kritisieren. Um die notwendigen Devisen für die forcierte Industrialisierung der sowjetischen Wirtschaft zu erlangen, hatten Stalin und seine Getreuen Ende der zwanziger Jahre der Bauernschaft den offenen Krieg erklärt. Durch die Zwangskollektivierung hofften sie, den landwirtschaftlichen Ertrag und damit den Getreideexport zu steigern. (Stalin verlangte von Molotow, »mit aller Grausamkeit und Unerbittlichkeit auf die Durchführung der Beschlüsse des ZK« zu drängen.) Anfang 1930 stand das Riesenreich am Rande eines Bürgerkrieges. Die Zwangsmaßnahmen führten zu einem Niedergang der Landwirtschaft. Eine Hungersnot drohte. Die überstürzte Industrialisierung erwies sich als ruinös und wenig effektiv. Da gelang dem Verursacher des Debakels das Kunststück, ausgerechnet jene Kräfte innerhalb der Partei- und Staatsführung für die Krise verantwortlich zu machen, die als Realpolitiker zuvor gegen Stalins Politik vorsichtig opponiert hatten. Mit Bucharin, den Lenin einst den Liebling der Partei genannt hatte (Stalin: »ein durch und durch verrotteter Defätist und jämmerlicher Opportunist«), Tomski und Rykow entledigte sich Stalin nun auch der »Parteirechten«. Damals begann Stalins Bluttausch, dem wenige Jahre später auch ungezählte Parteimitglieder zum Opfer fallen sollten. Als im September 1930 der Geheimdienst zum wiederholten Male angebliche Wirtschaftssaboteure »entlarvte«, schrieb Stalin an Molotow: »Eine Woche später muß dann die Bekanntmachung der OGPU folgen, daß ALLE diese Kanailles erschossen worden sind. Sie müssen alle erschossen werden.«

Der Siedler Verlag ist mit der Publikation dieses Dokumentenbandes ein Wagnis eingegangen. Zweifellos bergen die von den russischen Mitherausgebern ausgezeichnet kommentierten und ausführlich eingeleiteten Stalinbriefe für die Forschung eine Fülle interessanter und neuer Fakten. Ein Zwang »zu

einer völlig unerwarteten Revision des bisherigen Geschichtsbildes« (so die Verlagswerbung) besteht jedoch keineswegs. Als Publikumsverlag wird Siedler mit diesem Band auch den historisch interessierten Laien ansprechen wollen. Dem kann das Buch nur halbherzig empfohlen werden. Es ist weniger der Umstand, daß die meisten Briefe allenfalls für den Spezialisten von Interesse sein dürften. Es ist vielmehr die sechzigseitige Einführung des amerikanischen Mitherausgebers Lars T. Lih, die viele fragwürdige Deutungen enthält. Offenbar ist Lih (laut Tucker »einer der führenden Fachleute im Westen für die zwanziger Jahre in der Sowjetunion«) der noch posthum wirkenden Macht seines Untersuchungsgegenstandes erlegen. Es ist unbegreiflich, wie man nach der Lektüre der Stalin-Briefe zu dem Ergebnis kommen kann, »daß Stalins Selbstbild als einem engagierten, gewissenhaften Führer nicht völlig unbegründet« ist, daß dieser »in der Tat sehr hart« gearbeitet habe, um die »vertracktesten Probleme« zu lösen. Wie man Stalins »Führungsqualitäten« »beeindruckend« finden, ihm sogar »Aufrichtigkeit« zusprechen kann, um dann einige Zeilen weiter zu konstatieren, die Briefe würden Robert V. Daniels Einschätzung Stalins aus dem Jahre 1962 »eindrucksvoll« bestätigen, dieser sei »ein ängstlicher, starrer, zwanghafter, aggressiver Geist« gewesen, bleibt allein Lih's Geheimnis.

Ein Beispiel für Stalins Antworten auf »vertrackte« Probleme findet sich in einem Schreiben aus dem Hungerjahr 1930. Darin ging es um die Frage, wie die geplante militärische Aufrüstung der Sowjetunion finanziert werden könne. Stalin: »Meiner Meinung nach müssen wir die Wodkaproduktion (so weit wie möglich) erhöhen. Wir müssen die falsche Scham abwerfen, direkt und offen eine maximale Erhöhung der Wodkaproduktion anstreben, um eine wirklich solide Verteidigung unseres Landes gewährleisten zu können.«

ULRICH MÄHLERT

Hanna Behrend/Isolde Neubert-Köpsel/Stefan Lieske:

Rückblick aus dem Jahr 2000 –  
Was haben Gesellschaftsutopien  
uns gebracht? Auf der Suche  
nach der verlorenen Zukunft.

Schriftenreihe hrsg. von

Hanna Behrend, Bd. 4.

trafo verlag dr. wolfgang weist Berlin  
1997, 157 S.

Im Hauptteil von Bd. 4 der Schriftenreihe widmet sich Hanna Behrend – eine ausgewiesene Kennerin der englischen und amerikanischen Literatur und Geschichte – drei utopischen Romanen aus den Jahren 1888, 1890 und 1915 (S. 11-28). Es handelt sich um »Looking backward 2000-1887« von Edward Bellamy (1850-1898), um »News from Nowhere« von William Morris (1834-1896) und um »Herland« von Charlotte Gilman Perkins (1860-1935). B.'s Anliegen ist es, damit die Rolle von Utopien als progressivem Bestandteil der Menschheitskultur für die Gegenwart zu unterstreichen.

Nach Darlegungen über heutige Bewertungen von Utopien und Dystopien charakterisiert B. treffend das Spezifische und das Gemeinsame der drei Utopien, eingebettet in die gesellschaftlichen Bedingungen ihrer Entstehung und die subjektiven Erfahrungen der AutorInnen.

Bellamy urteilt vom Standpunkt eines Philanthropen, der durch Streiks der Arbeiter die bestehende Gesellschaft gefährdet sieht und eine Veränderung durch Einsicht der Herrschenden erwartet. Zum historischen Subjekt wählt er sozial gesinnte amerikanische Patrioten.<sup>1</sup> Morris urteilt aus seinem Engagement in der englischen Arbeiterbewegung. Bei ihm ist die Arbeiterklasse das historische Subjekt. Eine so detaillierte Schilderung eines Bürgerkriegs zwischen Arbeiterklasse und Besitzenden – verursacht durch die Gewalt der Herrschenden, infolgedessen in einem länger währenden Prozeß die Werk tätigen siegen – findet sich m.W. zu jener Zeit sonst nirgends in Schriften von Sozialisten. Gilman sieht aus der Gedankenwelt der amerikanischen Frauenbewegung heraus in den Frauen das Subjekt

der Zukunft. »Herland« ist eine von der Außenwelt abgeschirmte Gesellschaft, in der nur Frauen leben und deren Fortpflanzung durch den Wunsch nach einem Kind erfolgt. Gilman träumt von einer Gesellschaft vollkommener Menschen beiderlei Geschlechts, zu deren Entfaltung Frauen besonders befähigt seien.

Die Konfrontation zwischen Gegenwart und Zukunft wird in allen drei Romanen dadurch gestaltet, daß in der »Zivilisation« lebende Fremde in eine anders gestaltete Welt geraten.

Ihre utopischen Vorstellungen gewinnen die AutorInnen nicht aus dem luftleeren Raum. Sie kennen die Ideen utopischer Sozialisten. Auch erschien Bebel's Buch »Die Frau und der Sozialismus«, in der er seine Vorstellungen einer zukünftigen Gesellschaft unterbreitete, 1887 in englischer Übersetzung. Morris wie Gilman kannten Bellamys Darlegungen. Gilman wirkte zeitweise an einer von Bellamy herausgegebenen Zeitschrift mit. Morris wurde unmittelbar durch »Looking backward« zu seinem »Anti-Bellamy« herausgefordert.<sup>2</sup> Alle drei teilen trotz wesentlicher Unterschiede ihrer Utopien damals allgemein unter Gegnern des Kapitalismus anerkannte Prinzipien einer neuen Gesellschaft: Eigentum an Produktionsmitteln in Verwaltung der Gemeinschaft; eine auf den Wohlstand der Menschen ausgerichtete Produktion, ohne Konkurrenz und Profitstreben; von Ausbeutung befreite Arbeit nach freier Wahl, die eine Lust ist; Abschaffung des Staates als Unterdrückungsapparat; Freiheit und Gleichheit der Individuen; Befreiung der Frau von jeglicher Unterdrückung; Kinder nach Wunsch als Glück der Mutter und der Gemeinschaft; eine Welt des Friedens, in der alle die Freuden des Lebens genießen.

Bei der jeweiligen Romananalyse würde ich mir die Angaben zur Entstehung des betreffenden Werks geschlossener und an den Beginn gesetzt wünschen. Deutschsprachigen zeitgenössischen Ausgaben seitens der Arbeiterbewegung nachzugehen hätte B.'s Anliegen, die Rolle von Utopien im Ringen um die Veränderung der Welt hervorzuheben, gewiß noch unterstrichen. Auch ließe sich dieser oder jener Akzent stärker betonen. So würde ich bei Bellamy die Rolle der Frau nicht ganz



so abwertend sehen. Immerhin billigt er zu, daß den Frauen »in der Produktion« nun »eine Unmenge Berufe« offenstehen, die früher nur Männern vorbehalten waren. Speziell für Arbeiter ausgewählt, enthielt die von Max Schippel herausgegebene »Berliner Arbeiterbibliothek« in ihrem 1. Heft 1889 einen knappen Auszug aus dem umfangreichen Werk.<sup>3</sup> Bei Morton besticht die Betonung der Freiheit des Individuums unter Wahrung der Verantwortung gegenüber der Gesellschaft, die ich angesichts der Erfahrungen mit dem »realen Sozialismus« stärker betonten würde. Auch sind Gesichtspunkte der Ökologie bei ihm m. E. am ausgeprägtesten. Dieser Roman wurde 1900 unter dem Titel »Kunde von Nirgendwo« von Wilhelm Liebknecht in Deutsch herausgegeben, zum größten Teil von seiner Frau Natalie übersetzt. Das Werk erschien in der politisch-satirischen Zeitschrift »Der wahre Jacob« und in Buchform<sup>4</sup>. Im Abschnitt »Herland« bezieht B. weitere Romane und Schriften der Verfasserin ein, besonders deren wissenschaftliches Hauptwerk »Women and Economics«, das in Deutsch den inhaltlich treffenden Titel trägt »Mann und Frau. Die wirtschaftlichen Beziehungen der Geschlechter als Hauptfaktor der sozialen Entwicklung«. So berechtigt das ist, wird »Herland« aber zu stark an den Rand gedrängt. Dieser Roman, in der von Gilman herausgegebenen Zeitschrift »The Forerunner« 1915 publiziert, erschien in Buchform erst durch die feministische Bewegung der letzten Jahrzehnte, in Deutsch 1980, bis 1994 immerhin im 83. Tausend gedruckt.<sup>5</sup>

Der Untersuchung angefügt sind zwei Exkurse zur Bewertung einer gesamtgesellschaftlichen Utopie unter heutigen Bedingungen. Isolde Neubert-Köpsel widmet sich der »Bedeutung postmoderner Theorieaspekte in der feministischen/weiblichen Utopiedebatte« (S. 129-146). Unter diesem Gesichtspunkt analysiert sie englischsprachige Literatur – in der stilistischen Gestaltung nicht gerade leicht verständlich. Stephan Lieske unterbreitet »Einige Notizen zu Ernst Blochs Utopiekonzeption« (S. 147-157). Blochs Erweiterung des Utopiebegriffs gegenüber dem von Marx und gegenüber Auffassungen von Philosophen in der DDR rege dazu an, die »utopische Substanz« in der Gegenwart aufzufinden,

Utopie als geschichtstreibende Kraft, als Hoffnung auf sozialen Wandel zu begreifen, auch wenn dieser in der Gegenwart nicht vordergründig zu erkennen ist. Damit wird das Gesamtanliegen des Bandes nochmals unterstrichen.

URSULA HERRMANN

#### Anmerkungen

- 1 Karl Kautsky bezeichnete diese Vorstellungen in einer Rezension in der »Neuen Zeit« als »Philistertum«. Siehe K.K.: Der jüngste Zukunftsroman. In: Die Neue Zeit, 1889, H. 6, S. 268-276. Siehe auch August Bebels Bemerkungen zu Bellamy in seiner Rezension zu Bertha von Suttners Buch »Das Maschinenalter«. In: August Bebel: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 2/1, S. 7/8.
- 2 Zunächst wandte sich Morris in einer Rezension gegen Bellamys Vorstellung von der Umgestaltung der kapitalistischen Gesellschaft und gegen eine neue Welt, die auf der ständigen Fortentwicklung der Maschinerie basiere. Dann propagierte er seine Ideen in einer Artikelreihe im »Commonweal« ab März 1889. Die Endfassung seines Romans, zunächst 1890 als Folge in der Zeitschrift »Clarion« erschienen, kam 1892 in Buchform heraus.
- 3 Die Schrift trug den Titel »Ein sozialistischer Roman«. Weitere Auflagen erschienen 1893 und 1894. Zitate dort S. 24
- 4 William Morris: Kunde von Nirgendwo. Ein utopischer Roman. Hrsg. von Wilhelm Liebknecht. Illustriert von H. G. Jentsch, Stuttgart 1900, Verlag von J.H.W. Dietz Nachf.
- 5 Charlotte Perkins Gilman: Herland. Deutsch von Sabine Wilhelm. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek b. Hamburg, 185 S.

# UTOPIE

Diskussion sozialistischer Alternativen

# kreativ

## Liebe Autorinnen und Autoren,

wir bitten Sie/Euch, beim Einreichen von Manuskripten zu beachten, daß Beiträge in »UTOPIE kreativ« nur veröffentlicht werden können, wenn sie in der eingereichten oder einer ähnlichen Form nicht anderwärts erschienen sind oder erscheinen werden.

Da wir nicht über festangestellte Redaktionsmitarbeiter und insbesondere nicht über Schreibkräfte verfügen, sollten Manuskripte an uns auf maschinenlesbaren Datenträgern sowie in einem Exemplar ausgedruckt eingekamert werden.

Wir bitten darum, möglichst die Textverarbeitungssysteme »Word« (für DOS, WINDOWS oder MACINTOSH) oder »Word-Perfect« bzw. »Works« (für DOS oder WINDOWS) zu verwenden. Der Text auf Diskette sollte zudem keine Trennungen oder sonstigen speziellen Formatierungen enthalten. Zur Erstellung von Tabellen bitten wir unsere Autor(inn)en, wenn irgend möglich, Tabulatoren zu verwenden.

Da wir in den jeweiligen Monatsheften möglichst viele Autoren und Themen berücksichtigen wollen, sollten Manuskripte für Sachbeiträge einen Umfang von ca. 4.000 Wörtern oder ca. 25.000 Zeichen (entspricht ca. 15 Normmanuskriptseiten) nicht über-

schreiten. Angaben zur/zu den AutorInnen und Marginalien (ca. im Verhältnis 1 : 5 zum Umfang des Beitrages; also auf 15 Manuskriptseiten kommen zusätzlich ca. 4 Seiten Marginalien) sind gesondert - aber auf ein und derselben, eindeutig beschrifteten Diskette - beizufügen. AutorInnen, die erstmals bei uns veröffentlichen, werden gebeten, ein Porträtfoto (möglichst kein Paßbild) einzusenden.

Der Kopf von Rezensionen bzw. Annotationen muß folgende Angaben (in der angegebenen Reihenfolge und Interpunktion) enthalten: Vorname Name der Autor(inn)en/ Herausgeber(innen): Titel, Verlag Ort Jahr, Seitenanzahl und (Preis). Der Text selbst sollte 1.000 Wörter bzw. 7.000 Zeichen (ca. 4 Manuskriptseiten) nicht überschreiten.

Mit der Veröffentlichung eines Beitrages geht das Recht zur Vervielfältigung, Verbreitung und Übersetzung auf die Zeitschrift über. Hiervon unberührt bleiben die Urheberrechte.

Für unverlangt eingehende Manuskripte kann keine Haftung übernommen werden. Eine Rücksendung ist nur dann möglich, wenn ein frankierter Rückumschlag oder Porto in Form von Briefmarken beigelegt wurde.

Die Redaktion

## Preisliste für frühere Hefte

Heft 1 bis 16:	je	2 DM
Beilage (1991)		1 DM
Dokumentation (zu Heinrich Fink)		4 DM
Heft 17/18 bis 47/48	je	4 DM
Heft 49 bis 50	je	2 DM
Heft 51 bis 62	je	4 DM

## Impressum

### Redaktion:

WOLFRAM ADOLPHI, ARNDT HOPFMANN (V.i.S.d.P.),  
MARION KUNZE, ULLA PLENER, ARNOLD SCHÖLZEL,  
JÖRN SCHÜTRUMPF

Herausgeber.: Förderverein Konkrete Utopien e.V.

Gründungsvorsitzende:

GUNTHER KOHLMHEY und HELMUT STEINER

Verlag: NDZ/Neue Zeitungverwaltung GmbH,

Geschäftsführerin: RUTH KAMPA

Verlagsarbeiten: MONIKA NOACK

Satz: MARION KUNZE

### Redaktionsadresse:

Weydingerstraße 14-16,

10178 Berlin (Tel.: 030 – 2 40 09-561)

Druck: Druckerei am Bärenzwinger GmbH,

Rungestraße 3-6, 10179 Berlin

Vertrieb: AVZ GmbH, PF 66,

12414 Berlin (Tel.: 030 – 53 33 43 62)

Einzelverkaufspreis: DM 7,50

Jahresabonnement (incl. Versand):

DM 80,00 (Inland), DM 98,00 (Ausland)

Förderabonnement (incl. Versand): DM 120,00